

Das Parlament

Berlin, 22. März 2021

www.das-parlament.de

71. Jahrgang | Nr. 12 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Brücken bauen

Marianne Birtler Kein Allheilmittel seien Bürgerräte – „aber sie fördern die Lust an der Debatte mit Andersdenkenden, wecken das Interesse an politischen Themen und schlagen eine Brücke zwischen Politik und Gesellschaft“, so hat es die frühere Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen zu Beginn ihres Vorsitzes des Bürgerrates formuliert. Zwei Monate später, am vergangenen Freitag, hat Birtler nun die Empfehlungen der Bürgerinnen und Bürger an die Politik zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ an die Parlamentarier im Bundestag übergeben (siehe Seite 12). Die Schirmherrschaft für das vom Verein „Mehr Demokratie“ initiierte und organisierte Projekt hat Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) übernommen. Im Juni 2020 hatte der Ältestenrat des Bundestages auf seine Empfehlung hin diese neue Form der Bürgerbeteiligung beschlossen. *ah/sas/dpa*



ZAHL DER WOCHE

32

Empfehlungen haben die rund 160 ausgelosten Teilnehmer des ersten vom Bundestag beauftragten Bürgerrats zu „Deutschlands Rolle in der Welt“ abgegeben. Es ist das Resultat ihrer Beratungen in fünfzig Stunden, verteilt auf zehn Videokonferenzen.

ZITAT DER WOCHE

»Ich werde jetzt die Fraktionen bitten und drängen.«

Wolfgang Schäuble, Bundestagspräsident, wirbt dafür, dass sich der Bundestag noch in dieser Legislaturperiode mit den Empfehlungen des Bürgerrats beschäftigt.

IN DIESER WOCHE

THEMA
Kampf gegen Hass Der Antisemitismusbeauftragte Felix Klein im Interview Seite 2

Berlin Porträt einer der größten jüdischen Gemeinden in Deutschland Seite 3

Immigranten Jüdische Einwanderung nach Deutschland nach 1945 Seite 7

Gedenken Stolpersteine erinnern im Alltag an die Opfer des Nationalsozialismus Seite 9

Jiddische Sprache Renaissance als Teil der jüdischen Kultur Seite 11

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Von Brüchen geprägt

JÜDISCHES LEBEN Viele Juden fühlen sich in Deutschland zu Hause, aber Zweifel bleiben

Am selben Morgen, um fast dieselbe Uhrzeit, als jüngst in Berlin-Lichtenberg die jüdische Kiezkneipe „Morgen wird besser“ in Flammen aufging, stand ich mit meiner kleinen Tochter weit weg im Stadtteil Grunewald vor dem jüdischen Kindergarten und passierte die Sicherheitschleuse. Die Kita hat einen exzellenten Ruf. Die Erziehung: ein bisschen deutsch, ein bisschen israelisch, ein bisschen russisch, aber immer sehr herzlich und vor allem sehr jüdisch. Als ich die Kleine nach ein paar Stunden wieder abholte, dröhnten wie jeden Freitagmittag aus den Zimmern der Kinder die Shabbat-Lieder. „Schalom Aleichem“ kreischten die Kleinen. „Adon Olam“. Und natürlich „Lecha Dodi“. Lieder, die unsere Vorfahren schon vor Jahrhunderten gesungen haben.

Kurz darauf war ich mit Emil G., dem Inhaber des „Morgen wird besser“, zum Gespräch verabredet. Er war fassungslos. Und schockiert. Ganz realisiert hatte er es noch nicht, dass seine Kiezkneipe, die für ihn immer mehr als eine Kneipe war, komplett abgebrannt war. Die Täter hinterließen am Tatort antisemitische Nachrichten.

Emil G., geboren in der Sowjetunion, seit vielen Jahren Berliner, in Lichtenberg eine Institution, ist Jude. In den vergangenen Jahren hatten Rechtsextreme bereits mehrfach seinen Laden gestürmt. Vor einigen Monaten drangen sie wieder in sein Lokal ein und skandierten Parolen wie „Saujude!“ und „Ab nach Israel mit dir!“. Die Vorfälle wurden jedes Mal angezeigt und sind aktenkundig. Das Landeskriminalamt ermittelt wegen Brandstiftung. Der Staatsschutz prüft politische Motive.

Kiez in Lichtenberg „Wir hatten Glück, dass jemand das Feuer bemerkt hat“, sagt Emil G. „Im Haus wohnen alte Menschen und Familien mit Kindern.“ Die Kneipe bezeichnet er liebevoll als „Wohnzimmer“ seines Kiezes. Hier treffen sich Studenten, Ärzte, Eltern. Weihnachten gibt es einen Tannenbaum, an Chanukka eine Chanukia. Gefeierte wird beides gemeinsam. Deutschland bezeichnet Emil G. als seine Heimat. Lichtenberg als sein Zuhause. Auf die Frage, wie es nun weitergeht, antwortete er: „Wir machen weiter. Wir lassen uns nicht unterkriegen. Morgen wird besser.“ Der eigentümliche Kneipenname ist seine persönliche Antwort auf die antisemitischen Anfeindungen.

Warum ich diese beiden Episode erzähle? In Deutschland leben gerade mal 200.000 Juden. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund 80 Millionen Deutschen sind das 0,25 Prozent. Zu der Nachkommastelle gehört Emil G. Und zu dieser Nachkommastelle gehören auch meine Tochter und ich. Fast jeder kennt „Fernsehjuden“ wie Maxim Biller, Charlotte Knobloch oder Igor Levit, aber der Durchschnittsdeutsche ist mutmaßlich noch nie einem Juden begegnet. Von dieser Zeitung wurde ich nun gebeten aufzuschreiben, was es bedeutet, im Jahr 2021 als Jude in Deutschland zu leben. Gibt es so etwas wie ein normales jüdisches Leben? Fernab der täglichen Meldungen über judenfeindliche Angriffe? Wie geht man als deutscher Jude mit der Vergangenheit um, die viel mehr von Brüchen geprägt ist als es der vereinigend wirkende Bindestrich in dem viel zitierten Wort der „jüdisch-deutschen Geschichte“ suggeriert? Kann man angesichts der Ambivalenzen, die in Deutschland präsent sind als nichts anders, überhaupt ein Leben wie die Mehrheitsbevölkerung führen? Es sind sehr einfache Fragen. Eigentlich. Tatsächlich ist es schwierig, jemandem die Antworten zu erklären, der selbst nicht jüdisch ist. Oder besser: der nicht jüdischer Deutscher ist. Denn schon meine jüdischen Verwandten, die in Israel, USA oder Australien leben, verstehen es nicht. Warum lebt ihr nicht bei uns, fragen sie. Wie, zur Hölle, kann man als Jude nur in Deutschland leben? Warum ausgerechnet Berlin, wo die Katastrophe ihren Anfang nahm? Die verkürzte Antwort: Deutschland ist unsere Heimat. Hier wurden wir



Mit der Familie angstfrei über die Straße schlendern, seinen Glauben leben, wie hier in München, das sollte selbstverständlich sein.

© picture-alliance/SZ Photo/Alessandra Schellnegger

geboren. Hier gehören wir hin. Wenn jemand ein Problem mit uns hat, ist das nicht unser Problem.

Ausgepackte Koffer Die lange Antwort ist etwas komplexer. Unlängst hat sich die Gründung des Zentralrats der Juden in Deutschland zum 70. Mal gefeiert. In den ersten Jahrzehnten nach seiner Gründung hatte der Zentralrat das alleinige Ziel, Juden in Deutschland bei ihrer Ausreise zu unterstützen. Die Lösung: Nur raus. Nichts wie weg. Deutschland lag in Trümmern, der Holocaust war gerade ein paar Jahre her. Die moralische Schuld der Deutschen unvergleichlich groß. Allen Juden war klar: Die Shoah hat das rund 1.700-jährige Kapitel des deutschen Judentums beendet. Für immer. Doch viele Juden blieben. Man richtete sich ein, wenn auch provisorisch. Doch irgendwann wurde aus dem Provisorium Kontinuität. Spätestens Mitte der 1970er Jahre wurden die gepackten Koffer langsam ausgepackt. „Wer baut, der will bleiben“, brachte es der Chef der Jüdischen Gemeinde Frankfurt, Salomon Korn, anlässlich des Gemeinde Neubaus Mitte der 1980er Jahre auf den Punkt. „Die Koffer sind ausgepackt“, sagte Charlotte Knobloch Jahre später.

Und in der Tat: Noch nie war das jüdische Leben in der Bundesrepublik lebendiger und etablierter als heute. Und noch nie war eine Bundesregierung bestrebt als heute, jüdisches Leben zu fördern – und Judenhasse konsequent zu bekämpfen. Dass

es erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik mit Felix Klein einen Antisemitismusbeauftragten gibt, der die Auseinandersetzung mit rechten, linken, querfrontlerischen, muslimischen, „israelkritischen“ und Judenhassern anderer Couleur nicht scheut, ist ein Zeichen, auf das viele Juden gewartet haben.

Neue Zweifel Zur Wahrheit indes gehört auch, dass Juden in Deutschland mittlerweile wieder beginnen, sich umzuschauen, wo ihre Koffer stehen. Es ist anstrengend, als Jude in Deutschland zu leben. Denn seit einigen Jahren ist etwas ins Rutschen geraten. In dem Moment, da Juden etwa durch das Tragen einer Kippa erkennbar sind, kann es gefährlich werden. Die Angriffe werden mehr. Und sie kommen von allen Seiten.

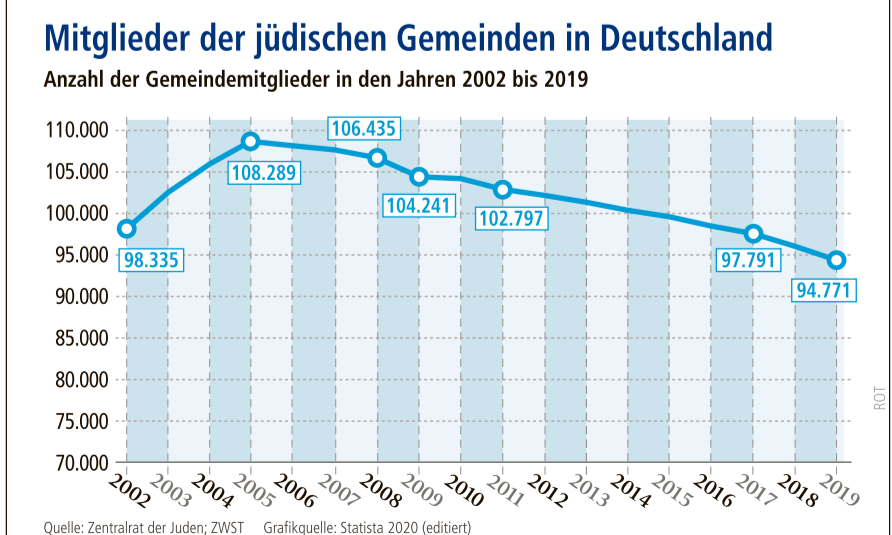
Die Angriffe werden mehr. Und sie kommen von allen Seiten.

viele Juden sich nicht mehr trauen, in der Öffentlichkeit als Jude erkennbar zu sein. Sie sind die ständigen verbalen und physischen Attacken leid. Jüdische Schüler werden regelmäßig von ihren Mitschülern gemobbt – zumeist von Muslimen. Vorträge von Shoah-Überlebenden werden von der antisemitischen BDS-Bewegung gestürmt und niedergeböhrt. Ein Wuppertaler Gericht urteilt, dass ein Brandanschlag auf die hiesige Synagoge als legitimer Akt der Kritik an Israel zu werten sei. Auf Anti-Corona-Demonstrationen werden „Judensterne“

getragen, die Maßnahmen der Bundesregierung gegen die Pandemie werden mit der Judenverfolgung verglichen – ein unvergleichlicher Schlag ins Gesicht für die jüdische Gemeinschaft. Der Redakteur Ronen Steinke hat in seinem neuen Buch „Terror gegen Juden“ eine beängstigende Übersicht aller antisemitischen Straftaten seit Gründung der Bundesrepublik aufgelistet. Eng bedruckte 89 Seiten. Und hierbei handelt es sich nur um die bekanntesten Fälle. Die Dunkelziffer ist signifikant höher. Viele Juden, auch ich, bringen aus Verdruss über die überlastete Justiz judenfeindliche Angriffe nicht mehr zur Anzeige.

Schwer bewacht Während ich diesen Text schreibe, stelle ich mir die Frage: Spinnst du? Wie kannst du nur in diesem Deutschland leben? Warum muss dein Töchterchen hier aufwachsen, in einem Kindergarten, der von einem halben Dutzend Sicherheitskräften bewacht werden muss? Und zugleich freue ich mich darauf, morgen früh das Töchterchen wieder in den jüdischen Kindergarten zu bringen. Zugleich freue ich mich darauf, bald wieder mit den anderen unfassbar untalentierten Läufern des jüdischen Sportvereins Makkabi bei den jüdischen Europameisterschaften anzutreten. Ich freue mich, bald wieder das sensationelle Sabich in dem etwas schmutzigen Laden in Neukölln zu essen. Ich freue mich darauf, spätestens an Jom Kippur in der Synagoge Joachimstaler Straße wie immer meinen unzuverlässigen Kumpel zu treffen, weil nur er so genial-unabsichtlich Pointen in den Sand setzen kann, dass selbst die besten jüdischen Witze dadurch noch lustiger werden. Auch das bedeutet es, jüdisch in Deutschland zu sein: Ein Leben zwischen größter Freiheit, im Zweifel aber auch größter Anfeindung zu führen. Es ist nicht leicht, diese Ambivalenz zu akzeptieren. Denn eine Gesellschaft, die dem Antisemitismus einen Spielraum lässt, taumelt in den Abgrund. „Nur wenn Juden hier vollkommen sicher und zuhause sind“, hat Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier jüngst gesagt, „ist dieses Land vollkommen bei sich.“ Deutschland hat die Wahl. *Philipp Peyman Engel*

Der Autor leitet das Feuilleton der Wochenzeitung „Jüdische Allgemeine“.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper

EDITORIAL

Vom Abendland

VON ALEXANDER WEINLEIN

Deutschland blickt in diesem Jahr zurück auf 1.700 Jahre jüdisches Leben. Das Jubiläum geht zurück auf ein Edikt des römischen Kaisers Konstantin vom 11. Dezember 321, in dem er festlegte, dass auch Juden Ämter im Stadtrat Kölns bekleiden dürfen. Es ist das früheste schriftliche Zeugnis für jüdisches Leben in Mitteleuropa. Wann genau sich erstmals eine jüdische Gemeinde in der Colonia Claudia Ara Agrippinensium, so der Name des antiken Kölns, bildete, lässt sich nicht datieren. Klar aber ist, dass sich jüdisches Leben im römischen Germanien nicht später als christliches formierte – wahrscheinlich sogar früher. In jedem Fall aber Jahrhunderte bevor sich erstmals das Wort „deutsch“ nachweisen lässt. Die Figur des Wehrmachts-Generals Harras zählt in Carl Zuckmayers Drama „Des Teufels General“ den „jüdischen Gewürzhändler“ gleich nach dem römischen Feldhauptmann, der einem „blonden Mädchen Latein beigebracht“ hat zu den ersten in der Ahnenreihe der Menschen am Rhein, die dort „gelebt, gerauft, gesoffen und gesungen und Kinder gezeugt“ haben. „Vom Rhein – das heißt vom Abendland. Das ist natürlicher Adel. Das ist Rasse“, beteuert Harras einem jungen Leutnant, der von seiner Verlobten wegen Unklarheiten in dessen Stammbaum und „Ariernachweis“ verlassen wurde.

Zuckmayers Drama spielt 1941 und damit in jenem katastrophalen Schicksalsjahr, in dem die von den nationalsozialistischen Rasse-Fanatikern angestrebte planmäßige Vernichtung allen jüdischen Lebens auf dem europäischen Kontinent beginnt. Vernichtet werden sollten nicht nur Millionen von Menschen, sondern auch all die geistigen Blüten, die das jüdische Leben hervorgebracht und die das kulturelle Erbe Deutschlands und Europas bereichert haben. Mit der Shoah erreichte jene Un-Kultur ihren grausamen Höhepunkt, die sich in den unterschiedlichen Erscheinungsformen des Antisemitismus bis heute durch die Geschichte zieht. Es bedurfte schon eines Gotthold Ephraim Lessings, damit sich ein deutscher Literat erstmals aufmachte, dieser Un-Kultur entgegenzutreten und mit seinem „Nathan der Weise“ seinem Freund Moses Mendelssohn, dem Begründer der jüdischen Aufklärung, ein literarisches Denkmal zu setzen. Und diese Kultur sollte das Abendland prägen.

GASTKOMMENTARE

MIT DEM STRAFRECHT GEGEN ANTISEMITISMUS?

Zähne zeigen

PRO



Daniel Goffart, »Wirtschaftswoche«, Düsseldorf

Man ist sich einig im Ziel, aber der Weg dahin ist umstritten. Alle wollen den Hass im Netz reduzieren. Aber wenn es konkret wird, stellen sich wahlweise Datenschützer, Netzbetreiber oder all jene in den Weg, die Kontrolle und Strafverfolgung im Internet bereits als Einschränkung der Meinungsfreiheit ablehnen. Auch die Debatte um härtere Strafen gegen Hetze im Netz ist geprägt von dieser „ja-aber“-Position: Ja, man muss etwas dagegen tun – aber bitte nicht so. Nur: Wer gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus vorgehen will, muss den Sicherheitsbehörden auch die notwendigen Instrumente geben. Das ist keine Einschränkung der Freiheit, sondern ein wichtiger Beitrag, um ihren Missbrauch einzudämmen. Im Kern geht es darum, dass soziale Netzwerke Hasspostings nicht nur löschen, sondern schwere Fälle dem Bundeskriminalamt melden müssen. Selbstverständlich sollen Ermittler bei den Telekommunikationsfirmen Kundendaten abfragen dürfen, anders lassen sich anonyme Hetzer im Netz kaum identifizieren. Selbstverständlich gehört dazu auch der Zugriff auf sensible Daten wie etwa Passwörter. Wer das für unverhältnismäßig hält, muss die Frage beantworten, was ihm wichtiger ist: der Datenschutz oder der wirksame Kampf gegen Hetze und Antisemitismus. Es ist richtig: Toleranz, Verständnis und ein offenes gesellschaftliches Klima lassen sich nicht mit härteren Strafen erreichen. Aber man kann all jenen, die das Internet als rechtsfreien Raum betrachten und für ihre Hetze nutzen, schon mit konsequenter Verfolgung und empfindlicher Bestrafung zeigen, dass die Zivilgesellschaft nicht blind ist. Der Rechtsstaat muss stark und wehrhaft sein, wenn er gegen seine Feinde bestehen will.

Engagement fördern

CONTRA



Stephan Hebel, freier Journalist

Dummheit schützt vor Strafe nicht, sagt der Volksmund, aber das gilt wahrscheinlich auch umgekehrt. Dem tumbe Hass, der antisemitischen, rassistischen, minderheitenfeindlichen Hetze in „sozialen“ Netzwerken und anderen Internet-Foren ist durch härtere Strafen nicht beizukommen. Wenn hier von Dummheit die Rede ist, stellt das keine Entschuldigung dar. Viele, die Hass verbreiten, bedienen sich ja mit Absicht der dümmsten Verschwörungstheorien, um ganze Gruppen herabzusetzen. Sie sollen dafür die Verantwortung tragen, auch rechtlich. Aber die Erfahrung zeigt eben, dass harte Strafen gerade die schlimmsten Hassprediger nicht beeindrucken werden. Stattdessen besteht die Gefahr, dass in der Gesellschaft der Eindruck entsteht, der Staat habe mit den Gesetzesverschärfungen die Sache geregelt. Im schlimmsten Fall kann genau das dazu führen, dass die gutwillige Mehrheit darin nachlässt, den Kampf gegen menschenfeindliche Ideologien da zu führen, wo er eben auch unbedingt hingehört: am Stammtisch, im Betrieb, in Bürgerinitiativen und Vereinen, in der eigenen Familie. Diesen Kampf darf die Gesellschaft auf keinen Fall an den Staat abgeben. Der Staat kann und soll durchaus helfen. Aber dafür braucht es erstens eine Politik, die das zivilgesellschaftliche Engagement noch stärker fördert, und zweitens braucht es politische Verantwortliche, die Menschenrechte und Minderheitenschutz auf allen Gebieten selbst vorleben und fördern, im Bündnis mit engagierten Bürgerinnen und Bürgern. Das ist nicht so einfach wie härtere Strafen, aber auf jeden Fall wichtiger. Strafe allein schützt weder vor Dummheit noch vor Menschenfeindlichkeit.



Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Herr Klein, im Dezember wurde der Attentäter von Halle zu lebenslanger Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt, er schmiss noch am letzten Prozessstag einen Aktenordner in Richtung der Nebenkläger. Ist es nicht frustrierend zu sehen, dass der Prozess das Weltbild des Angeklagten überhaupt nicht ins Wanken gebracht hat?

Das ist typisch, denn Rechtsextreme haben oft ein abgeschlossenes Weltbild. Hass ist eben keine Meinung, und wenn eine bestimmte Schwelle der Radikalisierung überschritten ist, helfen Diskussionen nicht mehr. Da haben wir nur noch repressive Elemente wie das Strafrecht zur Verfügung, um Antisemitismus zu bekämpfen.

Es gab nach dem Prozess vereinzelt Kritik, dass die Urteilsbegründung die gesamtgesellschaftliche Verantwortung für solche Taten zu wenig betont habe. Verstehen Sie das?

Ich verstehe das Bedürfnis besonders der Betroffenen, klarstellen zu wollen, dass Antisemitismus sich in einem gesellschaftlichen Umfeld bewegt. Man darf aber auch nicht zu viel von einem Gerichtsverfahren erwarten. Ich hatte schon den Eindruck, dass die Verhandlungsführung sehr souverän war und der Täter immer wieder gestoppt wurde, wenn er seine hasserfüllten Parolen platzieren wollte. Letztlich hat der Prozess ja auch eine erneute gesellschaftliche Debatte über die Hintergründe von Antisemitismus ausgelöst.

2019 sind die antisemitischen Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr um 13 Prozent gestiegen, auf rund 2.000. Wie erklären Sie diesen Anstieg?

Zum einen ist die zunehmende Verrohung vor allem im Internet Besorgnis erregend. Eine Vielzahl der Straftaten findet im Internet statt: Holocaust-Leugnung, Beleidigungen. Die Menschen trauen sich heutzutage wieder, Dinge zu sagen, die sie bisher nur gedacht haben, und dies in einer Form, die eine strafrechtliche Relevanz besitzt. Auf der anderen Seite zeigt der Anstieg möglicherweise auch, dass Betroffene und Zeugen antisemitische Straftaten stärker als bisher bei der Polizei anzeigen. Dazu ermutige ich die Menschen auch immer wieder, nur so kann sich etwas verändern.

Nun ist die Bundesregierung auf administrativer Ebene ja nicht untätig: Es gibt seit 2018 das Amt des Antisemitismusbeauftragten, Bund-Länder-Arbeitsgruppen, regelmäßige Berichte. Bald soll es eine neue nationale Strategie gegen Antisemitismus geben. Welche Veränderungen erhoffen Sie sich davon?

Ziel ist, dass die vielen staatlichen Akteure im Kampf gegen Antisemitismus noch besser vernetzt und aufeinander abgestimmt agieren. Ein Großteil der Maßnahmen liegt in der Zuständigkeit der Länder. Ich erhoffe mir weitere Impulse dafür, wie die verschiedenen Maßnahmen, die präventiven und die repressiven, besser ineinandergreifen können. Aber: Der Staat allein kann es nicht richten. Wir brauchen auch eine starke Zivilgesellschaft, die einschreitet, wenn sich Antisemitismus bemerkbar macht. Deshalb wollen wir auch deren Akteure auffordern, noch stärker aktiv zu werden.

Müssen Hass und Hetze im Netz nicht noch viel stärker verfolgt werden als es bisher geschieht?

Auf jeden Fall. Es ist äußerst wichtig, dass das Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität jetzt vom Bundestag rasch verabschiedet wird. Damit hätten wir wirklich ein erfolgversprechendes Instrument, weil es Anbieter sozialer Netzwerke verpflichtet, strafbare Inhalte an das Bundeskriminalamt zu melden. Das ist absolut der richtige Weg. Hier hilft nur Druck.

»Hier hilft nur Druck«

FELIX KLEIN Der Antisemitismusbeauftragte fordert, das Gesetz gegen Hass und Hetze im Internet schnell zu verabschieden



© picture-alliance/dpa/Michael Kappeler

Die Corona-Pandemie hat Verschwörungstheorien, auch antisemitischen, enormen Auftrieb gegeben. Mit sachlichen Argumenten kann man diesen aber gar nicht begegnen.

Trotzdem müssen wir diese teilweise völlig absurden Behauptungen dekonstruieren. Wir sind zwar schon gut aufgestellt, was die Erinnerung an den Holocaust angeht. Aber wir brauchen auch eine Strategie, wie wir junge Leute erreichen können, wenn es keine Zeitzeugen mehr gibt, die in die Schulen gehen. Die Schulen spielen eine

zentrale Rolle beim Kampf gegen Antisemitismus, hier muss der Grundstein gelegt werden für demokratisches Denken.

Die stärkste Bedrohung geht klar von Rechtsextremisten aus, aber auch von muslimischem oder linksextremistischem Antisemitismus fühlen sich Juden bedroht. Muss eine Strategie gegen Antisemitismus stärker differenzieren?

Ich warne vor einer Hierarchisierung. Natürlich kommt die weitaus größte Zahl antisemitischer Straftaten aus dem rechten

Spektrum, dennoch halte ich den linken oder islamistischen Antisemitismus für nicht weniger gefährlich. Im Detail unterscheiden sich etwa die Instrumente gegen israelbezogenen oder islamistischen Antisemitismus aber natürlich von jenen, die der Verharmlosung des Holocaust entgegen gesetzt werden.

Letzten Sommer hat sich der Bundestag klar gegen die BDS-Kampagne zum Boykott israelischer Produkte ausgesprochen, woraufhin es zu Ausladungen prominenter Gäste von Kulturveranstaltungen gekommen ist, weil diese mit BDS sympathisierten. Sehen Sie die freie Debatte in Gefahr?

Der Bundestag hat dadurch vor allem ein Zeichen der Solidarität mit der jüdischen Gemeinschaft in Deutschland und auch mit Israel gesetzt und die BDS-Kampagne ja nicht verboten. Die jüdische Gemeinschaft sieht in ihrer großen Mehrheit die Kampagne als Gefahr und wir wollen doch jüdisches Leben schützen und fördern. Es wird da eine Einschränkung der Meinungsfreiheit behauptet, die aus meiner Sicht nicht existiert.

Charlotte Knobloch hat am Holocaust-Gedenktag im Bundestag betont, wo Antisemitismus Platz habe, könne jede Form von Hass um sich greifen.

Die Geschichte hat gezeigt, dass Juden oftmals die ersten sind, die diskriminiert und ausgegrenzt werden, es aber nie dabei bleibt. Deswegen ist der Kampf gegen Antisemitismus tatsächlich ein Lackmuse für unsere Gesellschaft. Positiv gedeutet, meint der Satz aber auch: Wenn wir im Kampf gegen Antisemitismus erfolgreich sind, sind wir auch im Kampf gegen andere Formen der Ausgrenzung erfolgreich.

Die Spaltung der Gesellschaft wird immer wieder als Grund genannt für die zunehmende Aggressivität gegenüber dem scheinbar Anderen. Fragt sich unsere Gesellschaft ernsthaft genug, was die Ursachen für diese Spaltung sind?

Das ist eine ganz entscheidende Frage. Diese Fragmentierung äußert sich auf vielen Ebenen, sie betrifft die ganze Gesellschaft. Ich glaube, es wird zu wenig danach gefragt, was es bedeutet. Hier muss die Politik mehr Angebote machen, um den Wert des gesellschaftlichen Zusammenhalts stärker zu betonen.

In diesem Jahr wird mit vielen Veranstaltungen 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland gefeiert, es soll sichtbar gemacht werden. Alltags vieler Jüdinnen und Juden ist aber, dass diese Sichtbarmachung sie eher gefährdet.

Ich verstehe die Sorge und sie ist ja nicht aus der Luft gegriffen. Wir sollten uns nicht daran gewöhnen, dass Polizeiwagen jüdische Einrichtungen schützen müssen. Aber ich denke, dieses Themenjahr ist genau die richtige Strategie, um jüdisches Leben als Teil der deutschen Vielfalt und Normalität zu präsentieren und so Vorurteile abzubauen. Nur, was man kennt, kann man stärker wertschätzen.

Das Gespräch führte Claudia Heine. ||

Felix Klein ist Jurist und Diplomat. Seit 2018 ist er Beauftragter der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus.



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Diplomat: Alexander Graf Lambsdorff

Als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe hat Alexander Graf Lambsdorff es nicht weit nach Israel. Eigentlich liegt es vor der Haustür seines zweiten Wohnsitzes in Berlin – mit den vielen Restaurants, Kneipen, Synagogen, Firmen und anderen Treffs, die jene ungefähr 20.000 jungen Israelis geschaffen haben, welche nach Berlin gezogen sind. „Es erfüllt mich mit Freude und Dankbarkeit, dass sich Israelis in der deutschen Hauptstadt wohlfühlen können“, sagt der FDP-Vizefraktionschef für Außenpolitik im Bundestag. „Viele jüdische Familien haben ihre Wurzeln in Osteuropa, vielleicht spielt Berlins Lage im Osten eine Rolle“, sagt der 54-Jährige und zählt weiter auf: Da ist noch die „coole Reputation“ der Stadt, auch ein Cluster-Effekt für die IT-Szene. „Bonn hatte nie diesen großstädtischen Appeal“, sagt Lambsdorff, der im heutigen Zweit-Regierungssitz aufwuchs und noch immer dort wohnt. In Gesprächen mit Juden über ihr Leben in Deutschland begegnet ihm oft ein „Ja, aber...“, Lambsdorff benennt den steigenden Antisemitismus hierzulande. „Die Alija, die jüdische Einwanderung nach Israel, ist als Denkfigur bei vielen präsent“, sagt er. Da sei die AfD mit ihrer Forderung nach einer 180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur, der gewaltbereite Antisemitismus wie der Anschlag auf die Synagoge in Halle oder die negativen Reaktionen, die das Tragen einer Kippa zuweilen hervorrufen – mit dem altbekannten Antisemitismus als eine Kontinuität in der deutschen Geschichte und mit neuen Hassformen



© picture-alliance/dpa

»Es gibt eine Tendenz zu einfachen Antworten, die nichts lösen. Deutschland wird bunter werden.«

diesem „permanenten gesellschaftlichen Aushaltungsprozess, was zu dulden ist und was nicht“ agiert also Lambsdorff im Bundestag. Die Arbeit als Vorsitzender der Gruppe beschreibt er als parlamentarische Diplomatie. „Man vertritt den Bundestag, nicht die Fraktion.“

Für Lambsdorff ist das ein wenig zurück zu den Wurzeln. Ab 1995 wurde er zum Diplomaten ausgebildet, arbeitete später

im Planungstab des Auswärtigen Amtes, als Büroleiter bei Klaus Kinkel im Bundestag und im Pressereferat der Deutschen Botschaft in Washington D.C. Warum dann der Wechsel als Abgeordneter in der Legislative? „Mein Motiv war die Freiheit“, fasst er zusammen. „Im Diplomatischen Dienst ist man nach innen frei, nach außen hin aber vertritt man die Regierungsmeinung.“ Im Jahr 2000 war er 33 und bewarb sich um ein Landtagsmandat in NRW, „eine klassische Zählkandidatur im aussichtslosen Bonner Norden mit überraschend guten elf Prozent“. 2004 dann der Einzug ins Europäische Parlament, in dem er die FDP bis 2017 vertrat; 2001 schon war er in den Bundesvorstand der FDP gerückt. Begonnen hatte sein politisches Engagement klassisch, mit dem Kleben von Plakaten in Wahlkämpfen, mit ehrenamtlichen Ämtern auf Orts-, Kreis- und Bezirksebene – oder noch viel früher? Lambsdorff ist in einer politischen Familie groß geworden. Sein Vater Hagen Graf Lambsdorff ein Journalist und Botschafter, sein Onkel Otto Graf Lambsdorff Bundeswirtschaftsminister. War sein Weg vorgezeichnet? „Würde ich nicht sagen“, entgegnet er, „aber ich habe schon in jungen Jahren viel von internationaler Politik und anderen Ländern kennengelernt. Da wuchs das Interesse rasch.“ All dies sind Erfahrungen, die nun der Aufgabe als Vorsitzender der deutsch-israelischen Parlamentariergruppe helfen. „Israel fasziniert mich seit langem“, sagt er. „Das Land ist auch außenpolitisch sehr relevant.“ Jan Rübel ||

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage
Aus Politik und Zeitgeschichte
ISSN 0479-611 X
(verantwortlich: Bundeszentrale
für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion
(außer Beilage)
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227-3 05 15
Telefax (0 30) 227-3 65 24
Internet:
<http://www.das-parlament.de>
E-Mail:
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur
N. N.

Stellvertretender Chefredakteur
Alexander Heinrich (ah) V.i.S.d.P.

Verantwortliche Redakteure
Lisa Brähler (lbr)
Claudia Heine (che)
Claus Peter Kosfeld (pk)
Hans-Jürgen Leersch (hle)
Johanna Metz (joh)
Kristina Pezzer (pez)
Sören Christian Reimer (scr)
CvD
Helmut Stoltenberg (sto)
Alexander Weinlein (aw)

Fotos
Stephan Rotes

Redaktionsschluss
19. März 2021

Druck und Layout
Frankfurter Societäts-Druckerei
GmbH & Co. KG
Kurbelstraße 4–6
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32
E-Mail:
fazit-com@intime-media-services.de

Anzeigenverkauf,
Anzeigenverwaltung,
Disposition
FAZIT Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
Postfach 1363
82034 Deseenhofen
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36
E-Mail:
fazit-com-anzeigen@intime-media-services.de

Abonnement
Jahresabonnement 25,80 €; für
Schüler, Studenten und Auszubildende
(Nachweis erforderlich) 13,80 €
(im Ausland zuzüglich Versandkosten)
Alle Preise inkl. 7% MwSt.
Kündigung jeweils drei Wochen vor
Ablauf des Berechnungszeitraums.
Ein kostenloses Probeabonnement
für vier Ausgaben kann bei unserer
Vertriebsabteilung angefordert
werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel
stellen nicht unbedingt die Meinung
der Redaktion dar. Für unverlangte
Einsendungen wird keine Haftung
übernommen. Nachdruck nur mit
Genehmigung der Redaktion.
Für Unterrichtszwecke können Kopien
in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“
ist Mitglied der
Informationsgesellschaft
zur Feststellung
der Verbreitung von
Werberträgen e. V. (IVW)
Für die Herstellung der Wochenzeitschrift
„Das Parlament“ wird ausschließlich
Recycling-Papier verwendet.



Die Neue Synagoge, heute Heimat des „Centrum Judaicum“, gehört mit ihrer goldenen Kuppel zu den Wahrzeichen Berlins.

© picture-alliance/dpa/ZB/Stephan Schulz

Eine Kleinstadt in der Großstadt

BERLIN In Deutschlands größter jüdischen Gemeinschaft findet sich heute wieder vielfältiges Glaubensleben

Wer von jüdischem Leben in Berlin erzählen will, beginnt damit am besten in der Oranienburger Straße. Dort, in Berlins Mitte, erhebt sich über der Neuen Synagoge eine goldene Kuppel. Das 1866 fertiggestellte Haus wurde zwar bei dem Novemberpogrom 1938 vor der Zerstörung gerettet, aber 1943 von Fliegerbomben schwer beschädigt und 1958 weitgehend gesprengt. Nur noch das Kuppelgebäude war im Original erhalten und die einstige Frauempore; die an der Straße gelegene Bausubstanz blieb als Mahnmal gegen Krieg und Faschismus. 1988 begann ein teilweiser Wiederaufbau mit originalgetreu restaurierter Straßenfront.

Von egalitär über liberal bis orthodox sind alle religiösen Richtungen vertreten.

Heute beherbergt das Gebäude das Centrum Judaicum, ein Zentrum für die Pflege und Bewahrung jüdischer Kultur. In dem Komplex ist außerdem die Verwaltung der Jüdischen Gemeinde zu Berlin untergebracht. Das Haus kann in mehr als nur einer Hinsicht als Sinnbild dienen. Man kann noch heute sehen, wie groß die einstige Synagoge einmal gewesen ist. Die Grundmauern sind erhalten und hinter dem Haus im Pflaster hervorgehoben. Es lohnt sich, die Markierungen abzuschreiten. Wer dort umhergeht, kann erfassen, wie groß der Verlust ist. In welchen Dimensionen man denken muss, will man begreifen, was vor Krieg und Nationalsozialismus einmal gewesen ist. Geht man durch die Stockwerke des Verwaltungsgebäudes und liest auf den Schildern an den Türen, wer hier für was verantwortlich ist, wird deutlich, dass Berlins jüdische Gemeinschaft, wenn auch viel kleiner als vor dem Krieg, heute durchaus wieder vielfältig ist. Die Einheitsgemeinde mit etwa 10.000 Mitgliedern ist eine Körperschaft öffentlichen Rechts, unter deren Dach verschiedene Bet-Gemeinschaften organisiert sind. Vier Friedhöfe gehören dazu, ein Seniorenzentrum, Kitas, Schulen, acht Synagogen. Es ist die Dimension einer kleinen Stadt mit rund 300 Mitarbeitern.

Die meisten jüdischen Zuwanderer kamen aus der ehemaligen Sowjetunion.

Alle religiösen Richtungen sind in Berlin vertreten, von egalitär über liberal bis orthodox. Es gibt einen jüdischen Schachclub und eine jüdische Volkshochschule. Unter dem Dach der Gemeinde existieren Gruppierungen, die miteinander nur russisch sprechen. Denn die Gemeinschaft ist auch ein Auffangbecken für Zuwanderer. Die meisten jüdischen Zuwanderer kamen in den 1990er und 2000er Jahren aus der ehemaligen Sowjetunion nach Berlin. Und so sieht die Jüdische Gemeinde auch heute

noch eine ihrer Hauptaufgaben darin, als soziales Netzwerk zu dienen. Es gibt Hilfe beim Erlernen der Sprache, Anleitungen für die Religionsausübung, Beratungen in Fragen des Aufenthaltsrechts, um sich in Berlin niederzulassen, oder wie etwa Sozialhilfe beantragt wird.

Mit der Zuwanderung haben sich in der Stadt vermehrt orthodoxe Strömungen ausgebildet. Jüdinnen, die eine Perücke über ihren Haaren tragen, gab es vor einigen Jahrzehnten kaum in Berlin. Das hat sich geändert. Mittlerweile sind mit Chabad Lubawitsch in Wilmsdorf und der Lauder Foundation in Mitte zwei sehr lebendige orthodoxe Gemeinden entstanden, in denen viele junge Menschen ein sehr traditionelles Judentum für sich entdeckt haben. Und gleichzeitig sind aus den USA auch sehr moderne Phänomene nach Berlin gekommen.

Ebenfalls in der Oranienburger Straße ist eine egalitäre Synagogengemeinschaft beheimatet. Sie wird von der Rabbinerin Gesa Ederberg betreut – eine von sehr wenigen Rabbinerinnen in Deutschland. Die Masorti-Gemeinschaft folgt einem traditionellen Ritus. Männer und Frauen haben trotzdem gleiche Rechte; auch Frauen leiten Gebete an. Frauen werden von wenigen Ausnahmen abgesehen erst seit den 1970er Jahren ordiniert. Inzwischen sind auch schwule und lesbische Rabbiner akzeptiert. In der Oranienburger Straße sitzen im Gottesdienst beide Geschlechter gemischt.

Berlin zieht seit Jahren viele junge Israelis an. Man trifft sie inzwischen auf fast jedem jüdischen Fest; es gibt eigene Netzwerke, Treffpunkte, Cafés, Restaurants. Etwa 10.000 Israelis leben in Berlin, schätzt die israelische Botschaft. Staatsbürger Israels reisen allerdings visafrei ein; wenn ihre Großeltern Deutsche waren, können sie auch die deutsche Staatsbürgerschaft führen, ohne die alte aufgeben zu müssen. Es könnten also auch viel mehr oder weniger sein; man weiß es nicht. Messbar ist indes, dass sich diese jüngste Zuwanderungswelle jüdischer Menschen in der Stadt kulturell bemerkbar macht, etwa mit dem israelisch-deutschen Kulturfestival.

Das ist ein durchaus erstaunliches Phänomen, denn die Berliner Geschichte ist auch eine der Judenvertreibung. 1295 werden Juden in Berlin zum ersten Mal urkundlich erwähnt. Die erste brandenburgische Judenvertreibung ist 1446 nachweisbar, es folgen weitere. Und trotzdem entsteht 1671 die jüdische Gemeinde Berlins. Der größte Bruch kommt mit den Nationalsozialisten. Bei ihrem Machtantritt 1933 leben in Berlin rund 160.000 Juden. Während der NS-Zeit werden 55.000 ermordet, 7.000 sterben durch

Selbsttötung. 90.000 gelingt die Flucht. Nur 8.000 Berliner Juden erleben die Befreiung. Nach dem Krieg geht der Wiederaufbau nur langsam voran. Erst der große Zustrom aus Osteuropa ab dem Ende der 1980er Jahre ändert das.

In den vergangenen 20 Jahren hat die Gemeinschaft einen Sprung gemacht. Gerade errichtet Chabad Lubawitsch in Wilmsdorf ein Bildungszentrum mit Begegnungsstätte, Krippe, Kindergarten, Schule, Jugendclub, Sport- und Freizeitzentrum. Die Gemeinde rund um den Rabbiner Jehuda Teichtal gehört einer weltweit vertretenen, sehr traditionell lebenden Gruppierung an. Sie hat sich in den zurückliegenden beiden Jahrzehnten fest in der Stadt etabliert.

Junge Familien Auch in der jüdischen Gemeinschaft an der Brunnenstraße in Mitte trifft man auf eine eher orthodoxe Welt. Selbst einige Kinder tragen große runde Hüte, schwarzen Anzug und Weste, mit langen weißen Fäden unter der Kleidung. Sie sehen aus wie orthodoxe jüdische Männer am Festtag, sind aber Kindergartenkinder im Lauder-Nitzan-Kindergarten. Auch die Erzieherinnen tragen dort Kopfbedeckungen. Kindergarten, Schule, Talmud-Thoraschule und Rabbinerseminar, finanziert von dem US-Milliardär Ronald S. Lauder, waren der Anfang. Mittlerweile haben sich drumherum zahlreiche tief religiöse junge Familien angesiedelt. Die Gemeinde nennt sich Kahal Adass Jisroel.

Ganz anders geht es in der Synagoge am Fraenkelufer in Kreuzberg zu. Aber auch dies ist ein Ort, an dem sich zeigt, wie sich jüdisches Leben in Berlin verändert. Während die Mitgliederzahlen der jüdischen Gemeinden in Deutschland sinken und die Gemeinschaften einen immer höheren Altersdurchschnitt haben, etablieren sich daneben wachsende junge Gesellschaften, die neben wachsende junge Gesellschaften, die mit der alten Struktur aber nur noch lose verbunden sind. Jüdisches Leben ist an dieser Stelle jung, unter 40 Jahre alt, vielfältig von orthodox bis liberal, hetero- wie homosexuell, und mit großem Enthusiasmus. Auffällig viele Beter sind junge Familien mit kleinen Kindern, und ebenso auffällig ist, dass viele davon aus Israel und den USA stammen.

Das Mutterland des liberalen Judentums findet langsam Anschluss an die Reformbewegung.

Vor dem Krieg stand am Fraenkelufer ein prächtiger Synagogenbau. Aber nach den Beschädigungen durch Novemberpogrom und Zweiten Weltkrieg wurde er Ende der 1950er Jahre abgerissen. Überdauert hat nur die kleinere Jugendsynagoge. Heute ist sie eine von acht Synagogen der jüdischen Gemeinde zu Berlin. Die Mitglieder verfolgen einen ambitionierten Plan: den Wiederaufbau der 1938 bei dem Pogrom zerstörten Hauptsynagoge. Das Gotteshaus soll ein richtiges Gemeindezen-

trum erhalten mit einem Kindergarten und viel Platz zum Zusammentreffen.

In Deutschland, dem Land, von dem die Shoah ausging, besteht oft der Eindruck, jüdisches Leben sei, wenn es wieder entsteht, zwangsläufig orthodox. Die auffälligere Kleidung hebt diese Gruppen hervor. Rituelle Handlungen erfahren große mediale Verbreitung wie etwa das Entzünden der Lichter zum Chanukkafest an einem großen Leuchter am Brandenburger Tor. Und doch hat sich auch ein reformatorisches liberales Judentum mit gleichen Rechten für Männer und Frauen etabliert.

Man sieht es am Abraham Geiger Kolleg in Charlottenburg, dem ersten liberalen Rabbinerseminar, das nach der Shoah in Kontinentaleuropa gegründet wurde. Es beruft sich auf

den Rabbiner Abraham Geiger, der in Berlin 1872 eine Hochschule für die Wissenschaft des Judentums mitgründete. Auffälligster Unterschied zu anderen Ausbildungsstätten für Rabbiner ist, dass dort Frauen jüdische Geisteswissenschaften studieren können. Das ist in Deutschland noch immer eine Seltenheit. Dabei ist das liberale Judentum ursprünglich eine deutsche Entwicklung. Die Rabbinerin Regina Jonas (1902 bis 1944) war die erste Frau weltweit, die zur Rabbinerin ordi-

niert wurde, und predigte in den 1930er und 1940er Jahren in Berliner Synagogen. Die weitere Entwicklung wurde dann durch den Nationalsozialismus, durch Unterdrückung und Auslöschung abgeschnitten, Regina Jonas in Auschwitz ermordet.

Eine Notwendigkeit Während liberale Gemeinschaften heute weltweit das Judentum prägen, ist im Mutterland dieser Bewegung die Situation umgekehrt. Ein Großteil der hiesigen Juden ist mit liberalem Judentum noch gar nicht in Verbindung gekommen. Hier setzt sich die jüdische Gemeinschaft vor allem aus Menschen zusammen, die ihre Wurzeln in Osteuropa haben und damit in der Orthodoxie. Liberale Ideen kamen lange von außen.

Fragt man den Rabbiner Walter Homolka, Rektor und Gründer der Einrichtung, aus welchem Impuls er vor 20 Jahren das Abraham Geiger Kolleg schuf und wo es heute steht, gewinnt man den Eindruck, dass es eine Notwendigkeit für eine solche Ausbildungsstätte gab. Ob es Ehen von Juden und Nicht-Juden sind, die Gleichstellung der Frau oder die Anerkennung von Homosexualität: Das Mutterland der Reformbewegung im jüdischen Glauben hat durch die Shoah den Anschluss verloren. Ganz langsam ändert sich das jetzt. Mehr als 70 Jahre nach Kriegsende.

Julia Haak

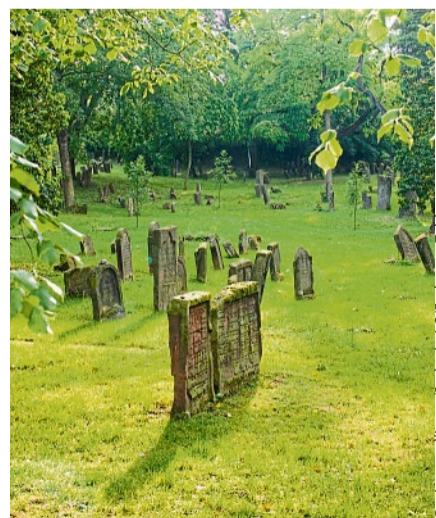
Die Autorin ist Redakteurin der „Berliner Zeitung“.

Am Heiligen Sand von Warmaisa

SPURENSUCHE In Worms konnte die jüdische Gemeinde bis zur Shoah auf eine 1.000-jährige Geschichte zurückblicken

Ein Zauber geht von diesem Ort aus: Eingezwängt zwischen einer Bahnlinie und dem Innenstadtring des Kfz-Verkehrs, hüllt er den Besucher ein in eine zeitlose Stille, entrückt von Lärm und Hektik. Der „Heilige Sand“ in Worms ist der älteste am Ort erhaltene Judenfriedhof Europas und eine der ehrwürdigsten Stätten des Kontinents. Der älteste Grabstein stammt von 1058/59; insgesamt stehen rund 2.500 aus dem 11. bis 20. Jahrhundert auf dem Friedhof, der trotz zahlreicher Pogrome nie zerstört wurde, derzeit aber leider für Individualbesucher geschlossen ist.

Worms ist keine Großstadt, kann aber auf große Geschichte zurückblicken. Als „Nibelungen-Stadt“ Schauplatz des gleichnamigen Mittelalter-Dramas, wurde hier etwa mit dem „Wormser Konkordat“ von 1122 zur Beilegung des Investiturstreits zwischen Kaiser und Papst ebenso Weltgeschichte geschrieben wie 1521 mit Martin Luthers Auftritt vor Kaiser und Reich. Als „Klein-Jerusalem“, wie die Stadt am Rhein einst auch genannt wurde, ist sie weniger bekannt, obwohl ihre in der Shoah ausgelöschte jüdische Gemeinde einst bedeutendes Zentrum jüdischen Lebens war und eine rund 1.000-jährige, ungewöhnlich kontinuierliche Geschichte aufwies.



Der jüdische Friedhof in Worms

Die ältesten Belege einer jüdischen Ansiedlung in Warmaisa, so der hebräische Name, finden sich aus der Zeit um 960. Im 11. Jahrhundert war Rabbi Salomo ben Isaak, „Raschi“ genannt, Schüler der Wormser Talmud-Schule; noch heute werden seine Bibel- und Talmudkommentare studiert. 1272 entstand der „Wormser Machsor“, ein Gebetbuch, das den ältesten schriftlichen

Beleg der jiddischen Sprache enthält und später bis zur Vernichtung der Wormser Gemeinde in deren Besitz war. Fast 600 Jahre später wurde in Worms mit Ferdinand Eberstadt 1849 erstmals in Deutschland ein Jude Bürgermeister.

Vom Heiligen Sand gelangt man am nahen Kaiserdom vorbei oder dem Verlauf der dazwischen stehenden Stadtmauer folgend zum einstigen Judenviertel. Nach dem Pestpogrom von 1349 bildeten seine zwei Straßen bis 1792 das Ghetto, in dem alle Juden der Stadt wohnen mussten. Um die 400 Juden wurden bei diesem Pogrom ermordet, und es war in Worms weder der erste noch der letzte: Zirka 800 fielen allein dem Kreuzpogrom von 1096 zum Opfer. Wo in dem an die Stadtmauer angelehnten Viertel die „Hintere Judengasse“ auf die „Judengasse“ stößt, steht die Synagoge, mit den Vorgängerbauten eine der ältesten Deutschlands, daneben die „Mikwe“, das um 1185/86 gebaute und unzerstört gebliebene Frauenbad, nahebei das Jüdische Museum im 1982 erbauten „Raschi-Haus“, wo einst das Lehrhaus der Gemeinde war. Eine erste Synagoge gab es bereits 1034; eine neue seit 1174/75. Mehrfach erzwungen Pogrome und Kriegsschäden Instandsetzungen; bei der Pogromnacht 1938 wurde

das Gotteshaus niedergebrannt, bis 1961 wieder originalgetreu aufgebaut und ist seitdem im Besitz der Jüdischen Gemeinde von Mainz als Rechtsnachfolgerin der im NS-Terror umgekommenen Wormser Gemeinde. Sie hatte 1933 etwa 1.100 Mitglieder; rund 440 starben in der Shoah. 2010 überstand die Synagoge einen Brandanschlag ohne größeren Schäden.

Von der Mainzer Gemeinde wird das Gebäude weiter für Gottesdienste genutzt; doch auch wenn es wieder jüdisches Leben in Worms gibt, bleibt die Leerstelle, die der Verlust der Gemeinde gerissen hat, schmerzhaft spürbar. 2020 wurden die Stätten jüdischen Lebens in Worms, Mainz und Speyer, deren Gemeinden sich einst zum „SchUM“-Verbund zusammengeschlossen hatten und als Wiege des aschkenasischen Judentums gelten, für die Welterbeliste der Unesco nominiert; die Entscheidung wird noch in diesem Jahr erwartet.

Helmut Stoltenberg

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



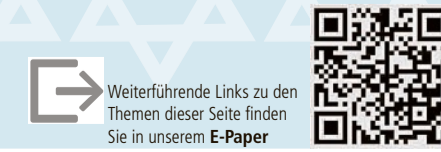


Jüdische Gemeinden in Deutschland

<p>Schleswig-Holstein</p> <p>1 Jüdische Gemeinde Flensburg 76 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>2 Jüdische Gemeinde Kiel und Region 407 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>3 Jüdische Gemeinde Kiel 208 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>4 Jüdische Gemeinde Bad Segeberg 183 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>5 Jüdische Gemeinde Lübeck 609 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>6 Jüdische Gemeinde Ahrensburg-Stormarn 20 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>7 Jüdische Gemeinde Elmshorn 43 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>8 Jüdische Gemeinde Pinneberg 112 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Hamburg</p> <p>9 Jüdische Gemeinde Hamburg 112 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Mecklenburg-Vorpommern</p> <p>10 Jüdische Gemeinde Schwerin 658 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>11 Jüdische Gemeinde Bad Pyrmont 553 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Bremen</p> <p>12 Jüdische Gemeinde im Lande Bremen 841 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Niedersachsen</p> <p>13 Jüdische Gemeinde zu Oldenburg 283 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>14 Jüdische Gemeinde Delmenhorst 170 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>15 Jüdische Gemeinde Osnabrück 953 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>16 Jüdische Gemeinde Celle 51 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>17 Jüdische Kultusgemeinde im Landkreis Schaumburg 84 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>18 Jüdisch-Bucharisch-Sefardisches Zentrum Deutschland in Hannover 342 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>19 Liberale jüdische Gemeinde Hannover 776 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>20 Jüdische Gemeinde Hannover 4.114 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>21 Liberale Jüdische Gemeinde Wolfsburg/Region Braunschweig 32 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>22 Orthodoxe Jüdische Gemeinde zu Wolfsburg 78 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>23 Jüdische Gemeinde Braunschweig 272 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>24 Jüdische Kultusgemeinde im Landkreis Hameln-Pyrmont 113 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>25 Jüdische Gemeinde Hameln 182 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>26 Jüdische Gemeinde Bad Pyrmont 62 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>27 Jüdische Kultusgemeinde Hildesheim 33 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>28 Jüdische Gemeinde Hildesheim 33 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>29 Jüdische Gemeinde Göttingen 134 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>30 Jüdische Kultusgemeinde für Göttingen und Südniedersachsen 49 Mitglieder (Stand 2019)</p>	<p>Sachsen-Anhalt</p> <p>31 Synagogengemeinde zu Magdeburg 435 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>32 Jüdische Gemeinde zu Dessau 294 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>33 Jüdische Gemeinde Halle (Saale) 537 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Brandenburg</p> <p>34 Jüdische Gemeinde "Wiedergeburt" Landkreis Oberhavel (Oranienburg) 160 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>35 Jüdische Gemeinde Landkreis Barnim 159 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>36 Jüdische Gemeinde Stadt Potsdam 430 Mitglieder (Stand 2021)</p> <p>37 Jüdische Gemeinde Königs Wusterhausen 58 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>38 Jüdische Gemeinde Frankfurt (Oder) 179 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>39 Jüdische Gemeinde Cottbus 498 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Berlin</p> <p>40 Jüdische Gemeinde zu Berlin 9.037 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Nordrhein-Westfalen</p> <p>41 Jüdische Gemeinde Münster 562 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>42 Jüdische Kultusgemeinde Bielefeld „Beit Tikwa“ 312 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>43 Jüdische Gemeinde Herford-Detmold 80 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>44 Jüdische Kultusgemeinde Minden und Umgebung 90 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>45 Jüdische Kultusgemeinde Paderborn 55 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>46 Jüdische Kultusgemeinde Kreis Recklinghausen 553 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>47 Jüdische Gemeinde Gelsenkirchen 318 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>48 Jüdische Kultusgemeinde Essen 919 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>49 Jüdische Gemeinde Bochum-Herne-Hattingen 1.022 Mitglieder (Stand 2018)</p> <p>50 Jüdische Kultusgemeinde Groß-Dortmund 2.773 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>51 Jüdische Gemeinde Duisburg-Mülheim-Oberhausen 2.420 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>52 Jüdische Gemeinde Krefeld 957 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>53 Jüdische Gemeinde Mönchengladbach 678 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>54 Jüdische Gemeinde Düsseldorf 6.657 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>55 Jüdische Kultusgemeinde Wuppertal 2.143 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>56 Jüdische Gemeinde Hagen 262 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>57 Jüdische Gemeinde Aachen 1.241 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>58 Synagogen-Gemeinde Köln 4.071 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>59 Synagogengemeinde Bonn 906 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Hessen</p> <p>60 Jüdische Gemeinde Kassel 698 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>61 Jüdische Gemeinde Marburg/Lahn 435 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>62 Jüdische Gemeinde Giessen 304 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>63 Jüdische Gemeinde Limburg-Weilburg 170 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>64 Jüdische Gemeinde Bad Nauheim 256 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>65 Jüdische Gemeinde Fulda 363 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>66 Jüdische Gemeinde Wiesbaden 831 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>67 Jüdische Gemeinde Frankfurt am Main 6.316 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>68 Jüdische Gemeinde Offenbach 698 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>69 Jüdische Gemeinde Hanau 204 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>70 Jüdische Gemeinde Darmstadt 621 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Thüringen</p> <p>71 Jüdische Landesgemeinde Thüringen (Erfurt) 679 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Sachsen</p> <p>72 Israelitische Religionsgemeinde zu Leipzig 1.196 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>73 Jüdische Gemeinde Chemnitz 537 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>74 Jüdische Gemeinde zu Dresden 707 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Rheinland-Pfalz</p> <p>75 Jüdische Kultusgemeinde Koblenz 851 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>76 Jüdische Kultusgemeinde Trier 464 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>77 Jüdische Kultusgemeinde für die Kreise Bad Kreuznach und Birkenfeld 166 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>78 Jüdische Gemeinde Mainz 997 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Jüdische Kultusgemeinde der Rheinpfalz (Speyer) 585 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Saarland</p> <p>80 Synagogengemeinde Saar 829 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Baden-Württemberg</p> <p>81 Jüdische Gemeinde Mannheim 474 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>82 Jüdische Kultusgemeinde Heidelberg 413 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>83 Jüdische Kultusgemeinde Karlsruhe 863 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>84 Jüdische Gemeinde Pforzheim 338 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>85 Israelitische Religionsgemeinschaft Württembergs (Stuttgart) 2.786 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>86 Israelitische Kultusgemeinde Baden-Baden 564 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>87 Jüdische Gemeinde Emmendingen 275 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>88 Israelitische Gemeinde Freiburg 582 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>89 Israelitische Kultusgemeinde Rottweil-Villingen-Schwennigen 279 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>90 Israelitische Kultusgemeinde Lörrach 471 Mitglieder (Stand 2019)</p>	<p>91 Synagogengemeinde Konstanz 331 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>Bayern</p> <p>92 Israelitische Kultusgemeinde Würzburg und Unterfranken 901 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>93 Israelitische Kultusgemeinde Bamberg 660 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>94 Jüdische Kultusgemeinde Bayreuth 508 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>95 Israelitische Kultusgemeinde Hof 351 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>96 Jüdische Kultusgemeinde Erlangen 111 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>97 Israelitische Kultusgemeinde Fürth 341 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>98 Israelitische Kultusgemeinde Nürnberg 2.271 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>99 Israelitische Kultusgemeinde Amberg 125 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>100 Jüdische Gemeinde Weiden 210 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>101 Jüdische Gemeinde Regensburg 1.006 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>102 Israelitische Kultusgemeinde Straubing-Niederbayern 833 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>103 Israelitische Kultusgemeinde Schwaben-Augsburg 1.298 Mitglieder (Stand 2019)</p> <p>104 Israelitische Kultusgemeinde München und Oberbayern 9.274 Mitglieder (Stand 2019)</p>
--	---	---

Quelle: Zentralrat der Juden (www.zentralratderjuden.de)

Die hier aufgeführten Gemeinden sind im Zentralrat der Juden organisiert. Es gibt weitere anderweitig oder gar nicht in einem Verbund organisierte jüdische Gemeinden in Deutschland. Weitere Gemeinden sind zum Beispiel Mitglieder in der Union Progressiver Juden: www.liberales-juden.de/gemeinden. Es kann auch zu Überschneidungen der Mitgliedschaften kommen.



So gut wie wohl noch nie in der Geschichte – zu dieser Einschätzung über das christlich-jüdische Verhältnis kam der Präsident des Zentralrats der Juden, Josef Schuster, Ende Januar. Auf dem Neujahrsempfang der Evangelischen Akademie Tutzing sagte er: „Die deutsch-jüdische Geschichte ist [...] auch, wenn nicht sogar vorrangig, eine christlich-jüdische Geschichte.“ Die Auseinandersetzung mit dem christlich-jüdischen Verhältnis ist also elementar – und zugleich vielschichtig, ambivalent und keinesfalls ohne Konflikte.

Für Schusters Feststellung lassen sich viele Belege anführen – auf institutioneller und theologischer Ebene bis hin zu den einzelnen Gemeinden. Zunächst ein Blick auf die institutionelle Zusammenarbeit: Im Corona-Sommer 2020 reiste eine Delegation des Zentralrats der Juden, des Zentralrats der Sinti und Roma und der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) nach Oswiecim (Auschwitz/Polen). Dieser Besuch war bedeutsam. Es war nicht nur das erste Mal, dass ein EKD-Ratsvorsitzender während seiner Amtszeit nach Auschwitz reiste, es war auch das erste Mal, dass eine Delegation von Juden, Christen, Sinti und Roma dort gemeinsam der Opfer des Nationalsozialismus gedachte. Für den EKD-Ratsvorsitzenden Heinrich Bedford-Strohm war es sogar persönlich der erste Besuch im ehemaligen Nazi-Vernichtungslager.

Gemeinsames Gedenken Es sind diese Bilder der Reise, die bleiben: Schuster und Bedford-Strohm gehen Seite an Seite durch das Tor zum Lager Auschwitz-Birkenau, das „Tor zum Ende der Welt“, in dem Juden und Sinti und Roma bis zu ihrem Tod interniert wurden. Sie stehen am „Ascheberg“, wo sich ein Großteil der Asche der verbrannten Körper aus den Krematorien befindet – der größte Friedhof der Welt. Tags zuvor ist Bedford-Strohm an der Seite Romani Roses, dem Vorsitzenden des Zentralrats der Sinti und Roma, durch die erste Gaskammer im Stammlager Auschwitz gegangen.

Das gute Verhältnis zwischen Juden und Christen beschränkt sich nicht auf die Beziehungen zwischen Zentralrat, EKD und der katholischen Deutschen Bischofskonferenz (DBK). Es finden jährlich Treffen dieser Akteure mit der Allgemeinen Rabbinerkonferenz und der Orthodoxen Rabbinerkonferenz statt. Die Verbindungen erstrecken sich bis in die Zivilgesellschaft: Die „Woche der Brüderlichkeit“, organisiert vom Deutschen Koordinierungsrat der mehr als 80 regionalen Gesellschaften für christlich-jüdische Zusammenarbeit, findet seit 1952 jedes Jahr im März statt. Schirmherr des Koordinierungsrats ist Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier. Seit 1968 verleiht der Koordinierungsrat die Buber-Rosenzweig-Medaille, die an die jüdischen Philosophen Martin Buber und Franz Rosenzweig erinnert. Ausgezeichnet werden Personen, Institutionen oder Initiativen, die sich um die Verständigung zwischen Christen und Juden bemühen. Zu den Preisträgern gehörten der Sänger Peter Maffay, der Gesprächskreis „Juden und Christen“ des Zentralkomitees der Deutschen Katholiken (ZdK), der Schriftsteller Navid Kermani und der Architekt Daniel Libeskind.

Theologische Grundlage Dafür, dass sich das Verhältnis auf institutioneller Ebene für beide Seiten gleichermaßen vertrauensvoll entwickelt, ist eine theologische Grundlage nötig. Denn der christliche Antijudaismus prägt den säkularen Antisemitismus



Gemeinsames Gedenken in Auschwitz: Romani Rose (mit Schirm) für die Sinti und Roma, Josef Schuster (Mitte vorn) für die jüdischen Opfer des Holocaust und der EKD-Ratsvorsitzende Heinrich Bedford-Strohm (rechts).

Gut wie nie

GLAUBE Das historisch belastete Verhältnis von Christen und Juden hat sich in Deutschland stark verbessert

mus bis heute. „Auf dem Nährboden des religiösen Antijudaismus entstand im 19. Jahrhundert der rassistische Antisemitismus“, sagte Josef Schuster in seinem Tutzing Vortrag. Dem deutschen Protestantismus kommt dabei eine bedeutende Rolle zu: Es sind nicht nur die antijüdischen Schriften Martin Luthers, die als dunkles Erbe der Reformation bis in die heutige Zeit bleiben. Sie griffen übelste Ressentiments gegen Juden aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit auf, Verschwörungserzählungen vom Gottesmord oder vom jüdischen Verrat. Deutsche Christen übernahmen im 20. Jahrhundert zusätzlich die nationalsozialistische Ideologie und Rassenlehre. Bedford-Strohm erinnerte anlässlich des Holocaust-Gedenktages am 27. Januar daran, dass nur wenige Christen der Judenverfolgung entgegengetreten sind. Heute sehen sich die Protestanten in Deutschland

von der Kirchenleitung bis in die Gemeinden vor allem in der Tradition der Bekenntnenden Kirche, die in Opposition zur Nazi-Diktatur trat. Der Terror gegen Juden wurde dabei allerdings weitgehend ausgeklammert.

Mitschuld anerkannt „Antisemitismus ist Sünde“ – das hat Bedford-Strohm wiederholt betont. Heute sind die katholische und evangelische Kirche in Deutschland ein wichtiges Sprachrohr im Kampf gegen Antisemitismus. So haben DBK, EKD und Zentralrat im vergangenen Jahr die Kampagne gegen Antisemitismus „#beziehungsweise: jüdisch und christlich – näher als du denkst“ lanciert. Glaubwürdig wird der Einsatz der Kirchen aber erst, weil nach 1945 theologische Positionen aufgegeben wurden und die Mitschuld am mörderischen Antisemitismus und der Shoah anerkannt worden ist. In

der katholischen Kirche wurde die Abkehr von jeglichem Antijudaismus 1965 nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil mit der Schrift „Nostra Aetate“ besiegelt. In Vorbereitung des Reformationsjubiläums 2017 setzte sich die Synode, also das Kirchenparlament der EKD, mit Luthers Antijudaismus auseinander und kehrte sich 2016 endgültig von der Judenmission ab. Schon viel früher haben die meisten der 20 evangelischen Landeskirchen in ihrer Grundordnung anerkannt, dass Gottes Bund mit dem Volk Israel bis heute gilt. Ergebnis dieser erneuten Reflexion in der evangelischen Kirche ist auch das Amt des Antisemitismus-Beauftragten. An der Berliner Humboldt-Universität gibt es zudem seit 2020 eine evangelische Stiftungsprofessur für Geschichte und Gegenwart des christlich-jüdischen Verhältnisses. Die Professur hat die israelische Religionswissenschaftlerin Karma Ben Johanan inne.

Die Autorin ist Redakteurin des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Frankfurt am Main.

Tacheles reden, schon immer

ZENTRALRAT Die Spitzenorganisation der jüdischen Gemeinschaft wurde 1950 gegründet und von bedeutenden Persönlichkeiten geführt

Die offizielle Interessenvertretung der Juden in Deutschland war nach dem Holocaust als Provisorium angelegt. Nur wenige Juden konnten sich vorstellen, im Land der Täter zu bleiben, viele strebten eine Ausreise in den neu gegründeten Staat Israel an oder auch in die USA. Als Anlaufstelle für die Auswanderer nahm schon kurz nach Ende des Krieges 1945 das „Zentralkomitee der befreiten Juden in der amerikanischen Zone“ seine Arbeit auf. Fünf Jahre später wurde in Frankfurt am Main der „Zentralrat der Juden in Deutschland“ gegründet, und es ging nicht mehr nur um Auswanderung. Zur konstituierenden Sitzung kamen Vertreter aller vier Besatzungsmächte. Schätzungen zufolge lebten damals noch rund 15.000 Juden in Deutschland, Überlebende der Shoah. Zu Beginn der Nazi-Diktatur 1933 umfassten die jüdischen Gemeinden rund 560.000 Mitglieder.

Neue Perspektive Die Zahl der Juden ging, anders als allgemein erwartet, nach dem Krieg nicht zurück, sondern vergrößerte sich, viele kamen aus dem Exil wieder nach Deutschland, auch aus Osteuropa wanderten Juden ein, so etwa aus Polen. Die „Gemeinden in Abwicklung“ erkannten eine langfristige Perspektive in Deutschland, mit dem Zentralrat verfügten die Gemeindeglieder über einen verlässlichen organisatorischen Überbau. Auch in die sowjetische Besatzungszone und später die DDR kehrten Juden zurück,

um am Aufbau eines sozialistischen Staates teilzuhaben. Statt Ermutigung erlebten sie zunächst jedoch den Terror der Stalin-Zeit, bis der Diktator 1953 starb. Als 1989 die Mauer fiel, kamen die fünf jüdischen Gemeinden der DDR auf rund 400 Mitglieder, sie wurden 1990 in den Zentralrat aufgenommen.

Schiedsgericht Die Spitzenorganisation vertritt die Interessen der jüdischen Bevölkerung und umfasst heute nach eigenen Angaben 23 Landesverbände, 105 Gemeinden und rund 100.000 Mitglieder. Der Zentralrat unterstützt nicht nur die Gemeinden, sondern fungiert als Ansprechpartner für die Politik und hält auch international Kontakte aufrecht, so etwa zum Europäischen Jüdischen Kongress (EJC) und zum Jüdischen Weltkongress (WJC). Der Zentralrat ist außerdem Träger der Hochschule für jüdische Studien (HfJS) und des Zentralarchivs zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, beides mit Sitz in Heidelberg. Mit der „Jüdischen Allgemeinen“ gibt der Zentralrat die einzige überregionale jüdische Wochenzeitung in Deutschland heraus.

Um Streitigkeiten innerhalb der jüdischen Gemeinschaft zu schlichten, verfügt der Zentralrat über eine eigene Schieds- und Gerichtsbarkeit, die 1996 eingerichtet und 2009 um ein Oberes Schieds- und Verwaltungsgericht ergänzt wurde. Es handelt sich um eine eigenständige Rechtsprechung, die aber nur Streitigkeiten zwischen dem Zen-



Zentralrats-Präsident Josef Schuster

tralrat und seinen Mitgliedern und zwischen den Organen des Zentralrates betrifft.

Staatsvertrag Finanziert wird der Zentralrat mit staatlichen Mitteln. Basis dafür ist ein Staatsvertrag, der 2003 zwischen der Bundesrepublik und dem Zentralrat geschlossen wurde: „Geleitet von dem Wunsch, den Wiederaufbau jüdischen Lebens in Deutschland zu fördern und das freundschaftliche Verhältnis zu der jüdischen Glaubengemeinschaft zu verfestigen und zu vertiefen“, wie es in der Präambel heißt. Seit 2018 wird der Zentralrat jährlich

mit 13 Millionen Euro unterstützt. Das Geld soll unter anderem der Integration jüdischer Zuwanderer und der Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes dienen. Vom Bund gefördert wird auch die liberale Union progressiver Juden (UpJ), der nach Angaben des Bundesinnenministeriums derzeit 25 deutsche Gemeinden und Gruppen angehören, von denen viele auch Mitglieder im Zentralrat sind. Der Bund trägt außerdem zur Hälfte die Kosten für die Sicherung und Betreuung der verwaisten jüdischen Friedhöfe in Deutschland.

Ferner stehen Gelder für mehrere Bauvorhaben zur Verfügung, etwa den Wiederaufbau von Synagogen. Nach dem Anschlag auf die Synagoge von Halle erhielt der Zentralrat einmalig 22 Millionen Euro zur Sicherung jüdischer Einrichtungen. Einen Zuschuss von 22 Millionen Euro gibt es schließlich auch für Projekte im Jubiläumsjahr 2021, wenn 1.700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland begangen werden. An der Spitze des Zentralrates der Juden in Deutschland standen in den Jahren bedeutende Persönlichkeiten, die das Leben der jüdischen Gemeinschaft geprägt und zur demokratischen Entwicklung der Gesellschaft maßgeblich beigetragen haben. Gleich zwei Mal führte Heinz Galinski den Zentralrat, von 1954 bis 1963 und von 1988 bis 1992. Galinski, der aus Westpreußen stammte, überlebte die Nazi-Konzentrationslager Auschwitz, Buchenwald und Bergen-Belsen und wurde 1987 zum Eh-

Die katholischen Bischöfe veröffentlichten im vergangenen Jahr ein Dokument über das Verhalten ihrer Amtsvorgänger im Zweiten Weltkrieg. Es ist ein doppeltes Schuldeingeständnis: Die Bischöfe hätten die Soldaten und Gläubigen zu Treue, Gehorsam und Pflichterfüllung aufgerufen, ein offener Protest gegen den nationalsozialistischen Vernichtungskrieg sowie gegen die Judenverfolgung sei ausgeblieben. Außerdem habe die Bischofskonferenz die Soldaten mit ihren Glaubenskonflikten an der Front alleingelassen. Heute herrscht in weiten Teilen des deutschen Protestantismus und Katholizismus das uneingeschränkte Bekenntnis vor: Jesus war Jude, und die ersten Christen waren Juden. Auch christliche Kirchengemeinden setzen sich mit dem jüdischen Erbe in ihrer Tradition auseinander. In evangelischen Kirchengemeinden findet etwa jedes Jahr im August ein Israel-Sonntag statt, an dem sich Gemeinden mit dem jüdischen Fundament ihres Glaubens befassen.

Aktuelle Konflikte Ist nun alles (wieder) gut? Dialog- und Versöhnungsarbeit haben sicher viel erreicht. Dennoch bleibt das christlich-jüdische Verhältnis nicht ohne Konflikte. Bis heute kann man (evangelische) Theologie studieren, ohne sich mit der Geschichte des christlich-jüdischen Verhältnisses zu beschäftigen. Der Antisemitismusbeauftragte der EKD, Christian Staffa, fordert, dieser Aspekt müsse in der Ausbildung evangelischer Theologen verankert werden. Konflikte gibt es auch im Umgang mit Darstellungen von sogenannten „Judensauen“ an alten Kirchenbauten. Der Streit um die als Wittenberger „Judensau“ bekannte Schmähplastik kommt jetzt sogar vor den Bundesgerichtshof in Karlsruhe. Ein Mitglied einer jüdischen Gemeinde hatte auf Abnahme der Plastik aus dem 13. Jahrhundert geklagt. Der Mann fühlt sich durch die verhöhnende Darstellung diffamiert. Das Oberlandesgericht Naumburg und das Landgericht Dessau-Roßlau wiesen die Klage jedoch ab. Die Plastik zeigt eine Sau, an deren Zitzen sich Menschen laben, die Juden darstellen sollen.

Unter Verdacht Schließlich kommt es immer wieder zu Antisemitismus-Vorwürfen gegen kirchliche Akteure. Wer sich für Palästinenser oder palästinensische Christen einsetzt, kommt leicht in den Verdacht, gegen den Staat Israel zu sein. Unter deutschen Protestanten finden sich Unterstützer der Kairos-Palästina-Bewegung, die die Besetzung der Palästinensergebiete als Bruch des Völkerrechts und „Sünde“ bezeichnet. Gegner kritisieren, dass es offenbar Verbindungen zur israelkritischen BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanction) gibt und Kairos-Palästina die Schuld im Nahostkonflikt einseitig bei Israel sieht. Im Vatikan wird zurzeit die Rolle der katholischen Kirche während des Nationalsozialismus untersucht. Dokumentenfunde aus den vatikanischen Archiven zeigen, dass Papst Pius XII. wesentlich umfangreicher über den Holocaust Bescheid gewusst haben muss, als bislang bekannt. Zentralratspräsident Schuster lobt dennoch die Haltung der Kirchen in der Aufarbeitung ihrer Geschichte, die dazu beitrage, dass das christlich-jüdische Verhältnis so gut ist, wie es nach seinen Worten wohl noch nie in der Geschichte war. Auf diesem Urteil können sich die Christen in Deutschland aber nicht ausruhen. Franziska Hein ■

Die Autorin ist Redakteurin des Evangelischen Pressedienstes (epd) in Frankfurt am Main.

JÜDISCHES GLOSSAR

Aschkenasim/Sefarim Aschkenasim sind Juden, die aus Mittel- und Osteuropa stammen. Die Sefarim sind Juden spanischer, portugiesischer oder orientaler Herkunft. Sie haben jeweils eigene Riten und Gemeinden.

Chanukka Das achttägige Lichterfest erinnert an die Wiedereinweihung des Tempels in Jerusalem durch die Makkabäer im Jahre 165 vor der Zeitenwende. Zum Lichterfest wird die neunarmige Chanukia verwendet.

Chassidim Anhänger einer neuzeitlichen religiös-mystischen Bewegung im Osteuropa. Im Frühjudentum stand der Chassidismus für „die Frommen“.

Diaspora In jüdischer Tradition steht der Begriff für die globale Zerstreuung der Juden. Als Diaspora bezeichnet werden Orte, an denen Juden außerhalb Palästinas und Israels leben.

Goi/Gojim Dieses hebräische Wort bedeutet Nation oder Volk und umfasst aus jüdischer Sicht alle Völker, die nicht nichtjüdisch sind.

Haskala Eine frühere Bildungsbewegung mit dem Ziel, Ideale der Aufklärung mit den Grundwerten des Judentums zu versöhnen. Das sollte den gesellschaftlichen Aufstieg der Juden erleichtern. Ein führender Vertreter der Bewegung war Moses Mendelssohn.

Jom Kippur Der Versöhnungstag ist der höchste jüdische Feiertag. Bis zu dem Festtag im Herbst soll man Menschen, denen man Unrecht getan hat, um Verzeihung bitten.

Kaddisch Ein Gebet, das vor allem bei Trauerfällen gesprochen wird. Es ist auch ein Glaubensbekenntnis und eines der wichtigsten Gebete im Judentum.

Kaschrut/koscher Für Speisen und die Zubereitung gelten Gebote. Schweinefleisch ist verboten. Fleisch und Milchprodukte dürfen nicht zusammen zubereitet, Tiere müssen rituell geschlachtet (geschächtet) werden. Der Begriff koscher gilt nicht nur für Lebensmittel, sondern für alles, was rituell zugelassen ist, etwa auch Schriften.

Kippa Die traditionelle Kopfbedeckung für männliche Juden. Die Kippa (Kappe) wird zumindest in der Synagoge immer aufgesetzt.

Menora Der Leuchter mit den sieben Armen ist eines der bekanntesten und bedeutendsten Symbole im Judentum. Die Menora zierte auch das Wappen des Staates Israel.

Mizwa/Bar Mizwa Mizwa sind verpflichtende Vorschriften, Verbote oder Gebote der Tora. Unter den in der Tora enthaltenen 613 Mizwot sind auch die zehn Gebote. Bar Mizwa oder Bat Mizwa steht für die rituelle Aufnahme von Jungen und Mädchen als Erwachsene in die jüdische Gemeinde.

Pessach Das einwöchige Fest erinnert an den Auszug der Israeliten aus Ägypten und die Befreiung aus der Sklaverei. Bei dem Familienfest wird traditionell einfaches Mazze gegessen, ungesäuertes Brot aus Mehl und Wasser.

Rabbiner Steht für Meister oder Lehrer. Gemeint waren früher Gelehrte, die Recht sprechen und religiöse Fragen entscheiden durften. Heute werden Rabbiner akademisch ausgebildet, von Gemeinden angestellt und bezahlt. Das liberale Judentum lässt auch Rabbinerinnen zu.

Schabbat Am siebenten Wochentag, dem Ruhetag, sollen Juden nicht arbeiten. Es soll auch nichts Unnötiges getragen werden. Der Schabbat geht von Freitagabend bis Samstagabend.

Shoah/Shoa Ursprünglich die allgemeine Bezeichnung für Judenverfolgung und Pogrome. Seit dem Zweiten Weltkrieg steht der Begriff für den Massenmord an Juden während der Nazi-Zeit.

Talmud Lehre und Vorschriften des Judentums sind hier gesammelt. Der Talmud besteht aus zwei Teilen: Mischna und Gemara. Die Mischna beinhaltet die Lehren, die Gemara die Auslegung.

Tora Die Schriftrolle enthält die Lehre aus den fünf Büchern Mose, dem Pentateuch, sie wird in der Synagoge gelesen. Die Lehre aus den Büchern ist als Handschrift auf einer Pergamentrolle verfasst. Die Tora ist der wichtigste Teil des Tanach, der heiligen Schrift des Judentums.

> KOMPAKT

Zentralrat der Juden in Deutschland

> **Aufgaben** Aufbau der jüdischen Gemeinschaft, Integration jüdischer Zuwanderer, Erhaltung und Pflege des deutsch-jüdischen Kulturerbes, Förderung der Verständigung zwischen Juden und Nichtjuden.

> **Struktur** Der Zentralrat ist der Dachverband für die 105 Gemeinden mit ihren insgesamt rund 100.000 Mitgliedern. An der Spitze steht der Vorsitzende.

> **Finanzen** Die jüdische Gemeinschaft wird mit staatlichen Mitteln gefördert. Seit 2018 liegt der jährliche Förderbeitrag des Bundes bei 13 Millionen Euro.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Deutsch, jüdisch, jung

IM PORTRAIT Junge Juden in Deutschland gehen mit ihrer Identität ganz unterschiedlich um. Als Botschafter ihrer Kultur sehen sie sich durchaus – mit unterschiedlichen Ansätzen



Chajm Guski

© Baege

Der Blogger

CHAJM GUSKI Der Gelsenkirchener sieht sich als Vertreter eines »feuilletonistischen Judentums«

Ein Jahr nach dem Anschlag von Halle hat Chajm Guski in seinem Blog ein „Reaktionen-auf-Antisemitismus-Bingo“ veröffentlicht. Zur Auswahl standen beispielsweise „ein Angriff auf uns alle“, „noch entschiedener entgegnetreten“ und „nie wieder“. „Angriff auf uns alle“ zählte wegen „Ultragriffenheit“ doppelt. „Reaktionen auf antisemitische Vorfälle sind Phrasenzeiten“, erklärt Guski die Motivation hinter seinem Post. Auch wenn die Reaktionen auf seinen Beitrag wiederum eher gemischt ausfielen – durch spätere antisemitische Vorfälle und die anschließenden Reden von Politikern sah er seine These bestätigt: Ein paar Tage geben sich alle schockiert, dann ist wieder alles beim Alten.

Guski, Anfang 40, in Gelsenkirchen aufgewachsen und lebend, will mit seinem Blog

„Sprachkass“ weder um Lesergunst heischen noch Klischees bedienen. Das Bild eines „Antisemitismus-Onkels“ sei ihm zuwider, überhaupt diese Anfragen von Medienvertretern nach dem Motto: „Du bist doch Jude und stehst ein bisschen in der Öffentlichkeit, erzähl doch mal schnell etwas Schlimmes, was dir wieder passiert ist.“ Solche Anfragen lehnt er ab.

Guski bloggt aus Leidenschaft und ehrenamtlich. Er bezeichnet seine Richtung als „feuilletonistisches Judentum“ – eine Auseinandersetzung mit dem, worüber gerade in der jüdischen Szene gestritten wird, welche Strömungen es gibt, zeitgenössische Debatten. „Was passiert in der Welt? Wer spricht mit wem und warum?“ Grundsätzlich interessiert ihn darüber hinaus die demographische Entwicklung in jüdischen Gemeinden, sagt er. Die vollziehe sich nach einem kurzen Gegenstand durch Einwanderer aus Osteuropa ähnlich wie die der Gesamtbevölkerung in Deutschland – die Menschen würden älter und es würden weniger.

„Es geht nicht um Judentum einfach erklärt“, sagt er. Gewisse Begrifflichkeiten setzt er voraus, den Einblick in bestimmte Debatten auch. „Ich bezeichne die Inhalte definitiv als special interest“. Seine Leser wähnt er unter der interessierten Öffentlichkeit, sie dürften eher seiner Generation angehören oder noch ein paar Jahre mehr zählen. Die jüngeren bedienen sich anderer sozialer Kanäle, und sie informieren sich noch mehr gegenseitig beispielsweise über Instagram. „Da ich nicht davon leben muss, ist es für mich okay, dass ich manche nicht erreichen kann.“

Als Guski in seiner Studentenzeit mit dem bloggen anfing, gab es im deutschsprachigen Raum kaum Vorbilder. Der junge Mann fand sie im Amerikanischen, aus Spaß begann er mit dem Aufbau einer ei-

genen Seite in Deutschland – talmud.de beziehungsweise das Blog sprachkass.de. Inzwischen steht er im Berufsleben, hat eine Familie gegründet und zieht mit seiner Frau zwei Kinder groß. Das Interesse am Diskurs ist geblieben, auch wenn Guski nun etwas weniger Zeit dafür findet. Die Themen werden ihm von Lesern zugetragen, er findet sie über andere soziale Medienkanäle oder in Zeitungen. Fragestellungen, die explizit um den Holocaust kreisen, tauchen weniger auf. Natürlich sei jüdisches Leben in Deutschland immer mit dieser Frage verbunden und dies könne und solle nicht ausgeklammert werden, sagt er. „Ich platziere das Thema aber nicht mit Absicht.“ Antisemitische Vorfälle behandelt er – wie eingangs geschildert – auf seine eigene Art.

»Das Bild und Klischee eines Antisemitismus-Onkels ist mir zuwider.«

Chajm Guski, Blogger

In seiner Jugend eher liberal orientiert, ist inzwischen eine innere Distanz dazu gewachsen. Guski fühlt sich dem traditionellen Judentum verbundener, empfindet es als passender für das eigene Leben. „In einer alltäglichen Interaktion würden Sie das erst einmal gar nicht merken“, sagt er. Indes versuche er, am Sabbat weniger in sozialen Medien aktiv zu sein und sich regelmäßig mit Thora und Talmud auseinanderzusetzen. Seine Kinder, eins davon ist erwachsen, erzieht er „selbstverständlich“ im jüdischen Glauben. Aus Vorsicht gibt er wenig über seine Familie preis, wie er sagt. Dass ein Bund mit einer Frau, die nichts mit Judentum hätte anfangen können, „inkompatibel“ gewesen wäre, lässt er sich dann aber doch entlocken.

In einer Metropole wie Berlin würde er sicher mehr Vielfalt finden als im Ruhrgebiet, doch auch die Gemeinden und die kulturellen und kulinarischen Angebote in den Städten um Gelsenkirchen hätten sich mittlerweile vervielfältigt. „Außerdem ist das Internet ein gutes Werkzeug, um ein Fenster nach draußen zu bekommen.“ Und eben auch, um den Diskurs am Laufen zu halten: Das stete Hinterfragen von Identität nämlich sieht Guski als etwas sehr jüdisches an. Ob sich daraus ein besonderer jüdischer Humor entwickelt hat, wisse er nicht, sagt der Autor – und schließt eine Anekdote an, die er sich angesichts der immergleichen Reaktionsmuster auf Antisemitismus ausgedacht hatte: Nach zahlreichen antisemitischen Vorfällen habe eine Gruppe von Leuten beschlossen, für jeden solchen Vorfall einen Hund zu ermorden. Innerhalb kürzester Zeit hätten die Angriffe aufgehört: Hunde liegen den Deutschen schließlich am Herzen „Sarkasmus“, sagt Guski, „darf man sich auch leisten können.“

Kristina Pezzeri

Die Autorin

LINDA SABIERS Die Berlinerin brauchte Zeit, um ihre Rolle als Stimme eines modernen Judentums anzunehmen

Linda Rachel Sabiers liebt Weihnachten. „Dieses eine Mal im Jahr, in dem man kitschig sein darf, dekorieren, backen, ich mag diese Tage“, erzählt die Wahl-Berlinerin, Mitte 30, schwarze lange Haar, bei einem Winterspaziergang durch die Hauptstadt. Dass sie Jüdin ist, sieht Sabiers dabei nicht als störend an – ihr geht es nicht um Religion, eher um dieses heimelige, von Bräuchen geprägte Gefühl zum Jahresende. Ohnehin sieht sich die junge Frau vor allem als „jüdische Deutsche“ und als Europäerin, als eine, die mehr in einer Kultur denn an einem Ort oder gar in einer Religion verankert ist.

Die Autorin Sabiers gilt als Stimme eines modernen, jungen Judentums. Eine ganze Weile habe sie sich dagegen gesträubt, geögert, als das Magazin der „Süddeutschen Zeitung“ sie als „jüdische Autorin“ anfragte. Ihr Großvater habe ihr dann nicht nur gesagt, dass man solch eine Chance nicht auslässt. Sondern auch, dass sie ohnehin machen könne, was sie wolle, das Image werde an ihr kleben bleiben. Sie akzeptiert. „Man muss dagegen halten, auf das Jüdisch-Sein reduziert zu werden“, sagt Sabiers. „Das Interesse am Judentum muss irgendwie gestillt werden, und dafür gibt es eben Leute wie mich.“

Sabiers ist in Köln aufgewachsen, seit zehn Jahren lebt sie in Berlin. Die Vielfalt, die sie hier erlebt – auch innerhalb der jüdischen Gemeinden – habe es in dieser Form in ihrer Heimatstadt nicht gegeben. Berlin stecke einen nicht so schnell in eine Schublade, dafür gebe es so viele Facetten des Normalseins. Gleichzeitig erfordere es ein wiederkehrendes Sich-Hinterfragen, Sich-Verorten – eine Situation, die Linda Sabiers seit ihrer Kindheit vertraut ist. Jüdische Familien, die in einem Deutschland nach dem Holocaust leben, seien noch weit von einer Selbstverständlichkeit, von Normalität entfernt. Vor mehr als zehn Jahren hat sie versucht, nach Israel auszuwandern. Nach weniger als einem Jahr kommt sie zurück. „Selten ist mir klarer geworden, wie europäisch ich bin“, sagt Sabiers rückblickend. „Es ist immerhin noch der Nahe Osten, und mit ihm habe ich nichts gemeinsam.“

Durch ihren Beruf sei sie mehr geprägt durch die deutsche Kultur und Sprache, als ihr vorher bewusst gewesen sei. Auch diese Erfahrung macht es ihr leichter, die Aufgabe und ihre Möglichkeiten als jüdische Autorin wahrzunehmen. Sie schreibt Kolumnen für Tageszeitungen und Magazine, verfasst Kurzgeschichten. „Ich bin froh, eine der jüdischen Stimmen in Deutschland zu sein, die berichten kann, dass wir nicht alle

gleich sind. Dass ich der israelischen Siedlungspolitik kritisch gegenüber stehe. Dass ich Jüdin bin, aber nicht an Gott glaube.“ Ihr Vater entstammt einer christlichen Familie, die Mutter ist Jüdin. Dieser Familienhintergrund macht ihr ein Leben als „jüdische Deutsche“ erträglicher, wie sie sagt. Mit ihrer nicht-jüdischen Großmutter hat sie über das Verhalten von Deutschen während der Nazi-Zeit gestritten, auf der mütterlichen Seite sind Familienmitglieder in der Shoah umgekommen. „Das kann und will ich nicht vergessen“, sagt sie, ganz abgesehen davon, dass jede jüdische Familie in Deutschland von der Shoah betroffen sei. „Aber mit einem Auge will ich gleichzeitig nach vorn blicken, etwas weiterentwickeln.“

Im vergangenen Jahr hat Sabiers geheiratet und den Namen ihres Mannes angenommen. Das Paar lebt in Berlin-Mitte in einer Wohnung. Dort stehen jüdische Leuchter und hängen Plakate aus Tel Aviv; in die Synagoge geht Sabiers unregelmäßig, zugleich hat sie zwischenzeitlich einen sehr kleinen Davidstern um den Hals getragen.

In Berlin-Neukölln würde sie den nicht zeigen, sagt sie und zuckt mit den Schultern. „Ich finde das die richtige Konsequenz, weil ich den Stern ja nicht tragen muss.“ Immer wieder gibt es Berichte über antisemitische Vorfälle in diesem migrantisch geprägten Bezirk. Antisemitismus beobachtet die Autorin hingegen durchaus in allen Gesellschaftsteilen – während sie die Erfahrung gemacht habe, dass Schuldgefühle wegen des Holocaust eher selbst gemacht als auferlegt seien. „Ich kenne niemanden aus der jüdischen Gemeinde, der sagt, nur weil dein Großvater an der Shoah beteiligt war, hast du auch Schuld.“

Als sie mit einer Buchidee an einen Verlag herantritt, hört sie als Antwort: „Tolles Projekt, aber leider haben wir schon eine Jüdin im Programm.“ Als es in einem öffentlichen Gespräch um das Thema Wohnungskauf geht, vertritt ein studierter Teilnehmer die Meinung, sie als Jüdin müsse ja wegen der Wiedergutmachung keine Grunderwerbsteuer zahlen. In diesen Momenten weiß Linda Sabiers, dass sie als jüdische Autorin noch Aufgaben vor sich hat, dass noch einiges an Wegstrecke bleibt.

Bei jüdischen Festen, die in ihrer Familie ausgiebig gefeiert werden, hat die Autorin oft nicht-jüdische Gäste zu Besuch. Die verbindet mit den Bräuchen dann ungefähr so viel wie Sabiers mit Weihnachten. Und trotzdem fänden sie es gut, sagt sie. „Diese Verbundenheit mit etwas, das gefällt ihnen. Mir auch.“

pez



Shai Hoffmann

© Kristoffer Schwetje

Der Demokratieaktivist

SHAI HOFFMANN Der Vielberufler sieht sich als Verfechter von Rechten aller Minderheiten

Ein Blick auf den Internetauftritt von Shai Hoffmann lässt ahnen, was für ein vielbeschäftigter Mensch er ist. Sozialunternehmer, Demokratieaktivist, Coach, Crowdfunder, Redner, Autor und vermutlich noch mehr. Dass er jüdisch ist, findet sich auf der Homepage nicht – mit Absicht, wie der Enddreißiger, lockiges Haar und Bart, erzählt. „Es sollte ein Ziel sein in unserer Gesellschaft, dass ich mich mit meiner Religion überflüssig mache.“ Er wünscht sich, dass es kein Thema mehr sei, dass er jüdisch ist, sondern dass stattdessen über sein Engagement als Demokratieaktivist gesprochen wird, ohne das Attribut jüdisch. „Ich bin deutsch, aber jüdisch.“

Shai Hoffmann ist in Berlin geboren. Zuhause sei das Jüdisch-Sein nie groß Thema gewesen, sagt er. Meist sei es um das immer knappe Geld gegangen: Die Mutter kann mangels nachgewiesenem Abschluss nicht als Friseurin arbeiten, der Vater hat sich mit einer Kneipe selbstständig gemacht und zwischenzeitlich viel Geld verloren. Jüdische Bräuche lebt die Familie intensiv. „Wir hatten immer eine offene Tür, es war eine sehr schöne Atmosphäre“, erinnert sich Hoffmann. Ab und zu geht er mit seinem Vater in die Synagoge. Mit der Zeit indes habe er diese Verbindung verloren, sagt er. Der Sinn habe sich ihm nicht mehr erschlossen.

Während die Beziehung zum religiösen Judentum verloren gegangen ist, bleibt die zum traditionellen. „Die Wärme, die mit diesen Bräuchen und Ritualen verbunden ist, möchte ich gern meinem Sohn weitergeben.“ Mit dem Kleinkind und mit seiner Partnerin, einer nicht praktizierenden Christin, lebt er in Berlin-Schöneberg. Der Sohn soll später die Möglichkeit haben, sich für eine Religion oder keine zu entscheiden, entsprechend offen gestaltet das Paar die Erziehung – eine Möglichkeit, die sich wohl vor allem in Berlin mit seiner Vielfalt an Lebens- und auch Religionsmodellen bietet, glaubt Hoffmann. Mehrmals im Jahr reist er nach Israel, wo ein Großteil seiner Familie lebt.

Das Portfolio des Freiberuflers ergibt sich aus dessen Vita: Hoffmann lernt den Beruf des Hotelfachmanns, nimmt danach allerdings lieber an einer Castingshow teil anstatt sich an eine Rezeption zu setzen. Mehrere Jahre lang verdient er sein Geld als Darsteller in Vorabendserien; die Arbeit vor der Kamera helfe ihm in der Projektarbeit bis heute. Eine schwere Krankheit lässt ihn umschwenken, er studiert Betriebswirtschaftslehre, gründet nebenbei die Band „Business Beats“ und schließt eine Weiter-

bildung zum Design Thinking am Hasso Plattner-Institut in Potsdam an. Auch von den dort erlernten Methoden profitiere er bis heute – nicht nur für die konkrete Projektarbeit, sondern auch um sich und sein Handeln zu hinterfragen, sagt er. Auch wenn Hoffmann den jüdischen Hintergrund nicht explizit vermarktet, prägt dieser ihn. Er hält nicht damit hinter dem Berg, wenn er darauf angesprochen wird – schließlich wirft schon sein Vorname Fragen auf. Nach dem Anschlag von Halle schreibt er für „Focus Online“ zehn Punkte auf, die sich seiner Ansicht nach sofort ändern müssten. Antijüdisches Verhalten müsse beispielsweise justiziabel, Holocaustleugnung konsequent verfolgt werden. Fördergelder für Demokratieprojekte zu kürzen, sei fahrlässig. „Ich sehe die Notwendigkeit aufgrund der zahlreichen antisemitischen Vorfälle, dass wir Gesichter sichtbar machen müssen“, würdigt er den Einsatz von Juden, die bewusst mit ihrer Kultur an die Öffentlichkeit gehen. Den Anschlag von Halle sieht er als Zäsur; Hoffmann glaubt dabei, dass nur die Gesellschaft als Ganzes etwas bewirken kann. „Projekte gegen Antisemitismus zu finanzieren finde ich genauso notwendig wie die Unterstützung von Projekten gegen antimuslimischen Rassismus“, sagt er. „Ich betrachte mich als mehr als einen jüdischen Aktivist.“

pez

»Ich betrachte mich als mehr als einen jüdischen Aktivist.«

Shai Hoffmann



Linda Rachel Sabiers

© Jürgen Gucke für Scriptbakery

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Als der Rabbiner Leo Baeck, Führungsfigur des deutschen Judentums, im Frühjahr 1945 aus dem Konzentrationslager Theresienstadt befreit worden war, machte er eine düstere Aussage: „Unser Glaube war es, dass deutscher und jüdischer Geist auf deutschem Boden sich treffen und durch ihre Vermählung zum Segen werden können. Dies war eine Illusion – die Epoche der Juden in Deutschland ist ein für alle Mal vorbei.“

Tatsächlich waren die Perspektiven für jüdisches Leben in Deutschland 1945/46 deprimierend. Von den 500.000 Juden beim Machtantritt der Nazis 1933 hatten 1945 nach Mord und Vertreibung gerade einmal 15.000 Menschen in Deutschland überlebt. In KZs und Lagern, im Untergrund und Versteck. Von Verfolgung und Torturen gezeichnet, waren die meisten Überlebenden alt, gebrechlich, krank und hilfebedürftig. Es erschien nur eine Frage der Zeit, wann jüdisches Leben in Deutschland endgültig verlöschen würde. Zwar gründeten sich wieder Gemeinden in Berlin, München, Nürnberg, Frankfurt am Main, Köln, Düsseldorf, Hamburg. Trotzdem kursierte der Begriff „Gemeinden in Abwicklung“, viele ihrer Mitglieder sprachen davon, „auf gepackten Koffern“ zu sitzen. Internationale jüdische Organisationen schnitten jahrelang die kleinen Zirkel, verlangten wiederholt die Auflösung. Jüdische Exilanten blieben aus, von 1945 bis 1952 kamen nur 2.500 zurück. Neues jüdisches Leben? Allenfalls eine Übergangsexistenz. Dass die Entwicklung anders verlief, ist allein der beständigen Einwanderung von Juden aus dem Ausland geschuldet, der Hypothek des Holocaust zum Trotz.

Eine erste Einwanderungswelle deutete sich bereits Ende 1945 an. Mehr und mehr Juden, aus Polen, Ungarn, Rumänien, der Tschechoslowakei, Litauen, strandeten im Nachkriegsdeutschland – Flüchtlinge, mit denen niemand gerechnet hatte. Sie verließen ihre Heimatländer aufgrund eines neuerlichen aggressiven Antisemitismus in den östlichen Umbruchgesellschaften. Das Pogrom von Kielce wurde zum Signal: Am 4. Juli 1946 erschlug ein aufgebrachter Mob in der polnischen Stadt 42 Juden. Danach entwickelte sich die Flucht zum Massenexodus.

»Displaced Persons« Bis Ende 1947 gelangten etwa 250.000 osteuropäische Juden nach Deutschland. Ihr Ziel waren die Besatzungszonen der westlichen Alliierten, vor allem die der Amerikaner. In speziellen Lagern untergebracht und abgeschirmt gegenüber den Deutschen, gaben die Besatzungsmächte diesen Flüchtlingen den Status von Displaced Persons (DPs). Deren eigentliches Ziel war jedoch vorrangig Palästina, eben Eretz Israel; dann die USA, Südamerika, Australien – nur weit weg von Europa, dem verfluchten Kontinent.

Zunächst wollte niemand diese Flüchtlinge haben, sie saßen ihren Lagern fest, „befreit, aber nicht frei“. Derweil formten sich die DP-Camps zu kleinen Einheiten wie vormalig die traditionellen Shtetl in Osteuropa, mit Betsälen, Kultureinrichtungen, Schulen, Vereinen und Freizeitangeboten. Erst mit der Gründung des Staates Israel 1948 und mit revidierten Regeln in den USA, kam die Auswanderung in Gang. Dennoch dauerte die DP-Ära bis Anfang 1957, als das letzte Lager im bayerischen Föhrenwald bei Wolfratshausen geschlossen wurde. Von diesen jüdischen Flüchtlingen verblieben 12.000 bis 15.000 in der Bundesrepublik. Nach heftigen internen, auch kontroversen Diskussionen fanden sie Aufnahme in den jüdischen Gemeinden, in denen sie bald die Mehrheit bildeten. Durch diesen Neuzugang wuchs die Zahl der jüdischen Gemeinschaft auf etwa 30.000 Menschen.

»Sie sind die Zukunft«

IMMIGRANTEN Nach 1945 erlebte Deutschland drei ganz unterschiedliche Wellen der jüdischen Einwanderung



Exodus: Drei ehemalige Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald aus Polen, Ungarn und Lettland am Fenster eines Eisenbahnabteils im Sommer 1945 mit der Fahne Israels, die auf dem jüdischen Weltkongress 1897 entworfen wurde. © picture-alliance/akg-images

Die zweite jüdische Einwanderungswelle begann Anfang der 1990er Jahre nach der Wiedervereinigung; sie erstreckte sich weit über ein Jahrzehnt. Der Runde Tisch der untergehenden DDR, in der zuletzt noch etwa 350 Juden lebten, entschloss sich 1989 zu einer versöhnlichen Geste: Die Bürgerbewegten luden die Juden in der Sowjetunion, dort nicht religiös, sondern ethnisch registriert, nach Ostdeutschland ein. Verwirklicht wurde das Projekt erst nach Vollzug der Einheit 1990. Aufgrund der Regelung für Kontingentflüchtlinge konnten Menschen mit familiärem jüdischen Hintergrund nunmehr nach Deutschland einreisen. Sie brauchten kein Asylverfahren zu durchlaufen, sondern erhielten im Rahmen einer „humanitären Hilfsaktion“ die Aufenthaltserlaubnis. Bis 2004 kamen auf diese Weise rund 220.000 jüdische Zuwanderer. Von diesen Kontingentflüchtlingen finden etwa 80.000 den Weg in die jüdischen Gemeinden, in denen sie bald die Mehrheit bildeten, manchmal sogar mit 80 Prozent. Vielfach führt diese Konstellation zu internen Konflikten mit den alten Mitgliedern

wegen Sprachproblemen, sozialen Erfordernissen und fehlender religiöser Kultur. „Die Gemeinden sind im gewissen Sinne zu Sozialämtern und Sprachvermittlungsinstituten geworden“, schreibt der Historiker Michael Brenner. Doch dadurch steigt die Zahl der jüdischen Gemeinschaft in den Gemeinden auf rund 100.000. Der letzte Schub jüdischer Immigration ist ganz anderer Art. Es sind die zumeist jüngere Israelis, die sich seit einem Jahrzehnt vermehrt in Deutschland niederlassen, vor allem in Berlin. Die Einwanderung ist zunächst einmal ein Medienphänomen. Juden gehen freiwillig und aufgeschlossen in das „Land der Täter“? Das Thema sei wegen der deutsch-jüdischen Geschichte emotional hoch besetzt, analysiert die israelische Migrationsforscherin Dani Kranz in einer Studie; doch das Ausmaß werde überschätzt. Realistisch lässt sich ihre Zahl auf 15.000 bis 20.000 beziffern. Die Liste der Motive dieser „dritten Generation“ ist umfangreich. An erster Stelle stehen wirtschaftliche Gründe – für mehr als die Hälfte. Die Lebenshaltungskosten sind in Deutschland weit niedriger als in Israel.

Es folgen Studium und Berufsausbildung. Die Gründung von Start-ups, vor allem im IT-Bereich, gelingt leichter. Die offene Gesellschaft der Bundesrepublik wirkt ebenfalls attraktiv, besonders für Kreative im kulturellen Bereich. Diesen Israelis, zumeist mit europäischem Familienhintergrund, ist die Historie stets bewusst; doch im Alltagsleben spielt sie kaum eine Rolle, fand Kranz heraus. Die jungen Leute „haben sich weit von der Vergangenheit entfernt“. Nur wenige finden den Weg zu den Gemeinden. Dafür nutzen sie eigene Netzwerke. Allerdings haben 20 Prozent leidige Erfahrungen mit dem wachsenden Antisemitismus und Antisraelismus machen müssen – ein Makel für Deutschland. Das neue deutsche Judentum ist eine heterogene Gruppe. Allerdings mahnt Micha Guttmann, vormals Generalsekretär des Zentralrats der Juden, dringend Reformen in den Gemeinden an. Deren Mitglieder seien unzufrieden mit der internen Führungsstruktur. Vor allem die jüngeren fühlen sich nicht vertreten, sagt er. Doch gerade deren Engagement werde gebraucht, „sie sind die Zukunft.“ **Heinz Verfürth** ■

Ein Leben mit oder ohne Gott

ULTRAORTHODOXE Besht Yeshiva hilft Aussteigern

Die Welt, aus der Moshe Barnett kommt, kennen die allermeisten Menschen nur aus dem Fernsehen. Zwei Netflix-Produktionen – „Unorthodox“ und „Shtisel“ – haben in den letzten Jahren einen Teil des jüdischen Lebens sichtbar gemacht, der vielen verborgen bleibt: den der Ultraorthodoxen. Es ist ein Leben mit vielen Regeln; Vorgaben zu Kleidern, Frisuren, Mahlzeiten. Und zahlreichen Verboten. Gefragt, ob „Shtisel“ eine realistische Darstellung seiner Vergangenheit ist, muss Moshe Barnett erst lachen und denkt dann länger nach. „Es zeigt das Leben in einer sehr spezifischen Gemeinde in Jerusalem“, sagt er schließlich, „aber ja: Für die vermittelt es einen recht guten Einblick.“

Moshe Barnett hat die Welt der Ultraorthodoxen vor zwei Jahren verlassen. Eigentlich war sein Weg vorgezeichnet. Als Ältester von zehn Geschwistern besuchte er eine Religionsschule, spätestens ab dem 13. Lebensjahr nahm die Religion den zentralen Platz in seinem Leben ein – mit religiösen Studien von sieben Uhr morgens bis zehn Uhr am Abend. Als Teenager habe die Idee, alles im Leben müsse sich dem Willen Gottes unterordnen, den Mittelpunkt seines Denkens eingenommen, erinnert er sich. „Aber dann habe ich mir mehr und mehr Fragen gestellt. Und irgendwann wusste ich: Ich glaube nicht mehr an den ultraorthodoxen Gott. Da habe ich die Verbindung zu diesem Leben verloren.“ Ohne das Wissen seiner Eltern verließ er die Religionsschule und ging zu einer weltlichen Schule, beschloss schließlich, Israel ganz zu verlassen und nach Deutschland zu gehen.

Kulturschock So wie Moshe Barnett geht es vielen. Rund 1,3 Millionen Juden leben Schätzungen zufolge in ultraorthodoxen Gemeinden, die meisten von ihnen in Israel oder New York. Sie führen ein Leben, das mit dem normalen Alltag etwa in Westeuropa nur sehr wenig zu tun hat – das gilt in vielfacher Hinsicht als ständig. Etwa zehn Prozent der Ultraorthodoxen würden ihre Gemeinschaft verlassen, schätzt Rabbi Shlomo Tikochinski, „weil sie mit diesem sehr reglementierten Leben nicht klarkommen“. Der 54-Jährige ist Rabbiner in Dresden – und Mitbegründer der Besht Yeshiva Dresden zusammen mit Rabbi Akiva Weingarten. Die Yeshiva hilft Aussteigern wie Moshe Barnett. Denn Hilfe sei dringend nötig, wenn jemand die ultraorthodoxe Welt verlasse. Dieser Schritt sei für viele ein Kulturschock: „Sie müssen alles lernen. Sie haben nie gelernt, ein Konto zu eröffnen oder einen Ausweis zu beantragen. Die jungen Männer werden dazu erzogen, ein Familienoberhaupt zu sein – aber sie sind nie in ihrem Leben in der Küche gewesen, haben sich niemals um ihre Kleidung gekümmert. Die Mädchen wurden vorbereitet, den Haushalt zu führen und Kinder zu erziehen.“ Für sie sei es noch schwieriger zu gehen, weil sie kaum Kontakt außerhalb der Familie hätten. Aussteiger müssten überhaupt erst einmal lernen, eigene Entscheidungen zu treffen – und irgendwie in einer Welt klarzukommen, in der es niemanden mehr gebe, der einem den Weg vorgebe. Viele von ihnen würden die Entscheidung, die Gemeinde zu verlassen, aus

großer Not treffen: „Sie sagen, sie hätten lieber Selbstmord begangen, als weiter so zu leben.“ Einige – so wie Moshe Barnett – könnten den Kontakt in das alte Leben halten, andere würden komplett mit der Familie und den alten Freunden brechen. Das sei besonders hart.

Neue Perspektiven Aktuell hat die Yeshiva 15 Schüler, die sich hier mit dem jüdischen Glauben auseinandersetzen, neue Perspektiven für ihre Zukunft gewinnen und ihre eigene Entwicklung reflektieren können. Sie können ihren Schulabschluss nachholen und ein Studium starten. Und eine neue Haltung zu ihrer Herkunft und ihrem Glauben finden – und selbst entscheiden, ob und wie sie ihre Religion künftig leben wollen.

In diesem Prozess steckt auch Moshe Barnett. Sei sieben Monaten lebt er in Dresden. Auf das Aussteigerprogramm sei er von seinem Mathematiklehrer aufmerksam gemacht worden. „Ich habe dann kurz überlegt – und mir war klar: Das ist eine gute Sache, das probiere ich aus.“ In Dresden lernt er Deutsch, will am liebsten ein Mathematik-Studium beginnen. Beim Ankommen hilft ihm Shlomo Tikochinski. Auch der Rabbi hat früher ultraorthodox gelebt, bezeichnet sich aber als liberaler als früher. Während viele Aussteiger sehr radikal über ihre frühere Gemeinschaft urteilen, sie als Sekte bezeichnen und mit der nordko-

reanischen Diktatur vergleichen, äußern sich Tikochinski und Barnett viel vorsichtiger über ihre alte Heimat. Ja, die Welt der Ultraorthodoxen sei sehr strikt und habe mit dem modernen Leben nur wenig zu tun, sagen sie, aber es ist zu spüren, dass sie ihr noch immer verbunden sind; sie ihr altes Leben nicht verdammen wollen.

Am wichtigsten sei, so sagen beide, dass es möglich sei, ein anderes jüdisches Leben zu führen, bei dem die Religion nicht im Mittelpunkt stehe. „Es ist egal, wie oft jemand betet oder ob er es überhaupt tut“, sagt Tikochinski, „es geht darum, eine Verbindung zu unserer Kultur haben zu können“. Dazu könne Gott gehören oder eben nicht. Aber auch säkulare Juden könnten die jüdischen Feiertage feiern und ihre Traditionen bewahren. Ihm sei wichtig, den Studierenden der Yeshiva ein anderes Bild des Judentums zu vermitteln als sie es in ihrer Vergangenheit kennengelernt hätten. „Es ist wichtig, die Welt zu kennen und zu wissen, wie andere Menschen leben. Wer das nicht tut, lebt eindimensional“, sagt der Rabbi. „Mit neuen Perspektiven weigt sich die Wahrnehmung – und dann ist eine Entscheidung darüber möglich, wie wir leben wollen.“

Doch nicht nur den Aussteigern soll die Besht Yeshiva, die ausschließlich aus Spenden finanziert wird, eine neue Perspektive geben. Sie seien sehr eng mit der lokalen jüdischen Gemeinde verbunden, sagt Tikochinski – und würden sie so unterstützen. Die Corona-Pandemie mit ihren Kontaktbeschränkungen habe das sehr erschwert. Aber schon im April sollen neue Schüler kommen, die Yeshiva wird dann eine weitere Klasse eröffnen. „Dann werden wir hoffentlich auch sichtbar in der Gemeinde.“ **Susanne Kallitz** ■

»Es geht darum, eine Verbindung zu unserer Kultur haben zu können.«

Rabbi Shlomo Tikochinski

Eine bittere Lektion

SCHUTZ JÜDISCHER EINRICHTUNGEN Seit dem Anschlag von Halle ist die Angst vor Terrorismus wieder allgegenwärtig

Ob alt, ob jung – sie kommen zügig, sie gehen zügig. Für die Gläubigen auf dem Weg zu den Synagogen lautet die Maßgabe: keine Ansammlungen vor dem Gebäude. Keine Ansammlung von dem Gebäude. Die Empfehlung stammt von den Sicherheitsbehörden. Ich kann sie nachvollziehen“, sagt Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland (ZdJ).

Die Sicherheit jüdischer Einrichtungen ist ein heikles Thema. Die Zuständigen halten sich bedeckt. Doch ein paar Fakten dürfen an die Öffentlichkeit. Das Hauptanliegen ist, Terror frühzeitig zu erkennen und abzuwehren. Dafür spannt sich ein Sicherheitsnetz über die rund 100.000 Mitglieder der jüdischen Gemeinden in Deutschland und deren Synagogen, Schulen, Krankenhäuser, Kitas, Zeitungen, Museen und Verbände. Es setzt sich zusammen aus der Polizei vor Ort, den Landeskriminalämtern, dem Bundeskriminalamt (BKA), den Landesregierungen, dem Bundesinnenministerium. Aus allen Informationen, inklusive nationaler und internationaler Nachrichtendienste, ergibt sich gegebenenfalls eine Gefährdungs einschätzung, aus der notwendige Schutzmaßnahmen vor Ort abgeleitet werden. Ansprechpartner sind die Sicherheitsbeauftragten der jeweiligen jüdischen Einrichtungen und des ZdJ.

Neben Austausch und Auswertung von Daten werden handfeste Vorkehrungen an jüdischen Einrichtungen zur Gefahrenabwehr getroffen. Zum Beispiel die Synagoge in Berlin-Charlottenburg. Von der Straßenseite ist sie gar nicht erkennbar, weil ihr ein Haus vorgelagert ist. Aber ein Namensschild und das Verkehrsschild „Absolutes Halteverbot“ weisen darauf hin. Wer dort parkt, dessen Auto wird nach kurzer Zeit abgeschleppt. Laminierte Zettel warnen, keine Gegenstände zu deponieren. Bleibt dennoch ein Koffer stehen, reagiert die Polizei schnell. Dicke Betonklötze trennen den Bürgersteig von der Straße. Fest installierte Kameras überwachen das Areal. Mehrmals am Tag fährt die Polizei vor. Ein aufmerksamer Nachbar erzählt: „Vor ein paar Jahren musste ein pakistanischer Imbiss schräg gegenüber schließen, weil die Polizei nach einem Hinweis dutzende Gasflaschen entdeckte, weit mehr, als für den Imbiss nötig.“ Als plötzlich „Hamas“, der Name der palästinensischen Terrororganisation, auf der Fassade des Vorderhauses stand, wurde der Schriftzug noch am Folgetag entfernt.

Polizeipräsenz Nach wie vor setzt man auf Sicherheitstechnik und Polizei. Allerdings wurde die Präsenz mit dem Einzug



„Ein Schutzmann für Kafka“ lautet der Titel des Siegerfotos von Detlef Seydel im Fotowettbewerb „Zusammenhalt in Vielfalt – Jüdischer Alltag in Deutschland“.

der Technik verringert. Nur zu den Gottesdienstzeiten stehen Polizisten vor der Charlottenburger Synagoge. Das war einmal anders. Bis vor 20 Jahren gab es ein Daueraufgebot. Am Umfang ließ sich ablesen, ob

sich die Konflikte im Nahen Osten gerade wieder zuspitzten. Seit dem Spiegel sich an ihm eher rechtsradikale Auswüchse im Inland wider. Ein Gipfelpunkt war der Terroranschlag in Halle am 9. Oktober 2019. Die Polizisten standen danach wieder rund um die Uhr vor der Hausnummer 14, „weil wir mit Nachahmungstaten rechnen mussten“, erklärt Georg von Strünc von Landeskriminalamt Berlin. Nach wenigen Wochen war die ständige Polizeipräsenz dort wieder beendet. Dazu Schuster: „Es gab nach Halle ein erhebliches Gefühl der Unsicherheit bei vielen Juden in Deutschland. Der Gottesdienstbesuch ließ schlagartig nach. Doch insgesamt wurde durch das schnelle, entschlossene Handeln der Innenminister überall ein sichtbarer Polizeischutz vor jüdischen Einrichtungen gewährleistet, so dass sich rasch wieder ein Sicherheitsgefühl einstellte.“

Der Anschlag von Halle war eine bittere Lektion. Nur die massive Sicherheitstür der mit 50 Gläubigen gefüllten Synagoge am jüdischen Feiertag Jom Kippur konnte verhindern, dass dem schwerbewaffneten Stephan B. ein Massaker gelang. Er tötete aber zwei Passanten. Schuster kritisierte damals, dass keine Polizei vor der Synagoge war, weil sie mit der Bedeutung des Feiertags gar nichts anfangen konnte. „In Bayern wä-

re das nicht passiert“, bewertete der Präsident die Unzulänglichkeit der Polizei in Sachsen-Anhalt. Heute sagt er: „Man erlebt nach solchen Vorfällen ein selbstkritisches Hinterfragen. Dann muss man überlegen, wie künftig solche Vorfälle vermieden werden können.“

Zehn-Punkte-Plan Genau das wollte Bundesinnenminister Horst Seehofer (CSU) zusammen mit den Innenminister der Länder bei einer Konferenz im Oktober 2019 herausfinden. Das Ergebnis ist in einem Zehn-Punkte-Plan zusammengefasst. Ein paar Stichproben: Punkt 1 „Netzwerke und potentielle Täter erkennen“, es sei notwendig nachzuvollziehen, wer hinter antisemitischen Internet-Postings steht. Dazu das Bundesinnenministerium: „Es gibt gegenwärtig keine Pflicht für Anbieter von Internetforen, Nutzer zu identifizieren.“ Punkt 7 und 8 „Ressourcen sicherstellen“ und „Verfahren beschleunigen“: Laut BKA wurden seit 2020 insgesamt 440 Planstellen geschaffen. Punkt 3 „Synagogen schützen“: 2020 wurde der Staatsvertrag mit dem ZdJ aus dem Jahr 2003 mit einem Annex versehen. Er räumt 22 Millionen Euro für bauliche Sicherheitsmaßnahmen ein. Schuster hofft, dass das Geld bis Ende 2022 eingesetzt sein wird.

Auch in den Ländern wurde auf den wachsenden Antisemitismus reagiert. Einige Staatsverträge wurden schon vor Halle verändert. Baden-Württemberg hat zur Erhöhung der Sicherheit mit den jüdischen Religionsgemeinschaften am 28. Januar 2021 einen Vertrag über zusätzliche Gelder unterzeichnet. Das Berliner Abgeordnetenhaus hat 2019 beschlossen, fünf Millionen Euro in den Unterstützungsfond der Landeskommission „Berlin gegen Gewalt“ zu investieren. Dazu gehört auch der Schutz vor antisemitischer Gewalt.

In welchem Bundesland funktioniert die Sicherheit am besten? Schuster bilanziert vorsichtig: „Die klappt heute, so habe ich das Gefühl, fast überall sehr gut.“ Könnte Halle auch in Berlin passieren? Der LKA-Mann Georg von Strünc hält sich bedeckt: „Das ist nicht auszuschließen. Aber die Sicherheitstür hat ja gehalten.“ Die sei in den meisten Berliner Einrichtungen Standard, aber eben nicht in jeder. **Almut Lüder** ■

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Im Jahr 2020 wurden bei den Berliner Strafverfolgungsbehörden 417 Verfahren mit antisemitischem Hintergrund eingeleitet“, erklärt Oberstaatsanwältin Claudia Vanoni. „2019 waren es 386.“ Vanoni ist seit September 2018 Antisemitismusbeauftragte der Generalstaatsanwaltschaft in Berlin, wo bundesweit die meisten antisemitischen Straftaten erfasst werden. Sie registriert eine deutliche Zunahme von antisemitischen Gewaltdelikten.

Grausamer Höhepunkt dieser besorgniserregenden Entwicklung in Deutschland war der Anschlag am 9. Oktober 2019 auf die Synagoge in Halle. Am Tag des jüdischen Versöhnungsfestes Jom Kippur beabsichtigte der Attentäter, so viele feiernde und betende jüdische Menschen wie möglich zu töten. Seine Blutspur übertrug er per Helmkamera live ins Internet. Nachdem die unbewachte Tür zum Synagogengelände den Schüssen standgehalten hatte, erschoss er wahllos eine Frau und einen Mann. Zwei weitere Personen wurden schwer verletzt. In seinem Bekennerschreiben gab sich der Täter als Anhänger der Theorie einer jüdischen Weltverschwörung zu erkennen (siehe Artikel unten). Der antisemitische Anschlag von Halle wurde als Zäsur empfunden. Allerdings nicht von der jüdischen Minderheit.

Ständige Bedrohung Levi Salomon, der 1991 als sogenannter „jüdischer Kontingenzflüchtling“ aus der ehemaligen Sowjetunion nach Berlin gekommen ist, beobachtet seit 1997 rechtsextreme und antisemitische Tendenzen in der deutschen Gesellschaft. „Damals war das verstärkt die NPD. Aber auch der Islamismus hat mehr und mehr Fuß gefasst. Später sind die sogenannten ‚Wutbürger‘ auf die Straße gegangen: Pegida, ‚Wir für Deutschland‘, Reichsbürger.“

Mit Gleichgesinnten gründete Salomon 2008 das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus. Seitdem dokumentiert der Verein rechtsextreme, islamistische und rassistische Kundgebungen mit Handkameras und Smartphones. Anschließend stellen sie Material ins Netz. Keine ungefährliche Aufgabe. Salomon und seine Mitstreiter wurden mehrfach angegriffen und bedroht.

Verunsicherung Die steigende Zahl antisemitischer Straftaten führte in den vergangenen vier bis fünf Jahren zu einer starken Verunsicherung unter den circa 200.000 in Deutschland lebenden jüdischen Menschen. Auch der Zuzug von muslimischen Einwanderern beunruhigt die jüdische Gemeinschaft. So warnte Josef Schuster, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, 2015: „Wenn man zwanzig oder dreißig Jahre lang mit einem israel- und jüdenfeindlichen Bild aufgewachsen ist, dann wird man dieses Bild nicht einfach an der deutschen Grenze aufgeben.“

2018 filmte in Berlin ein 21-jähriger Kippa tragender Israeli mit seinem Handy, wie er von einem 19-jährigen syrischen Flüchtling unter Beschimpfungen mit einem Gürtel geschlagen wurde. Eltern und Lehrer berichteten, dass sich die Formulierung „Du Jude!“ als Beleidigung auf Schulhöfen etabliert hat.

Wie rasant sich Antisemitismus als schlechendes Gift in unserer Gesellschaft ausbreitet, wird natürlich zuerst von den jüdischen Mitbürgern wahrgenommen. 44 Prozent der in Europa lebenden Juden haben laut einer Studie vom Dezember 2018 bereits darüber nachgedacht, den Kontinent zu verlassen. Im Juni 2019 warnte der Antisemitismusbeauftragte der Bundesregie-

Hass gegen Unbekannt

ANTISEMITISMUS Die steigende Zahl antisemitischer Straftaten führt zu Verunsicherung bei Juden



Der antisemitische Anschlag auf die Synagoge in Halle (hier im Bild) zeigt, wie groß die Gefahren für Juden in Deutschland noch immer sind.

© picture-alliance/dpa/ZB/Hendrik Schmidt

rung, Felix Klein, davor, „überall in Deutschland die Kippa zu tragen“.

Das Unbekannte Eine Warnung, die den 31-jährigen Mike Delberg erst darauf brachte, die Kippa als sichtbares Zeichen seiner jüdischen Identität aufzusetzen. Er selbst nennt das eine „positive Offensive“. Delberg, der sich auch in der jüdischen Gemeinde und in der Berliner CDU engagiert, ist überzeugt, dass sich Antisemitismus oft gegen das Unbekannte richtet.

„Weil sie halt keine jüdischen Leute kennen. Aber sie bedenken nicht, dass wir keine abstrakten Gestalten, sondern echte Menschen sind und uns das sehr hart trifft, wenn man uns für Dinge verantwortlich macht, für die wir natürlich nichts können.“

Fast die Hälfte der antisemitisch motivierten Straftaten findet mittlerweile im Internet statt. Anonym und mit geringem Entdeckungsrisko lassen Antisemiten dort ihrem Jüdenhass in Verschwörungstheorien

und Vernichtungsphantasien freien Lauf. „Das Besondere im Internet ist, dass sie dort multimodal herüberkommen“, erklärte die Antisemitismusforscherin Monika Schwarz-Friesel im Deutschlandfunk. „Das heißt, wir haben nicht nur die sprachlichen Äußerungen mit den Morddrohungen und Beschimpfungen und Dämonisierungen, sondern wir haben daneben auch Bilder, Audios und Videos. Das macht das Ganze natürlich nochmal intensiver.“

Schwarz-Friesel untersuchte in einer Langzeitstudie Judenfeindschaft im Netz. Dabei beobachtete sie eine erschreckende Radikalisierung. Besonders ausgeprägt sei im Internet der Vernichtungswille in Bezug auf den Staat Israel. „Und das mit einer Hassartikulation, wie man sie sonst im öffentlichen Raum so nicht antrifft.“ Kritik an der Siedlungspolitik Israels in den Palästinenser-Gebieten hält laut einer Forsa-Umfrage eine Mehrheit von 71 Prozent der Deutschen für zulässig. Doch wo

verläuft die Grenze zwischen legitimer Israelkritik und Antisemitismus? Zur Klärung dieser Frage empfiehlt Oberstaatsanwältin Vanoni den sogenannten 3-D-Test: „Das erste D steht für Dämonisierung, das sind zum Beispiel Vergleiche von Israel mit Nazideutschland. Das zweite D bezeichnet doppelte Standards. Die liegen vor, wenn ausschließlich die Politik Israels kritisiert wird, aber Menschenrechtsverletzungen in anderen Ländern komplett ignoriert werden. Und das dritte D steht für Delegitimierung. Da ist die Kritik dann antisemitisch, wenn Israel das Existenzrecht abgesprochen wird.“

Umstrittene BDS-Bewegung Aufgrund solcher Kriterien verurteilte der Bundestag 2019 die sogenannte BDS-Bewegung als antisemitisch. BDS steht für Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen. Die Kampagne richtet sich gegen die Besetzung palästinensischer Gebiete und fordert eine Gleichstellung von Palästinensern in Israel. In seiner Radikalität führe der Boykottaufruf des BDS jedoch zur „Brandmarkung israelischer Staatsbürgerinnen und Staatsbürger jüdischen Glaubens als Ganzes“, heißt es in der Bundestagsresolution. Der BDS-Bewegung oder Gruppierungen, die die Ziele der Kampagne verfolgen, sei deshalb die finanzielle Unterstützung und die Vergabe von kommunalen Räumen zu verweigern.

Das führte unter anderem dazu, dass die Ehrung der mit dem BDS sympathisierenden Schriftstellerin Kamila Shamsie mit dem Nelly-Sachs-Preis widerrufen wurde. Auch der kamerunische Historiker Achille Mbembe sollte wegen BDS-Nähe als Eröffnungsdredner der Ruhrtriennale 2020 ausgedient werden, die wegen der Pandemie dann aber abgesagt wurde.

Kritik aus der Kulturszene Etliche staatlich finanzierte Kultur- und Wissenschaftseinrichtungen sehen in der Bundestagsklärung inzwischen eine „Einengung des Diskursraumes“. In der gemeinsamen „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ berufen sie sich auf Artikel 5 des Grundgesetzes zur Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, die durch „missbräuchliche Verwendungen des Antisemitismusbegriffs“ eingeschränkt werde. Hunderte von Künstlern und Wissenschaftlern weltweit teilen diese Kritik. In einem offenen Brief forderten sie den Bundestag dazu auf, „das Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu achten, der kürzlich die Kriminalisierung von Israel-bezogenen Boykottaufrufen ablehnte.“

Levi Salomon begrüßt hingegen die Bundestagsinitiative zum BDS, der für ihn eine klar antisemitische Bewegung ist. Salomon und seine Mitarbeiter vom Jüdischen Forum sind zurzeit vor allem mit antisemitischen Tendenzen in einer neuen Gruppierung beschäftigt: den Corona-Leugnern.

Im Internet und auf Demonstrationen werden die Auflagen der Bundesregierung zur Corona-Bekämpfung häufig mit der Shoah gleichgesetzt. Bei der Berliner Anti-Corona-Kundgebung am 1. August 2020, bei der auch Holocaustleugner, Rechtsradikale und „Reichsbürger“ demonstrierten, wurde Salomon von Ordnern körperlich bedrängt und gezwungen, den Pressebereich zu verlassen. Er hat den Vorgang damals mit seiner Kamera aufgenommen. Auch künftig will er sich nicht davon abhalten lassen, antisemitische Äußerungen zu dokumentieren und öffentlich zu machen. Aus gutem Grund.

Ralph Gerstenberg

Der Autor ist freier Journalist in Berlin.

FÜNF FRAGEN ZUM: ANTISEMITISMUS



Juliane Wetzel arbeitet am Zentrum für Antisemitismusforschung (ZfA) der TU Berlin.

Frau Wetzel, wie verbreitet ist der Antisemitismus in Deutschland?

Da muss man unterscheiden in Straftaten und Umfragen. In Umfragen liegt der Antisemitismus konstant zwischen 15 und 20 Prozent, Straftaten sind zuletzt gestiegen. Hohe Werte bei Straftaten hat es aber auch schon früher gegeben. Immer wenn es zur Radikalisierung im Nahen Osten kam, sind die Zahlen gestiegen. In letzter Zeit kommen viele Straftaten aus dem Internet dazu, Juden-Hass im Internet ist sehr verbreitet. Es gibt nicht unbedingt mehr Antisemitismus, er wird aber offener geäußert.

Warum hilft Aufklärung nicht?

Ohne Aufklärung hätten wir einen viel stärkeren Antisemitismus. Man kann nicht sagen, dass die Aufklärung versagt hat. Wir müssen aber in jeder neuen Generation überlegen, wie wir Wissen vermitteln und Empathie erzeugen können. Den Grundton von Antisemitismus wird es immer geben. Der

klassische Antisemitismus ist in Umfragen leicht rückläufig. Stark vertreten sind der sekundäre Antisemitismus, also die Schuldabwehr im Zusammenhang mit dem Holocaust, und der Israel-bezogene Antisemitismus.

Was folgt daraus?

Es ist ein Irrglaube, mit der sogenannten Holocaust-Erziehung den Antisemitismus bekämpfen zu können. Den klassischen Antisemitismus finden wir eher noch bei Älteren, den Israel-bezogenen bei jüngeren Leuten und in allen politischen Spektren. Gedenkfeiern sind wichtig, wichtiger ist aber die Möglichkeit, Juden zu treffen und Erfahrungen auszutauschen, etwa über das Projekt „Meet a Jew“.

Was können Schulen tun?

Wenn Schüler sich auf dem Schulhof mit „du Jude“ beschimpfen, ist die Reaktion der Schulen oft, dass sie eine Gedenkstätte besuchen. Das ist der falsche Weg. Damit lassen sich aktuelle Formen des Anti-

semitismus nicht bekämpfen. Lehrer müssen erklären, wo das Problem liegt, wenn Schüler gedankenlos solche Schimpfwörter benutzen. In Gedenkstätten sehen die Schüler die Juden wieder nur als Opfer, und „du Opfer“ ist auch ein gängiges Schimpfwort in Schulen. Besser wäre es, junge Juden zum Gespräch einzuladen.

Wie groß ist die Gefahr, dass der Holocaust verharmlost wird?

Die Verharmlosung oder Verzerrung des Holocaust wird zu wenig beachtet. Ohne fundiertes Wissen neigen Menschen dazu, den Begriff in allen möglichen Zusammenhängen zu verwenden, um Aufmerksamkeit zu erzeugen. Wir haben das bei den Anti-Corona-Protesten erlebt. Dem Missbrauch des Begriffs und damit der Verharmlosung und Trivialisierung des Holocaust muss etwas entgegengesetzt werden, auch durch Wissensvermittlung.

Das Gespräch führte Claus Peter Kosfeld.

Zeitlos falsch

LEGENDEN Antisemitismus wird auch durch Verschwörungsmutten befördert

Verschwörungsmutten sind oft zeitlos und werden bei Bedarf reaktiviert. Zu ihren Charakteristika gehört, dass die Geschichte erfunden sind, besonders drastisch ausfallen, ja geradezu absurd. Sie finden gleichwohl oder gerade deswegen jenseits aller Fakten zahlreiche Anhänger, die aus unterschiedlichen Gründen gerne bereit sind, die Lügengeschichte zu glauben und weiterzuerweitern.

Zu den Legenden, die sich schon lange halten, zählt die der jüdischen Weltverschwörung, die unter anderem auf einem Text basiert, der zugleich Fälschung und Plagiat ist: Die sogenannten „Protokolle der Weisen von Zion“ dienen bis heute Rechtsextremisten, Antisemiten, Fundamentalisten und Verwirrten als Beleg dafür, dass einflussreiche Juden in aller Welt gemeinsam nach Allmacht streben würden.

Text ungewidmet Die Protokolle, die gar keine sind, gehen auf einen Text zurück, der sich mit einem ganz anderen Thema befasst, nämlich mit Kaiser Napoleon III. von Frankreich. Der französische Autor Maurice Joly (1829-1878) veröffentlichte 1864 ein fiktives Gespräch zwischen den

Philosophen und Staatstheoretikern Montesquieu (1689-1755) und Machiavelli (1469-1527), gedacht als Kritik an Napoleon III. Viel später, 1903, erscheint zunächst in Russland ein Text mit ähnlichen Passagen, es geht allerdings nicht mehr um den Kaiser, sondern um Juden, die Philosophen kommen nicht zu Wort, dafür ein ungenannter „Weiser“.

Niveaulose Fälschung Geschildert wird in dem frei erfundenen Werk ein vermeintliches Geheimtreffen von Juden, die darüber beraten, wie sie die Weltherrschaft erlangen können. Der „Weise“ berichtet dabei den Mitschwörern über Strategien und Fortschritte, wie der Historiker Norman Cohn in seinem Standardwerk über die „Protokolle“ darlegt. Passagen des Textes sind aus dem Werk Jolys abgeschrieben, werden aber nun den Juden zugeordnet.

Die britische Zeitung „Times“ deckt 1921 das Plagiat auf. Auch ein Gericht in der Schweiz kommt 1935 zu dem Schluss, dass es sich um eine Fälschung und Erfindung handelt, überdies um einen niveaulosen Text, was den Erfolg der Verschwörungslegende in antisemitischen und reaktionären Kreisen aber überhaupt nicht beschädigt. Die Bezeichnung „Protokolle“ suggeriert einen seriösen, faktischen Hintergrund, der nicht existiert. Die „Protokolle“ werden in

den nächsten Jahren in verschiedenen Ländern gedruckt und avancieren zu einem der am meisten verbreiteten antisemitischen Texte des 20. Jahrhunderts.

Schuldzuweisungen Auch der letzte deutsche Kaiser Wilhelm II. (1859-1941) macht das „internationale Judentum“ für die Niederlage im Ersten Weltkrieg verantwortlich und führt seinen Sturz 1918 unmittelbar auf die „Weisen von Zion“ zurück. Führende Nazis bedienen sich später ausführlich der Verschwörungstheorie, verweisen in Reden und Texten auf die „Protokolle“ und nutzen sie für ihre gegen Juden gerichtete Hass-Propaganda. In der Nazi-Zeit wird die gefälschte Textsammlung zum Lehrmaterial an den Schulen.

Die prominente Fälschung wird auch heute noch mit derselben Intention verbreitet, so etwa in arabischen Ländern. Im Bericht des unabhängigen Expertenkreises Antisemitismus heißt es 2017: „Das Internet begünstigt die Verbreitung von Verschwörungstheorien, die in vielen Fällen mit antisemitischen Vorstellungen über eine jüdische oder zionistische Weltverschwörung und Beherrschung der Finanzwelt verbunden sind. Damit entsteht ein großer Resonanzraum für Hassbotschaften mit einer Tendenz zur Resonanzverstärkung.“ Wie Cohn schreibt, sind die „Protokolle“ „nur die berühmteste und einflussreichste einer langen Reihe von Erdichtungen und Fälschungen“ zulasten der Juden. **pk**

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper





Stolpersteine vor einem Haus in Berlin-Charlottenburg. Rund 8.000 dieser Gedenksteine erinnern in Berlin an Opfer des Nationalsozialismus.

© picture-alliance/dpa/Paul Zinken

Stolpern gegen das Vergessen

GEDENKEN 75.000 Stolpersteine erinnern vor Wohnhäusern an das Schicksal ihrer ermordeten Bewohner

Vier Kerzen stehen im Hauseingang. Davor ein aufgereisser Bürgersteig. Ende Dezember vergangenen Jahres wurden vor der weißen Stadtvilla in der Hansenstraße 1 im mecklenburgischen Güstrow über Nacht vier Stolpersteine aus dem Gehweg gerissen. Nicht nur für die Lehrerin Peggy Tetzlaff von der Arbeitsgemeinschaft Jüdisches Gedenken war das ein Schock. Seit Jahren putzt und pflegt sie mit ihren Schülern die Stolpersteine in Güstrow. Zunächst hieß es offiziell, es habe sich um Buntmetalldiebstahl gehandelt, sagt Tetzlaff. Doch daran glaubt sie nicht. „Wir gehen von einem antisemitischen Hintergrund aus.“ Die vier Stolpersteine erinnern an das Schicksal der jüdischen Familien Wolff und Jacobsohn, die hier wohnten. Die Nazis rissen die Familien auseinander und schleppten sie in Internierungslager. Die meisten Familienmitglieder wurden im KZ Auschwitz ermordet, darunter ein zweijähriges Kind.

»Die Steine zeigen, dass die Verbrechen nicht nur in der Ferne passiert sind.«

Irmgard Zündorf, Historikerin

obwohl wir so schockiert und wütend über die Situation waren, finden wir trotzdem Lösungen“, sagt Tetzlaff. Die Stolpersteine sind ein Projekt des Künstlers Gunter Demnig, das in den 1990er Jahren begann. „Der Mensch ist vergessen, wenn sein Name vergessen ist“, heißt es im Talmud. Demnig will den Opfern des Nationalsozialismus – Juden, Sinti und Roma, politisch und religiös Verfolgte, Euthanasieopfer, Homosexuelle, Wehrdienstverweigerer – an ihrem letzten selbst gewählten Wohnort ein Denkmal setzen. Er wählt dafür quadratische, knapp zehn Mal zehn Zentimeter große Steine mit einer Messingbeschichtung – eingelassen in den Gehweg. Es sind bescheidene Denkmäler: Nur das Geburtsdatum und das Datum der Deportation oder Flucht sind eingraviert – mehr nicht. Die Menschen sollen in ihren Wohnvierteln „mit dem Kopf und dem Herzen darüber stolpern“, wie Demnig sagt, und im besten Fall weiter recherchieren, wie das Schicksal ihrer ehemaligen Nachbarn war.

Auch im mecklenburgischen Güstrow haben die Initiative Stolpersteine und die Arbeitsgemeinschaft Jüdisches Gedenken recherchiert. Die jüdische Gemeinde war klein, trotzdem gab es ein reges kulturelles Leben. Ende des 19. Jahrhunderts lebten 182 Juden in Güstrow. In der Stadt mit ihren damals rund 29.000 Einwohnern waren sie als Fleischer, Lederhändler, Buchhändler, Lehrer und Kaufleute aktiv. Schon vor Beginn des Zweiten Weltkrieges gab es die ersten Deportationen. Viele jüdische Familien mussten fliehen. Nach Kriegsende war das jüdische Leben in Güstrow ausgelöscht. Nur zwei jüdische Frauen überlebten, weil sie in sogenannter Mischehe lebten.

Individuelle Fertigung Rund 75.000 Stolpersteine sind bislang verlegt, die meisten davon in Deutschland. Aber auch in 26 weiteren Ländern finden sich die Gedenksteine. Demnig ist es wichtig, dass die Steine von Hand gefertigt und von ihm selbst verlegt werden. „Ich habe natürlich auch überlegt, ob ich die Steine fabrikmäßig herstellen kann. Aber Auschwitz war fabrikmäßiges Töten. Für mich ist deshalb die Handarbeit wirklich wichtig, denn jeder Mensch ist ein Individuum. Und jeder Stein soll individuell gefertigt sein“, sagt Demnig. 2019 war er 270 Tage für sein Lebenswerk unterwegs. „Solange ich unterwegs sein kann, werde ich das machen. Ich sag immer, ich komme auch mit Rollator.“

sagt der heute 73-jährige Künstler. Im vergangenen Jahr hat ihn die Corona-Pandemie ausgebremst. Die Anfragen auf einen Stolperstein kommen sowohl von Angehörigen aber auch von lokalen Initiativen, die sich mit der NS-Vergangenheit in ihren Wohnvierteln, Städten oder Gemeinden beschäftigen. Die Warteliste ist lang geworden. In Berlin hat Demnig 1996 den ersten Stolperstein verlegt. Inzwischen gibt es in der Hauptstadt rund 8.000 solcher Gedenksteine. Rund drei Viertel der Anfragen kämen von Angehörigen und aus Ländern wie Israel, den USA und Großbritannien, sagt Silvija Kavcic von der Koordinierungsstelle Stolpersteine. „Uns ist wichtig, dass alle Verfolgten des Nazi-Regimes gesehen werden“, betont sie. So wurden 2016 beispielsweise fünf Stolpersteine für Wohnungslose auf dem Berliner Alexanderplatz verlegt, die als „Asoziale“ von den Nazis verfolgt und ermordet wurden.

Auch wenn die Kritik in den vergangenen Jahren leiser wurde, ist das Projekt von Demnig nicht unumstritten. Für die ehemalige Präsidentin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Charlotte Knobloch, sind die Stolpersteine unerträglich und unwürdig. Das Andenken der Menschen werde sprichwörtlich mit Füßen getreten, sagt Knobloch, selbst Überlebende des Holocaust. In anderen jüdischen Gemeinden wie zum Beispiel in Hannover und Hamburg gab es ähnlich kritische Stimmen.

Export einer Idee Inzwischen haben sich die Stolpersteine jedoch zum weltweit größten dezentralen Denkmal entwickelt. Anders als Gedenkstätten zur NS-Geschichte wirken die Stolpersteine im Alltag. „Die Stolpersteine finden sich in unserem gewohnten Umfeld und zeigen, dass die NS-Verbrechen nicht nur in der Ferne passiert sind, sondern auch in der eigenen Stadt, der eigenen Straße, im eigenen Haus“, sagt

die Historikerin Irmgard Zündorf vom Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung in Potsdam. Besonders wertvoll findet Zündorf, dass die Verlegung der Stolpersteine allein durch bürgerschaftliches Engagement umgesetzt wird. Doch ein Gedenkstein allein gibt nicht viele Informationen her. Deshalb, so lautet Kritik, ist auch die aufklärerische Wirkung begrenzt. „Ich plädiere deshalb immer für die Kontextualisierung. Man hat einen künstlerischen Gedenkstein, stolpert darüber, wird neugierig und möchte mehr erfahren“, betont Zündorf. Viele Initiativen vor Ort haben eigene Internetseiten, in denen die Biografien der NS-Opfer nachgefragt werden. Auch mit modernen Technologien wie Apps lässt sich Geschichte erfassen. Sie bringen die Stolpersteine zum Reden oder lassen Schicksale mit Fotos und Videos wieder aufleben. Stolpersteine gibt es in den meisten europäischen Ländern. Dennoch entsprechen

sie immer dem Grundgedanken, im Land der Täter ein Gedenken vor Ort zu ermöglichen, wie Zündorf erläutert. In Ländern wie Polen, wo Hunderttausende Juden in Ghettos zusammengedrängt und von dort in die Konzentrationslager transportiert wurden, gibt es nur sehr wenige Stolpersteine – und sie lösen zum Teil Befremden aus. „In Polen müssen der Verlust und die Folgen der NS-Verbrechen nicht noch einmal deutlich gemacht oder in Erinnerung gerufen werden. Sie sind in jedem Ort auch so präsent“, sagt Zündorf. Inzwischen wird die Idee der Stolpersteine in verschiedenen Adaptionen weitergetragen. So erinnern in Spanien Remembrance Stones an die Franco-Diktatur. Die Aktion „Letzte Adresse“ erinnert etwa in der Ukraine, Russland und Tschechien an Verfolgte des Stalinismus. *Susann Kreuztzmann*

Die Autorin arbeitet als freie Journalistin in Berlin.

Angehörige kommen sogar aus Tasmanien

INTERVIEW Der Kölner Künstler Gunter Demnig über sein Projekt und die Begegnungen mit den Familien der Opfer

1993 wurde in Köln der erste Stolperstein gesetzt. Was gab den Anstoß, sich diesem Lebensprojekt zu verschreiben? Es gab eine wichtige Vorarbeit, die mich auf die Idee der Stolpersteine brachte. Im Mai 1990 habe ich in Köln einen Erinnerungsweg gelegt für 1.000 Roma und Sinti, die im Mai 1940 deportiert wurden. Ihnen wurde gesagt, sie bekämen im Osten eine neue Heimat. Für die Fahrt dorthin werde nur leichtes Gepäck benötigt, die Möbel würden nachgeliefert. Zynischer kann man nicht lügen. Die Schriftspur wurde auf die Straße gelegt, wo die Menschen abgeholt wurden, bis zur Deutzer Messe, einer Außenstelle des KZ Buchenwald. Da habe ich mich gefragt: Wo hat das Grauen angefangen? Dann gab es den angeblichen Befehl von Heinrich Himmler, dass „Zigeuner“ nach Auschwitz gebracht werden sollen. Die Vorschriften zu diesem Befehl habe ich in eine Blechdose gepackt, eingelötet und unter einer Messingplatte illegal vor dem Kölner Rathaus zusammen mit Vertretern der Opferverbände verlegt. Das war der Prototyp eines Stolpersteins.

Können Sie die Kritik von jüdischen Gemeinden an dem Konzept nachvollziehen?

Es gab viele diffuse Widerstände, vor allem aus München. Der absurde Vorwurf war, da wird auf den Menschen herumgetrampelt. Es ist ja auch nicht die jüdische Ge-

meinde, die dagegen ist. Es ist Frau Knobloch, die ehemalige Präsidentin des Zentralrats der Juden. Ärgerlich ist es insofern, weil dann Hausbesitzer kamen und sagten, wir wollen diese Steine nicht, denn Juden seien ja auch dagegen. Das stimmt ja nicht. Der damalige stellvertretende Präsident des Zentralrates, Salomon Korn, hat Führung gemacht zu den Stolpersteinen im Frankfurter Westend. In München haben wir jetzt auf privatem Grund Stolpersteine verlegt, im Eingang von Häusern.

Oft kommen Angehörige zu den Verlegungen. Sind Ihnen besondere Schicksale und Begegnungen in Erinnerung geblieben?



Gunter Demnig

Die weiteste Anreise, die ich von Angehörigen hatte, war von Tasmanien nach Köln. Eines der wichtigsten Treffen für mich war 2004 in Rotenburg an der Wümme. Dort habe ich wie vereinbart sechs Steine verlegt – die Eltern wurden in Auschwitz ermordet, ihre zwei Töchter wurden bei einem Kindertransport gerettet, und dann zwei Steine für Mitarbeiter der Familie, die auch in dem Haus gewohnt haben. Zur Verlegung kamen die beiden Töchter angereist, die eine aus Kolumbien, die andere aus Schottland. Sie hatten sich seit 60 Jahren nicht mehr gesehen. Sie sagten dann, dass sie jetzt mit ihren Eltern wieder zusammen sind. Bei den Steinverlegungen treffen oft Familienmitglieder aus verschiedenen Kontinenten aufeinander, die sich zum Teil noch nie gesehen haben.

In Buenos Aires sind als erstem Ort außerhalb Europas Stolpersteine verlegt worden. Gibt es weitere Pläne?

Vor Buenos Aires war Südkorea. Ein Professor für Geschichte, der in München studiert hat, hatte mit Studenten Stolpersteine angeregt für die sogenannten Trostfrauen, also südkoreanische Frauen, die von den Japanern im Zweiten Weltkrieg zur Prostitution gezwungen wurden. Dann gibt es auch noch Stolpersteine für südkoreanische Zwangsarbeiter auf der japanischen Insel Hokkaido. Da sind meine Frau und ich hingeflogen und wir haben diese Steine

auch verlegt. In Buenos Aires in einer deutschen Schule, in der auch jüdische Flüchtlingskinder unterrichtet wurden, haben wir 2017 eine Stolperschwelle verlegt. Das machen wir dort, wo Menschen nicht gewohnt haben.

Auch viele Kinder bleiben mit ihren Eltern bei den Stolpersteinen stehen und fragen nach. Welche Botschaft haben Sie für die junge Generation?

Für meine Frau Katja und mich ist es das Wichtigste, dass wir dieses Projekt für die jungen Leute machen. Ich merke immer wieder, es ist ein anderer Geschichtsunterricht. Sechs Millionen ermordete Juden sind eine abstrakte Größe. Aber wenn die Kinder plötzlich so ein Familienschicksal in der eigenen Umgebung wahrnehmen, fangen sie ganz anders an, darüber nachzudenken. Sie rechnen und erkennen, die waren ja damals genauso alt wie ich heute. *Interview: Susann Kreuztzmann*

Der Künstler Gunter Demnig hatte vor 30 Jahren die Idee für die Stolpersteine und verlegt sie seitdem selbst.

STICHWORT

Stolpersteine

> Ziel Die Steine sollen den NS-Opfern, Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma und anderen an ihrem letzten selbstgewählten Wohnort ein Denkmal setzen.

> Inschrift Auf den zehn mal zehn Zentimeter großen Steinen sind nur die wichtigsten Informationen wie Namen und Lebensdaten eingraviert.

> Verlegung Der Künstler Gunter Demnig verlegt die Steine selbst, wenn ihn Anfragen von Angehörigen oder lokalen Initiativen erreichen.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Wer sich in der Synagoge von Unna ins Gebet versenkt, ist umgeben von leuchtenden Farben. Über dem Kopf das Firmament, unter den Füßen ein fester Boden. Für manch einen Betenden dürfte so eine Verbindung mit Israel entstehen, denn unter den Fliesen liegt eine Schicht Sand aus dem gelobten Land. „Das ist eine wunderschöne Atmosphäre in unserer Synagoge“, sagt Alexandra Khariakova, Vorsitzende der liberalen jüdischen Gemeinde im nordrhein-westfälischen Unna. „Die Menschen kommen gerne.“

Das Licht dringt im Betsaal durch große Fenster, deren Glas in Blau, Lila oder Rot leuchtet. Auf dem Thoraschrein glänzen Steine, die die zwölf Stämme Israels symbolisieren. Der Schrein steht etwas erhöht ebenso wie die Bima – das Pult, auf dem aus der Thorarolle gelesen wird. Die Thora, das sind die fünf Bücher Mose. An der Decke darüber wölbt sich die Darstellung eines Firmaments. LED-Punkte bilden darauf die Sternkonstellation in Richtung Jerusalem von Unna aus betrachtet zum Zeitpunkt der Eröffnung der Synagoge nach, wie Architekt Thomas Schmidt erläutert. Eröffnet wurde sie am 4. Juli 2019. Das Gebäude gehört damit zu den jüngsten Synagogenneubauten in Deutschland. Genau genommen hat der Architekt ein früheres evangelisches Gemeindehaus umgebaut, das die Juden nach den Worten Khariakovs zuvor für ihre Gebete gemietet hatten und dann übertragen bekamen, um dort eine Synagoge zu errichten. Jetzt prangt auf dem ehemaligen Glockenturm zu jeder Seite ein Davidstern.

Ort der Gemeinschaft Eine Synagoge ist ein Haus des Gebets, der Gemeinschaft und des Lernens für Angehörige unterschiedlicher Strömungen innerhalb des Judentums. Zu ihr gehört der Betsaal und oft auch ein Gemeindezentrum mit Versammlungsraum und Küche zum Zubereiten koscherer Speisen. Bis zu den NS-Novemberpogromen von 1938 gehörten die teils prächtigen Gebäude selbstverständlich zum Stadtbild in Deutschland. Unter den Nationalsozialisten wurde die große Mehrheit der nach unterschiedlichen Angaben bis zu 3.000 Lehr- und Bethäuser ganz oder teilweise zerstört. Manche wurden nach 1945 abgerissen. Heute werden laut Zentralrat der Juden in Deutschland etwa hundert Synagogen und 33 Betsäle genutzt. Weil unterschiedliche Definitionen für Synagogen verwendet würden, sei es schwierig, exakte Zahlen zu erheben, heißt es. Jüdische Beter in christlichen Gemeindehäusern oder anderen Mehrzweckräumen waren und sind keine Seltenheit. Nach jüdischer Vorstellung ist ein Gottesdienst mit der dafür erforderlichen Mindestanzahl an zehn religiös mündigen Teilnehmern zwar an keinen besonderen Ort gebunden, er legt die Betonung auf das Spirituelle. Gleichwohl bedeuten Synagogen aber eine Sichtbarkeit jüdischen Lebens.

Auffällige Silhouetten Einige Städte mit traditionsreichen Gemeinden haben in den vergangenen Jahren neue Synagogen und Gemeindezentren bekommen: So wurde in der Altstadt von Regensburg 2019 ein Neubau von Architekt Völker Staab am Standort der zerstörten Synagoge eröffnet. Mainz erhielt 2010 die Neue Synagoge mit einer Keramikfassade und einer auffälligen Silhouette, die an die Buchstaben des hebräischen Wortes „Keduscha“ („erhöhen“, „segnen“) erinnern soll. Der Architekt Manuel Herz sagte einmal, er habe ein Gebäude entwickeln wollen, das die Gemeinde als sichtbaren Akteur im Stadtraum platziere.

In Speyer wurde 2011 die Synagoge Beith-Shalom eröffnet, die mit ihrem elliptischen Sakralraum und seinem Gemeindezentrum ein früheres Kirchengebäude mit einbezieht. Architekt ist Alfred Jacoby, nach dessen Entwürfen mehrere moderne Synagogen entstanden, etwa in Darmstadt, Heidelberg und Aachen. „Ich möchte nichts Tristes und Dunkles bauen. Ich möchte einen Raum schaffen, der eine Freundlichkeit ausstrahlt“, sagt Jacoby. Bei Neubauten von Synagogen sei es das Wichtigste, dass die Gemeinde mit ih-

rer Synagoge wieder sichtbar in die Stadt gerückt werde. Mit diesem Ansinnen soll nach Jacobys Entwürfen auch die Synagoge in Dessau entstehen – als „prägnanter Rundbau“ neben dem alten Kantorhaus. Als Ort des Gebets ist sie nach Jacobys Entwurf formal aus Elementen der Thora abgeleitet. Der runde Sakralraum kann als Thora-Rolle verstanden werden mit einer Krone, durch die Licht in den Raum fällt. Die leicht erhöhte Frauenempore im Inneren bildet sich nach außen als Thoraschild ab.

Noch keinen Entwurf, aber den Plan für einen Synagogenneubau hat noch eine weitere Gemeinde in Sachsen-Anhalt. In Magdeburg hat die Stadt der rund 430 Menschen umfassenden Gemeinde dafür ein Grundstück nahe der zerstörten Synagoge geschenkt. Das geplante Gebäude mit einem Ritualbad („Mikwe“) soll nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden Wadim Laiter „quadratisch, praktisch, gut“ werden – und, auch er betont es, ein Zeichen der Sichtbarkeit setzen. Die Form rücke die Funktionalität in den Vordergrund. „Solche Bauten sind auch besser zu schützen.“ Der Schutzaspekt ist ein zentrales Thema für neue und auch schon länger bestehende Synagogen – nicht erst, aber besonders seit dem Anschlag von Halle im Oktober 2019, bei dem zwei Menschen getötet wurden. Danach stellte die Bundesregierung zusätzlich 22 Millionen Euro bereit, damit Sicherheitsmaßnahmen auf ein „bundesweit einheitliches Niveau“ angehoben werden könnten, wie es hieß. An Synagogenneubauten beteiligt sich der Bund häufig finanziell. Das trifft auch auf

»Salz in der Suppe«

SYNAGOGEN Neubauten sollen dem jüdischen Leben in Deutschland wieder zu mehr Sichtbarkeit verhelfen und Selbstbewusstsein ausstrahlen. Kritik gibt es an der Rekonstruktion der Bornplatz-Synagoge in Hamburg



Unter anderem in Unna (oben), Regensburg (unten links) und Mainz (unten rechts) sind neue Synagogen entstanden.

© S. Zeuge (oben)/picture-alliance/SZ Photo/patrickreing.com/dpa/F. Von Erichsen

ein Projekt in Berlin zu, dessen Baustart nach jüngsten Angaben für Mai geplant ist. Das mit 47 Millionen Euro veranschlagte „House of One“ soll auf den Fundamenten der früheren evangelischen Petrikirche in Mitte errichtet werden und aus einer Synagoge, einer Kirche und einer Moschee bestehen. Betreten werden soll sie von einem Zentralraum mit einer Kuppel und einer Loggia, die sich zur Stadt öffnet. Das Untergeschoss beherbergt archäologische Funde.

Wlfrid Kuehn vom Architekturbüro Kuehn Malvezzi betont, dass es keinen Davidstern an der Fassade, aber auch kein Kreuz und kein Minarett an den anderen Gebäuden geben werde. Die Synagoge sei dem Himmel zugewandt. Auf einem Plateau im Freien sei Platz, um etwa Sukkot, das Laubhüttenfest, zu feiern – gut sichtbar für alle im Herzen der Bundeshauptstadt.

Schrittweiser Aufbau Ulrich Knufinke leitet die Forschungsstelle für jüdische Architektur „Bet Tfila“ an der Technischen Universität Braunschweig. Nach der Shoah und ersten Gottesdiensten von Überlebenden in kleinen Räumen nach dem Zweiten Weltkrieg habe es mit dem schrittweisen Aufbau von Gemeinden in den 1950er und 1960er Jahren eine „Neubauwelle“ in der Bundesrepublik und teils auch in der DDR gegeben. Die frühesten neuen Synagogen seien in Saarbrücken, Stuttgart und Erfurt entstanden.

Abgesehen von Mindestanforderungen im Inneren wie Platz für den Thoraschrein an der Ostseite, Bima, Sitzmöglichkeiten für mindestens zehn Personen und in orthodox geprägten Gemeinden der Bereich für Frauen sei die Gestaltung offen, sagt Knufinke. „Es gibt keine einheitliche Bauform.“ Eine Besonderheit von Synagogen in Deutschland im Gegensatz zu oft bescheidenen Bauten in Israel seien hohe Räume. Die Gebäude richteten sich hierzulande nicht nur an die Gemeinde, sondern immer auch an die nichtjüdische Mehrheitsgesellschaft, erklärt Knufinke. Ihre Architektur sollte zur Auseinandersetzung anregen: „Synagogen sind Objekte mit unglaublich großer Wirkung. So viel Aufmerksamkeit hat kaum eine andere Architektur.“

Streit um Wiederaufbau Das offenbart sich nicht nur bei Neubauten, sondern aktuell auch im Streit um den geplanten Wiederaufbau der Hamburger Bornplatz-Synagoge. Bund und Hamburger Senat hatten im November 2020 den Weg für die Finanzierung frei gemacht, eine Machbarkeitsstudie ist derzeit europaweit ausgeschrieben. Doch gestritten wird seit Monaten nicht nur um die Gestaltung der Synagoge, sondern auch um den Sinn eines solchen Wiederaufbaus. An einer Rekonstruktion sei „auf besondere Weise problematisch, dass dadurch das Resultat verbrecherischer Handlungen unsichtbar gemacht und die Erinnerung an dieses Verbrechen erschwert wird“, heißt es etwa in einem Positionspapier, an dem auch jüdische Historiker mitgewirkt haben. Zentralratspräsident Josef Schuster ist gleichwohl für den Wiederaufbau: Die Antwort auf extremistische Angriffe müsse ein „Jetzt erst recht!“ sein.

Der Vorsitzende der Allgemeinen Rabbinerkonferenz Deutschland, Andreas Nachama, betont: „Die Synagoge ist der Mittelpunkt einer Gemeinde. Für sie sind Neubauten eine große Bekräftigung und Stärkung.“ Antisemitismus könne man damit zwar nicht bekämpfen. Aber eine Synagoge habe eine kommunikative Funktion. Ein Synagogenneubau sei „wie das Salz in der Suppe“.

Leticia Witte

Die Autorin ist Redakteurin der Katholischen Nachrichten-Agentur (KNA) in Bonn.

DAS WILL ICH ONLINE LESEN!

Jetzt auch als E-Paper.

Mehr Information.
Mehr Themen.
Mehr Hintergrund.
Mehr Köpfe.
Mehr Parlament.



Direkt zum E-Paper

www.das-parlament.de
fazit-com@intime-media-services.de
Telefon 089-8585 3832



Schlemmen nach koscherer Art

ESSEN Israelische Restaurants interpretieren die moderne jüdische Küche und setzen damit Trends, auch in Berlin

Einfach kosher gibt es nicht. Die Auslegung der jüdischen Speisegesetze kennt viele Abstufungen und wird auch von den Rabbinern unterschiedlich interpretiert. Inzwischen ist die traditionelle jüdische Küche oftmals aus dem Alltag verschwunden. Zu kompliziert, zu aufwändig. Dafür haben zahlreiche orientalisches beeinflusste Gerichte Einzug in die israelische Küche gefunden und über die Grenzen hinaus einen Trend gesetzt. Die Gerichte sind im kosher style oder kosher light zubereitet. „Die moderne israelische Küche heute ist mediterran mit einem großen arabischen Einfluss. Sie ist bunt, oftmals vegetarisch und vielfältig“, erklärt Itay Novik die Popularität der Küche seines Heimatlandes. Die koschere Zubereitung von Speisen bleibt aber für viele jüdische Familien ein wichtiges Thema. „Jede Familie hat ihr eigenes Konzept“, sagt Novik, der selbst nicht religiös ist. „Meine Mutter isst kein

Schwein und keine Meeresfrüchte, aber Milch und Fleisch zusammen, das ist für sie in Ordnung. Mein Vater ist religiös und isst nur kosher“, sagt Novik. Er beobachtet, wie Tradition und Moderne ineinander fließen. Derzeit werde in Israel etwa viel über die Zubereitung von Hamburgern debattiert, sagt er schmunzelnd. „Die meisten gibt es mit Käse und Fleisch.“

Kaschrut-Gesetze Im Mittelpunkt der jüdischen Speisegesetze (Kaschrut) steht die Trennung von Milchigem und Fleischigem. Dreimal erwähnt die Tora, dass man „das Zicklein nicht in der Milch der Mutter kochen“ soll. Zudem darf nur Fleisch von wiederkäuenden Paarhufern wie Kühen, Schafen und Ziegen, bestimmten Vögeln und Fischen, die Flossen und Schuppen haben, gegessen werden. Darüber hinaus sehen die Kaschrut-Gesetze eine Wartezeit von mehreren Stunden vor, die zwischen dem Genuss eines Fleischprodukts und einem Milchprodukt liegen muss. Auch Blut darf in den Gerichten nicht vorkommen, deshalb müssen die Tiere geschächtet werden, also ausbluten. Wer streng nach jüdischem Glauben lebt, achtet darauf, dass die Lebensmittel unter rabbinischer Aufsicht hergestellt worden sind, also ein Kaschrut-Zertifikat haben. Das ist eine Art

TÜV für die Einhaltung der Speisegesetze. Yoram Feinberg hat sein israelisches Restaurant in Berlin im Jahr 2013 aufgemacht. Seine Küche nennt der gebürtige Israeli levantinisches und modern, also von der Mittelmeerküche beeinflusst. „Auch die Vielzahl der vegetarischen Gerichte hat die Gäste zu uns gebracht“, erzählt der 39-Jährige. „Hier haben schon ganze Familien Schabbat gefeiert und miteinander gesungen. Am Nebentisch waren deutsche Gäste, die ganz erstaunt waren“, freut er sich. Auch Muslime kämen gern.

Im Feinberg's gelten Koscher-light-Regeln. „Viele junge Israelis sind mit der Tradition aufgewachsen. Dann kommen sie nach Berlin und wünschen sich koschere Gerichte“, erklärt Feinberg. In seinem Restaurant wird nur koscheres Fleisch verarbeitet, Fleisch- und Milchprodukte werden streng getrennt. Zwei separate Küchen gibt es aber nicht. Außerdem gibt es koscheres Bier und koscheren Wein aus Israel. Moderne israelische Küche ist für Feinberg experimentierfreudig und vor allem gesellig. In der Praxis ist die Einhaltung der Kaschrut-Regeln aufwändig, vor allem für Restaurants. In Berlin ist von den ehemals zahlreichen koscheren Restaurants als eines der wenigen das Bleibergs nahe dem Kurfürstendamm übrig geblieben. Küchen-

chef Andreas Kauz ist stolz auf die vielfältige Speisekarte mit israelischer Shashuka, Hummus, Falafel und seiner vegetarischen Currywurst. Im Bleibergs gibt es nur Milchiges, also kein Fleisch. Alle paar Wochen muss das Kaschrut-Zertifikat, das von der jüdischen Gemeinde zu Berlin erteilt wird, erneuert werden. Die Regeln sind streng: Sogar braune Eier sind für das Bleibergs tabu. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass dort Blutspuren im Eidotter sind, ist höher als bei weißen Eiern.

Koschere Supermärkte Die Corona-Krise macht jedoch auch dem Bleibergs schwer zu schaffen. Denn viele religiöse Juden kochen jetzt vermehrt zu Hause. Das spürt Jonathan Dashevsky in seinem Supermarkt KoscherLife in Berlin-Mitte. „Bei uns ist die Nachfrage nach Lebensmitteln gestiegen“, sagt der gläubige Jude. Alle Produkte hätten ein Kaschrut-Zertifikat, das Fleisch, das geschächtet sein muss, komme aus Frankreich oder Polen. „Als ich 2007 nach Berlin kam, gab es keinen Laden, wo ich koschere Lebensmittel finden konnte“, sagt Dashevsky. Ein Jahr später machte er seinen eigenen Supermarkt auf. Susann Kreuzmann

Die Autorin ist freie Journalistin in Berlin.

Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



Sprache ohne Land

JIDDISCH Heute schon geschmust oder Tacheles gesprochen? Kein Problem. Aber beim Mauscheln und Schachern ist Vorsicht geboten. Diese Begriffe haben im Deutschen einen Bedeutungswandel ins Negative erfahren

Die Kleider in welche du hosst gesen mich – sej wern kejnmol nischt alt, mit ale kolim fun regnbogin blien sej in majn schank.“ So beginnt ein Gedicht von Rajzel Zychlinski, eine der bekanntesten jüdischen Lyrikerinnen. Zychlinski hat einen Großteil ihres Werks auf Jiddisch verfasst. Und auch wenn in Deutschland die wenigsten Menschen diese Sprache sprechen, verstehen sie sie in der Regel meist intuitiv. Und sie nutzen sie – in aller Regel weit häufiger, als ihnen bewusst ist. Denn Jiddisch und Deutsch sind eng miteinander verwandt. Und ein Spiegel der langen, oft schwierigen Beziehungen zwischen Christen und Juden.

Die Sprache entstand in Mitteleuropa auf der Grundlage des mittelalterlichen Deutsch und wurde ab dem 11. Jahrhundert als Alltagssprache der aschkenasischen – also aus Mittel-, Nord- und Osteuropa stammenden – Juden im deutschsprachigen Raum genutzt. Während Hebräisch den lesekundigen Männern und religiösen Zusammenkünften vorbehalten war, erzählte man sich auf Jiddisch in den Familien und in Ghettoes leben durften und Jiddisch mit hebräischen Buchstaben geschrieben wurde, wurde die Sprache von Christen in der Regel weder genutzt noch verstanden.

Es waren vor allem Fluchtbewegungen, die die Sprache in Veränderung hielten: Nach den Beschlüssen des Vierten Laterankonzils von 1215, das jüdischen Menschen unter anderem Kleidung mit bestimmten Kennzeichen vorschrieb, begann eine Reihe von Angriffen und Vertreibungen. Nachdem Kaiser Friedrich II. 1236 Juden zu „Kammerknechten“, also Leibeigenen, erklärte, flüchteten viele von ihnen nach Osteuropa – wo es starke slawische Einflüsse auf die Sprache gab und sie ab dem 19. Jahrhundert zu einer Kultursprache ausgebaut wurde, während Juden in deutschsprachigen Ländern zunehmend darauf verzichteten, um sich weniger von der übrigen Bevölkerung zu unterscheiden. Weil ab dem späten 19. Jahrhundert viele Juden aus Osteuropa emigrierten, kehrte die jiddische Sprache nach Westeuropa zurück und verbreitete sich bis nach Nord-, Mittel und Südamerika, Afrika und Asien.

Der Holocaust führte zu einem dramatischen Bruch: Hatten Schätzungen zufolge 1939 weltweit noch elf bis 13 Millionen Menschen Jiddisch gesprochen, werden heute noch etwa 1,2 Millionen gezählt. Ist heute vom Jiddischen die Rede, wird damit meist die Dialektgruppe des Ostjiddischen gemeint, das als die moderne Version der Sprache gilt.

Alltagssprache Auf der Website der Jiddistik der Universität Trier – einer von nur zwei deutschen Hochschulen, an denen es Lehrstühle für Jiddisch gibt – heißt es, Jiddisch sei „eine Sprache ohne Land, die



„Chanukah-Gelt“: Der jüdische Brauch, Kindern zum Lichterfest Chanukka Geld (jiddisch „Gelt“) zu schenken, ist geblieben, heute ist es meist aus Schokolade. © picture-alliance/dpa/Chris Melzer

überall auf der Welt gesprochen wird.“ Als Alltagssprache wird sie in einigen ultraorthodoxen Gemeinden vor allem in Jerusalem und New York genutzt – und gelegentlich als Tradition von säkularen Sprechern fortgeführt. In Israel gibt es heute wieder jiddischsprachige Theateraufführungen; die Sprache erlebt als Teil der jüdischen Kultur eine Renaissance.

Vom Deutschen unterscheidet sich Jiddisch vor allem in Grammatik und Aussprache – wenn Deutsche sie hören, können sie sie recht gut verstehen, das Lesen ist aufgrund der hebräischen Buchstaben für die allermeisten ein Ding der Unmöglichkeit. Und doch ist Jiddisch in unserem Sprachgebrauch allgegenwärtig: Die jiddische Sprache hat mehr als nur kleine Spuren im deutschen Wortschatz hinterlassen, sie ist im Grunde kaum wegzudenken. Beispiele gefällig? Von Abzocke (von „zshocken“ für spielen), Chuzpe (von „chuzpo“ für Unverschämtheit) und dufte (von „tofte“ für taff) und Ische (vom gleichlautenden jiddischen Wort für Frau) bis zu Knast (von „knas“ für gerichtliche Strafe), Maloche (von „melochen“ für arbeiten), Rochus (von „roges“ für Zorn), Stuss (von „schtus“ für Unsinn) und verkohlen (von „kol“ für Gerücht): Die deutsche Sprache ist voller jiddischer Worte.

Jiddisch erlebt als Teil der jüdischen Kultur eine Renaissance.

Umgekehrt wimmelt auch das moderne Hebräisch von deutschen Ausdrücken – am Auto etwa entfernt der „Wischer“ den Regen und der „Winker“ signalisiert einen Abbiegewunsch. Auf dem Bau benutzen Arbeiter „Beton“, „Gummi“ und „Dibel“, Elektriker sprechen vom „Kurzschluss“ und

Automechaniker von „Kupplung“ und „Kugellager“. Die Sprachen haben sich also gegenseitig stark beeinflusst und wurden quasi quer über den Erdball mitgenommen und erweitert.

Jiddische Begriffe wurden in ganz unterschiedlichen Zusammenhängen ins Deutsche aufgenommen. Der Sprachwissenschaftler Hans Peter Althaus, der als einer der wichtigsten Experten für den jiddischen Wortschatz im Deutschen gilt, hat sie in seinem „Kleinen Lexikon deutscher Wörter jiddischer Herkunft“ beschrieben. So habe es nach der Öffnung der Ghetto-Tore im Mittelalter einen starken, auch sprachlichen Austausch zwischen Juden und Christen gegeben. In Bereichen des Handels sei im 19. Jahrhundert ein noch stark jiddisch geprägtes Deutsch gesprochen worden. Christen seien deshalb gezwungen gewesen, „diese Fachsprache zu erlernen, wenn sie erfolgreich am Handelsleben teilnehmen wollten“. Besonders stark sei dies bei Metzgern und Viehhändlern der Fall gewesen. Die

jiddischen Ausdrücke seien in unterschiedlichen Gesellschaftskreisen genutzt worden: Stark etwa innerhalb der Familien und von dort verbreitet über das Dienstpersonal, auf dem Land durch jüdische Wanderhändler und in Redaktionen und auf Bühnen durch Journalisten und Künstler.

Mittel der Agitation Weil jüdisches Leben etwa in Berlin besonders ausgeprägt war, sind viele jiddische Wörter – etwa Ausdrücke wie „daffke“ oder „dufte“ – in den Stadtdialekt eingegangen und dort lebendig geblieben. Doch anzunehmen, beide Sprache seien gewissermaßen auf Augenhöhe verwendet worden, wäre ein Trugschluss. Schon im frühen 19. Jahrhundert wurden die jiddischen Ausdrücke häufig spöttisch und polemisch genutzt – auf „jüdische Bürger, denen man Gleichberechtigung und sozialen Aufstieg neidete“, so Althaus. Mit dem Anwachsen des Antisemitismus in Deutschland wurden sie mehr und mehr zur Agitation gegen Juden eingesetzt: Sprache als Spiegel des Zeitgeistes. Das allerdings ist vielen, die heute jiddische Ausdrücke ganz selbstverständlich nutzen, nicht bewusst. Eine Diskussion darüber hat der Journalist Ronen Steinke gerade erst mit seinem jüngsten Buch über offen und verdeckt judenfeindliche Wörter und Redewendungen angestoßen.

In dem Band „Antisemitismus in der Sprache“ weist Steinke darauf hin, dass viele der Worte eingedeutscht einen Bedeutungswandel ins Negative erfahren haben.

Das Wort „schachern“ etwa: „Gemeint ist übles, feilschendes Geschäftemachen. Es kommt vom Jiddischen sachern. Sachern bedeutet im Jiddischen ganz einfach Handel treiben, ohne jeden abwertenden Unterton. Abwertend wird es erst im deutschen Gebrauch als Lehnwort. Nicht der lexikalische Inhalt, sondern allein die jiddische Herkunft sorgt für eine negative Deutung dieses ansonsten wertneutralen Wortes. Die deutsche Sprache macht daraus ‚handeln wie ein Jude‘.“ Auch das Wort „Mischpoche“ bezeichne im Jiddischen einfach nur die Familie und werde wertneutral gebraucht. Das deutsche Mischpoke aber habe „etwas Sinistres, Dubioses“, gemeint werde entweder ein korrupter Zusammenhang oder „irgendwie eine dunkle Seilschaft“. Und der Ausdruck „Mauschellei“ werde verwendet, um Korruption oder unlautere Absprachen zu beschreiben – das ursprüngliche Wort aber gehe auf den Vornamen Moses – eingedeutscht Mauschel – zurück. Mauscheln solle so also ausdrücken, dass jemand wie ein Jude rede, in negativer Weise. So werde letztlich ein antisemitisches Klischee aufgegriffen und weiterverbreitet.

Es gebe sie, „die Wörter aus dem Jiddischen, die wegen ihres Charmes in den deutschen Wortschatz übernommen worden sind“, sagt Steinke: „Meschugge“ etwa oder „schmusen“ oder „Tacheles“. Für jene mit negativer Konnotation wünscht er sich mehr Sensibilität und die Bereitschaft, darauf zu verzichten, wenn man ihre Herkunft kennt. *Susanne Kailitz*

Gottes Gesetz im Haus der Gesetzgebung

SULZBACHER TORAROLLE Nach mehr als 200 Jahren wird sie wieder ihrer ursprünglichen Bestimmung übergeben

Sie überdauerte mehr als zwei Jahrhunderte, überlebte den Stadtbrand in der Gemeinde Sulzbach in der Oberpfalz von 1822 und die Novemberpogrome von 1938. Am 27. Januar dieses Jahres wurde die 2015 wiederentdeckte und restaurierte Torarolle von Amberg im Anschluss an die Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Andachtsraum des Reichstagsgebäudes feierlich fertiggestellt. Rabbiner Shaul Nekrich von der Jüdischen Gemeinde Kassel schrieb die letzten acht Buchstaben mit einem Gänsekiel und koscherer Tinte ans Ende der Torarolle.



Rabbiner Nekrich und Bundespräsident Steinmeier bei der Fertigstellung der restaurierten Torarolle im Andachtsraum des Reichstagsgebäudes ©Deutscher Bundestag/Simone M. Neumann

Paten der mit Mitteln des Bundes restaurierten Torarolle sind die Repräsentanten der höchsten Verfassungsorgane Deutschlands: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, Bundeskanzlerin Angela Merkel, Bundesratspräsident Reiner Haseloff und der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Stephan Harbarth. „Als Repräsentanten aller Verfassungsorgane bringen wir mit diesem ungewöhnlichen und in dieser Form einzigartigen symbolischen Akt die staatliche Selbstverpflichtung zum Ausdruck, jüdisches Leben in Deutschland zu ermöglichen und zu schützen“, sagte Schäuble anlässlich der Zeremonie, an der auch der Präsident des Zentralrats der Ju-

den in Deutschland, Josef Schuster, die Vorsitzende der Israelitischen Kultusgemeinde München und Oberbayern, Charlotte Knobloch, sowie der Amberger Rabbiner Elias Dray teilnahm.

Elias Dray hatte die Torarolle 2015 in einem versteckten Schrein der Amberger Synagoge die Sulzbacher Torarolle entdeckt.

Sie trägt die Inschrift „Sulzbach“ und auf ihrer Halterung die Jahreszahl „5553“ nach dem jüdischen Kalender, was dem Ende des Jahres 1792 und Anfang des Jahres 1793 im gregorianischen Kalender entspricht. Da die Tora durch den langen Gebrauch und Lagerung abgenutzt und die Schrift stark verblichen war, galt sie nicht

mehr als koscher und konnte nicht mehr rituell genutzt werden. Üblich wäre in einem solchen Fall, sie auf einem jüdischen Friedhof zu begraben. Doch Dray gab die Hoffnung nicht auf, die von Experten geschätzten Restaurierungskosten von bis zu 50.000 Euro aufzubringen. Tatsächlich übernahm dann der Bund die Kosten und die Torarolle wurde in Israel ein Jahr lang aufwändig restauriert. Das Pergament wurde stabilisiert und alle Buchstaben per Hand mit Tinte nachgezeichnet. Lediglich acht Buchstaben am Ende der Schrift fehlten noch.

Entstanden war die aus 30 Tierhäuten zusammengefügte, 24 Meter lange und 65 Zentimeter hohe Torarolle in Sulzbach, das vom 18. bis zur Mitte des 19. Jahrhundert über ein blühendes jüdisches Gemeindeleben verfügte. Nach Auflösung der Gemeinde kam die Tora 1934 nach Amberg. Dorthin soll sie im Juni zurückkehren und in der Synagoge wieder im Gottesdienst genutzt werden. *aw*



Anzeige

»ein Handbuch zur Weimarer Verfassung, wie man es sich umfassender kaum vorstellen kann.«

Prof. Dr. Peter Graf Kielmansegg, Januar 2021



Aufbruch zur Demokratie
Die Weimarer Reichsverfassung als Bauplan für eine demokratische Republik
Herausgegeben von Prof. em. Dr. Rüdiger Voigt
2020, 1.058 S., geb., 148,- €
ISBN 978-3-8487-5783-1

Ausgehend vom Prinzip der Volkssouveränität sollte Deutschland mit der Weimarer Reichsverfassung demokratisch, sozial und rechtsstaatlich sein. Zwar begünstigte das Verhältniswahlssystem kleine Parteien und erschwerte damit die Regierungsbildung. Letztlich gescheitert ist die Weimarer Republik aber vermutlich am Fehlen der sozioökonomischen Grundlagen.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Jahns letzter Bericht

KULTUR Das Interesse auf Einblick in die Stasi-Akten ist in den vergangenen zwei Jahren zwar gesunken, aber immer noch auf einem hohen Stand. Vor allem bei Angehörigen und Nachkommen verstorbener Personen. Sie stellten inzwischen 19 Prozent aller Anträge auf Akteneinsicht. Dies betonte der Bundesbeauftragte für die Stasi-Unterlagen Roland Jahn am vergangenen Freitag bei der Vorstellung seines 15. und letzten Tätigkeitsberichtes vor der Presse, den er zuvor an Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble übergeben hatte. So seien 2019 35.554 Erstanträge und 14.156 Wiederholungsanträge auf Akteneinsicht gestellt worden, 2020 seien es noch 23.686 Erstanträge und 9.195



Roland Jahn

Wiederholungsanträge gewesen. Die niedrigere Zahl sei sicherlich auch auf die Bedingungen der Corona-Pandemie zurückzuführen, sagte Jahn. Im Sommer dieses Jahres wird die Stasi-Unterlagenbehörde aufgelöst, ihr Bestand an Akten, Film-, Foto- und Tondokumenten geht dann ins Bundesarchiv über. Das Recht auf Akteneinsicht bleibt allerdings erhalten. Zudem wird das Amt eines Opferbeauftragten beim Bundestag eingerichtet. aw |

VOR 55 JAHREN...

Prozess gegen Dr. Fischer

25.3.1966: SS-Arzt in DDR zum Tode verurteilt. In der DDR galt er als ein bei seinen Patienten geschätzter Arzt mit eigener Praxis auf dem Land. 20 Jahre praktizierte Dr. med. Horst Fischer unbehelligt im Kreis Fürstentum, ehe er nach zehn Verhandlungstagen am 25. März 1966 vom Obersten Gericht der DDR „wegen fortgesetzt begangenen Verbrechens gegen die Menschlichkeit“



Der Angeklagte Horst Fischer bei Prozessbeginn im März 1966.

zum Tode verurteilt wurde: Ab 1942 hat er als ranghoher SS-Arzt im Konzentrationslager Auschwitz rund 70.000 Menschen für die Gaskammer selektiert. Eigentlich war die Verfolgung von NS-Kriegsverbrechern in der DDR schon in den 1950er Jahren zum Erliegen gekommen. Die Schuldigen seien in der Bundesrepublik zu finden, so die DDR-Propaganda. Dass Fischer dennoch der Prozess gemacht wurde, hatte zwei Gründe: Anklage wurde kurz nach dem Ende der Frankfurter Auschwitz-Prozesse erhoben. Ost-Berlin wollte zeigen, dass es nicht weniger konsequent gegen den Faschismus vorging als der Westen. Vor allem aber interessierte sich das DDR-Regime für Fischers Einsatz im Nebenlager Monowitz, dessen Insassen Zwangsarbeit für die IG Farben leisten mussten – einem Unternehmen, das nach Auflösung durch die Alliierten in mehreren westdeutschen Nachfolgeunternehmen fortbestand. So geriet die Verhandlung zum Schauprozess, in dem die SED-Führung Ablauf und Urteil vorgeben hatte. Die Schuld Fischers wurde dennoch zweifelsfrei belegt, auch durch sein eigenes Geständnis. Am 8. Juli 1966 wurde er in Leipzig enthauptet. Benjamin Stahl |

ORTSTERMIN: DIE AUSSTELLUNG SHARED HISTORY



Zeugnisse der langen und komplizierten Geschichte jüdischen Lebens in Deutschland zeigt die Ausstellung im Paul-Löbe-Haus des Bundestags. Links zu sehen Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) mit Miriam Bistrovic, Repräsentantin des Leo Baeck Institutes, das die Ausstellung erarbeitet hat.

Von dunklen Kapiteln und friedlichem Miteinander

Die silbernen Stangen, an denen Glastafeln befestigt sind, sind nicht zufällig gewählt: Sie verbinden die Abbildungen und Objekte der Ausstellung „Shared History: 1.700 Jahre jüdisches Leben im deutschsprachigen Raum“ vom Leo Baeck Institute im Paul-Löbe-Haus des Bundestags und damit die deutsch-jüdische Geschichte. An einem Punkt wird die Verbindung gestoppt von einer schwarzen Wand – bei Exponaten aus den 1930er und 40er Jahren, die an den Zivilisationsbruch des Holocaust erinnern. Die Botschaft der Ausstellung: Der Weg dahin, dass jüdisches Leben in seiner Vielfalt Bestandteil der deutschen Gesellschaft ist, war gezeichnet von Rückschlägen und Brüchen wie Diskriminierung, Ausgrenzung und Entrechtung, aber auch von Zeiten lebendigen Miteinanders, Austauschs und gesellschaftlichen Aufstiegs. „Würden wir uns dieses Jubiläums überhaupt erinnern, wenn es den Zivilisationsbruch von Auschwitz nicht gegeben hätte? Wenn sich jüdisches Leben zu einer unhinterfragten Normalität

entwickelt hätte, wie es sich die Juden vor 1933 erhofft hatten?“, fragte Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) bei der virtuellen Eröffnung Ende Januar. 1.700 Jahre Geschichte und deutsch-jüdische Stimmen lassen sich schwer über einzelne Dinge zusammenfassen, erklärt Miriam Bistrovic vom Leo Baeck Institute Berlin. „Deswegen haben wir auch viele Objekte gewählt, die verschiedene Themen symbolisieren, die auch immer wiederkehren in der Geschichte“, sagt sie. So seien Exponate Teil der Ausstellung, die erst in den letzten zehn, fünfzehn Jahren wiederentdeckt wurden. Andere Stücke seien zu sehen, weil sie aktiv gerettet wurden von Nicht-Juden, sagt sie weiter. In der Ausstellung findet sich etwa eins der ersten Dokumente, das eine jüdische Gemeinde im Gebiet des deutschsprachigen Raums erwähnt: Ein Edikt aus dem Jahr 321 des römischen Kaisers Konstantin des Großen. Als Antwort auf eine Frage des Stadtrates von Köln erlaub-

te es Juden dort, öffentliche Ämter zu bekleiden. Weitere Stücke zeigen etwa einen Goldohrring aus dem 11. Jahrhundert – einer Zeit, in der Juden und Christen gemeinsam in einer Kölner Goldschmiede kreativ waren. Auch die Alte Synagoge in Erfurt ist abgebildet, die vor dem Pogrom Mitte des 14. Jahrhunderts eine der lebendigsten jüdischen Gemeinden im deutschsprachigen Raum beheimatete und zu den ältesten und am besten erhaltenen Synagogen in Mitteleuropa zählt. Der silberne Zeitstrahl führt weiter über die „Simson-Schwalbe“ in den 1950er Jahren und einen Stolperstein für Anne Frank in Aachen bis in die Gegenwart. Lisa Brübler |

Solange die pandemiebedingten Besuchseinschränkungen im Bundestag gelten, empfiehlt sich ein virtueller Besuch der Ausstellung unter: <https://sharedhistoryproject.org> Sollten die Einschränkungen aufgehoben werden, kann die Ausstellung bis zum 23. April 2021 nach vorheriger Anmeldung montags bis freitags von 9 bis 17 Uhr besucht werden.

32 Empfehlungen an die Politik

BERICHT Der Bürgerrat hat sein Gutachten an Bundestagspräsident Schäuble und die Bundestagsfraktionen übergeben

Mehr als 50 Stunden lang haben sie über „Deutschlands Rolle in der Welt“ diskutiert, die rund 160 ausgelosten Teilnehmer des ersten vom Bundestag beauftragten Bürgerrats. Das Ergebnis ihrer Beratungen liegt nun auf dem Tisch: 76 Seiten dick ist das Gutachten geworden, das Vertreter des Gremiums am vergangenen Freitag offiziell Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble (CDU) überreicht haben. Darin: Insgesamt 32 Empfehlungen, aber auch konkrete Forderungen an die Politik haben die Bürger darin zu Papier gebracht: So etwa jene nach einem Nachhaltigkeitsministerium oder einem Aufnahme-Programm der EU für Geflüchtete. Die Bandbreite der Vorschläge des Gremiums ist groß – so wie auch das vorgegebene Thema. Es sei „vielleicht zu umfassend gewesen“,

räumte der Bundestagspräsident ein. Von dem Instrument des Bürgerrates jedoch zeigte er sich überzeugt: Sein Potenzial liege in der Fähigkeit, Demokratie lebendig zu halten und zu stärken. „Das kostbarste Gut in der Demokratie ist das Vertrauen“, betonte Schäuble. Dieses Vertrauen sei aber nicht zuletzt in der Corona-Pandemie schwächer geworden. Umso wichtiger sei es, die Anliegen des Bürgerrates ernst zu nehmen. Schäuble versprach, sich dafür einzusetzen, dass der Bundestag über die Empfehlungen berate. „Die Bürgerinnen und Bürger, die sich so engagiert haben, sollen eine Reaktion sehen.“ Diese Position fand in einer anschließenden Diskussionsrunde mit Vertretern aller Fraktionen des Bundestages viel Unterstützung: Michael Grosse-Broemer (CDU) und Britta



Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble und die Bürgerrats-Vorsitzende Marianne Birthler (links)

Haßelmann (Grüne) zeigten sich beeindruckt von dem Engagement der Bürgerräte und ihrer „gut strukturierten“ Auseinandersetzung mit dem Thema. Es sei „selbstverständlich“, dass sich der Bundestag im Plenum und Ausschüssen damit beschäftige, bekräftigte Haßelmann. Grosse-Broemer hielt es zudem für sinnvoll, dass sich auch „das eine oder andere Ministerium“ damit befasse. Grigorios Aggildis (FDP) betonte, Bürgerräte böten der Politik die große Chance zu lernen „bürgernäher zu sein“. Bernd Baumann (AfD) gestand anfängliche Skepsis gegenüber dem Bürgerrat ein, zeigte sich aber von dessen Arbeit positiv überrascht – etwa von der Empfehlung, das deutsch-russische Verhältnis zu verbessern. Helge Lindh (SPD) hob wiederum hervor, dass gerade die Ergebnisse, die die Politik herausforderten die Qualität des Bürgerrates ausmachten: „Er soll ja nicht einfach nur die parlamentarische Arbeit spiegeln, sondern stärken.“ Sandra Schmid |

SEITENBLICKE



Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 29. März.

BUNDESTAG LIVE

Topthemen vom 24. – 26.03.2021

Eigenmittelbeschluss-Ratifizierungsgesetz (Do.)
Filmförderungsgesetz (Fr.)

Phoenix überträgt live ab 9 Uhr
Auf www.bundestag.de:
Die aktuelle Tagesordnung sowie die Debatten im Livestream

PERSONALIA

>Werner Dörflinger † Bundestagsabgeordneter 1980-1998, CDU

Am 2. März starb Werner Dörflinger im Alter von 80 Jahren. Der Redakteur aus Waldshut-Tiengen, CDU-Mitglied seit 1961, war von 1967 bis 1991 stellvertretender Kreisvorsitzender und von 1991 bis 1993 Vorsitzender. Von 1975 bis 1983 amtierte er als Bürgermeister seiner Heimatstadt. Dörflinger engagierte sich im Bundestag im Ausschuss für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, dessen Vorsitz er von 1992 bis 1998 innehatte.

>Gerd Poppe Bundestagsabgeordneter 1990-1998, Bündnis 90/Die Grünen

Gerd Poppe begeht am 25. März seinen 80. Geburtstag. Der Diplom-Physiker zählte 1985 zum Gründerkreis der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ in der DDR und war 1989/90 deren Sprecher am Zentralen Runden Tisch. 1990 gehörte er der ersten frei gewählten Volkskammer an. Im Bundestag wirkte Poppe im Auswärtigen Ausschuss mit. Bis 2003 war er Beauftragter der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik.

>Jürgen Meyer Bundestagsabgeordneter 1990-2002, SPD

Am 26. März vollendet Jürgen Meyer sein 85. Lebensjahr. Der Universitätsprofessor aus Freiburg, SPD-Mitglied seit 1970, gehörte von 1979 bis 1991 dem Kreistag Breisgau-Hochschwarzwald und von 1976 bis 1980 dem baden-württembergischen Landtag an. Meyer, von 1994 bis 2002 Vorstandsmitglied seiner Bundestagsfraktion, arbeitete im Rechtsausschuss sowie im Ausschuss für die Angelegenheiten der EU mit.

>Holger Bartsch Bundestagsabgeordneter 1990-1994, SPD

Am 28. März wird Holger Bartsch 80 Jahre alt. Der Diplom-Ingenieur aus Lübbenau trat Anfang 1990 der SPD in der DDR bei und amtierte von 1994 bis 2004 als stellvertretender Landesvorsitzender in Brandenburg. Von 1994 bis 2006 war er Landrat des Kreises Oberspreewald-Lausitz. Der Sozialdemokrat wirkte im Bundestag im Forschungsausschuss mit.

>Eberhard Pohlmann Bundestagsabgeordneter 1969-1987, CDU

Am 31. März begeht Eberhard Pohlmann seinen 90. Geburtstag. Der Syndikus aus Hameln trat 1967 der CDU bei. Von 1971 bis 1975 stand er an der Spitze der Europa-Union Niedersachsens und war von 1979 bis 1985 Vorsitzender des CDU-Stadtverbands Hameln. Pohlmann gehörte überwiegend dem Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung an.

>Karl-Heinz Wange Bundestagsabgeordneter 2016-2017, CDU

Am 1. April wird Karl Heinz Wange 75 Jahre alt. Der Wirtschaftsingenieur aus Lichtenau trat 1984 der CDU bei und amtierte von 2009 bis 2018 als Vorsitzender des Kreisverbandes Paderborn. Von 1989 bis 2004 war er Ratsherr und von 2004 bis 2009 Bürgermeister von Lichtenau. Im Bundestag engagierte sich Wange im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union.

>Heinz-Alfred Steiner Bundestagsabgeordneter 1980-1994, SPD

Am 2. April vollendet Heinz-Alfred Steiner sein 85. Lebensjahr. Der Bundeswehroffizier schloss sich 1972 der SPD an und wurde 1975 Ratsherr in Iserlohn. Steiner arbeitete im Bundestag im Ausschuss für innerdeutsche Beziehungen sowie im Verteidigungsausschuss mit. Von 1987 bis 1995 gehörte er dem Europarat und der WEU an und war von 1993 bis 1995 Vizepräsident der WEU.

>Christa Schmidt Bundestagsabgeordnete 1990, 1994, CDU

Christa Schmidt wird am 3. April 80 Jahre alt. Die Lehrerin aus Leipzig trat 1973 der CDU in der DDR bei. 1990 war sie Mitglied der ersten frei gewählten Volkskammer und Ministerin für Familie und Frauen in der Regierung de Maizière. Im Bundestag gehörte Schmidt dem Familienausschuss an.

>Roland Cantzler Bundestagsabgeordneter 1972, CSU

Roland Cantzler vollendet am 4. April sein 90. Lebensjahr. Der Sozialgerichtspräsident aus Nürnberg, CSU-Mitglied seit 1957, rückte 1972 für Karl Theodor Guttenberg in den Bundestag nach. Von 1972 bis 1996 war Cantzler Stadtrat in Nürnberg.

>Werner Wittlich Bundestagsabgeordneter 1998-2005, 2009, CDU

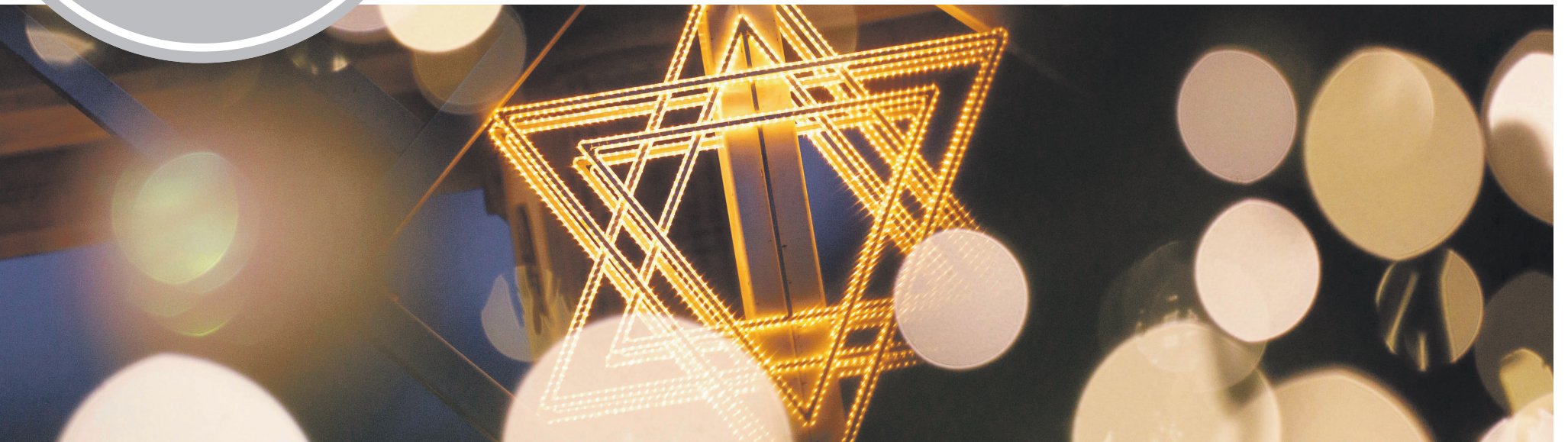
Am 4. April begeht Werner Wittlich seinen 75. Geburtstag. Der Elektromeister und Betriebswirt aus Kurtscheid schloss sich 1970 der CDU an. Seit 1979 gehört er dem Neuwieder Kreistag an und ist seit 2014 ehrenamtlicher Kreisbeigeordneter. Von 1989 bis 1998 war der Christdemokrat Landtagsabgeordneter in Rheinland-Pfalz. Im Bundestag engagierte er sich überwiegend im Umweltausschuss. bmh |



leicht
erklärt!

1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland

Dieses Jahr wird das gefeiert



Einleitung



Seit 1700 Jahren leben jüdische Menschen in dem Gebiet, in dem heute Deutschland liegt.

Das wird in diesem Jahr gefeiert.

Im folgenden Text steht mehr dazu.

Folgende Fragen werden unter anderem beantwortet:

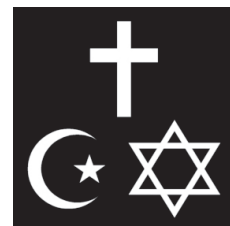
- Was ist das Judentum?
- Warum feiert das Judentum in Deutschland ausgerechnet dieses Jahr sein 1700. Jubiläum?
- Was passiert im Festjahr?

Was ist das Judentum?



Das Judentum ist eine Religion und eine Lebensweise mit verschiedenen Traditionen.

Das Judentum gibt es schon seit über 3-Tausend Jahren.



Das Judentum ist die älteste Religion, in der es nur einen einzigen Gott gibt.

Juden glauben an denselben Gott wie Christen und Muslime.

Denn: Das Christentum und der Islam haben sich aus dem Judentum entwickelt.

Auf der Welt leben im Moment ungefähr 15 Millionen Juden.

Die meisten davon leben im Land Israel und in den USA.

In Deutschland leben im Moment ungefähr 200-Tausend Juden.

Jubiläum in Deutschland



Im Jahr 2021 wird in Deutschland das Judentum gefeiert.

Der Grund für das Festjahr ist folgender:

Seit mindestens 1700 Jahren gibt es Juden auf dem Gebiet, in dem heute Deutschland liegt.



Woher weiß man das?

Dass seit mindestens 1700 Jahren Juden hier leben, weiß man durch einen bestimmten Text.

Genauer: Durch ein Gesetz.

Es stammt aus dem Jahr 321 nach Christus.

Damals gehörten große Teile von Europa zum Römischen Reich.

Auch Gebiete, die heute zu Deutschland gehören.

Zum Beispiel die Stadt Köln.

Die Stadt Köln stellte damals eine Anfrage an den Kaiser des Römischen Reichs.

Sein Name war Konstantin.

In Köln wollte man Folgendes wissen:
Dürfen Juden ein Amt im Stadtrat von Köln übernehmen?

Ein Stadtrat war eine Gruppe von Politikern.

Sie kümmerten sich um die Verwaltung von Städten.

Konstantin machte daraufhin ein Gesetz.

Er bestimmte: Ab sofort dürfen im gesamten Römischen Reich Juden das Amt von Stadt-Räten übernehmen.

Durch das Gesetz wissen wir also:

- 1) Schon im Jahr 321 lebten jüdische Menschen in Köln.

Vielleicht gab es sogar schon vorher jüdische Menschen hier.

Aber davon ist noch nichts bekannt.

- 2) Sie hatten eine wichtige Rolle in der Gesellschaft.

Denn sie konnten ein Amt im Stadtrat übernehmen.

- 3) Konstantin hat das Gesetz für das ganze Römische Reich gemacht. Also lebten damals wohl auch in anderen römischen Städten Juden.



Was soll das Fest-Jahr erreichen?

Das Gesetz aus dem Jahr 321 ist also der Grund für das Festjahr.

Mit dem Festjahr sollen vor allem 2 Ziele erreicht werden.

Beide Ziele werden nun kurz erklärt.

Ziel 1: Jüdisches Leben in Deutschland zeigen

In Deutschland leben ungefähr 200-Tausend jüdische Menschen.

Das Judentum ist also ein wichtiger Teil der deutschen Gesellschaft.

Im Festjahr soll das Judentum in Deutschland deswegen mehr Aufmerksamkeit bekommen.

Veranstaltungen sollen vom Judentum erzählen.

Denn viele Menschen in Deutschland wissen nur wenig darüber.

Es soll auch gezeigt werden, wie jüdisches Leben in Deutschland aussieht.

Zum Beispiel, wie jüdische Menschen hier leben und was sie machen.

Außerdem soll es auch einen Rückblick auf die Geschichte der Juden in Deutschland geben.

Also einen Blick auf die letzten 1700 Jahre.

Ziel 2: Etwas gegen Juden-Feindschaft machen

Das andere große Ziel ist:

Im Festjahr soll etwas gegen Juden-Feindschaft in Deutschland unternommen werden.

Denn: Juden-Feindschaft ist in Deutschland wieder ein großes Problem.





Was ist Juden-Feindschaft?

Juden-Feindschaft meint Abneigung und Hass gegen alle Juden. Und zwar einfach nur, weil diese Menschen Juden sind.

Man verwendet dafür auch das Wort: Anti-Semitismus.

Zur Juden-Feindschaft können ganz unterschiedliche Dinge gehören.

Zum Beispiel:

- Juden-Feinde haben eine schlechte Meinung von allen Juden.
- Sie geben Juden die Schuld an allen möglichen Problemen in einem Land.
- Sie beleidigen Juden.
- Sie greifen Juden körperlich an.

Juden-Feindschaft im National-Sozialismus

Juden-Feindschaft gibt es schon seit vielen Jahrhunderten.

Und es gibt sie auf der ganzen Welt.

Für Deutschland hat sie aber eine besondere Bedeutung.

Der Grund dafür:

Vor etwa 80 Jahren waren in Deutschland die Nazis an der Macht.

Ihr Anführer war Adolf Hitler.

Die Nazis waren Juden-Hasser. Sie wollten alle Juden töten.

Etwa 6 Millionen Juden in ganz Europa wurden damals von den Nazis und ihren Helfern umgebracht.

Allein in Deutschland waren es über 160-Tausend.

Im Jahr 1945 wurden die Nazis besiegt.

Sie waren nicht mehr an der Macht.



Danach schworen sich viele Menschen in Deutschland:

Juden-Feindschaft darf es hier nie wieder geben.

Juden-Feindschaft in Deutschland heute

Dieses Ziel wurde aber nie erreicht.

Es gab immer Juden-Feindschaft in Deutschland.

Und in den letzten Jahren ist sie wieder schlimmer geworden.

Im Jahr 2020 hat die Polizei ungefähr 2300 Verbrechen festgestellt, die wegen Juden-Feindschaft begangen wurden.

So viele waren es noch nie, seit die Polizei diese Verbrechen zählt. Also seit dem Jahr 2001.

Jüdische Menschen berichten immer wieder, dass sie bedroht oder beleidigt werden.

Zum Beispiel im Internet, aber auch im Alltag.

Im Jahr 2019 gab es in der Stadt Halle sogar einen Angriff auf eine Synagoge.

Das ist ein jüdisches Gebets-Haus.

Ein Mann wollte dort möglichst viele Juden töten.

Juden-Feindschaft ist in Deutschland also ein echtes Problem.

Deswegen ist es den Veranstaltern wichtig, dass es auch im Festjahr eine Rolle spielt.



Was passiert im Festjahr?

Das Festjahr wird von einem Verein organisiert.

Er hat sich extra dafür gegründet.

Der Name von diesem Verein lautet: 321–2021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.

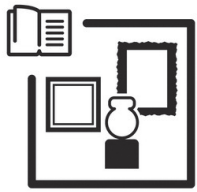


Der Verein hat sich mit vielen Personen und Gruppen zusammengetan.

Es wird im Verlauf des Jahres über 1-Tausend Veranstaltungen geben.

Und zwar überall in Deutschland.

Zum Beispiel:



- Konzerte
- Ausstellungen
- Filme
- Feste
- Und noch vieles mehr

Dadurch sollen möglichst viele Menschen erreicht werden.

Sie sollen dazu eingeladen werden, sich mit dem jüdischen Leben in Deutschland zu beschäftigen.

Natürlich muss man schauen, wie all das mit Corona funktioniert.



Am 21. Februar gab es die Start-Veranstaltung für das Festjahr.

Sie fand in der Synagoge von Köln statt.

Es gab verschiedene Reden.

Darin berichteten zum Beispiel junge Juden über ihre Leben in Deutschland.

In den Reden wurden auch an die Vergangenheit der Juden in Deutschland erinnert.

Und es wurde darüber gesprochen, wie die Zukunft des jüdischen Lebens in Deutschland aussehen kann.

Im Sommer soll es dann ein großes Musik-Fest mit dem Namen „Mentsh“ geben.

Ein weiteres wichtiges Ereignis wird das Laubhütten-Fest sein.

Das ist ein jüdisches Fest.

Es wird dieses Jahr im September gefeiert.

Kurz zusammengefasst



Seit mindestens 1700 Jahren leben jüdische Menschen in dem Gebiet, in dem heute Deutschland liegt.

Das weiß man durch ein Gesetz aus dem Jahr 321.

Aus diesem Grund gibt es dieses Jahr ein Festjahr.

Es wird viele Veranstaltungen zum jüdischen Leben in Deutschland geben.

Zum einen soll dabei gezeigt werden, wie wichtig und vielfältig das jüdische Leben in Deutschland ist.

Zum anderen soll auch etwas gegen Juden-Feindschaft unternommen werden.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Ratgeber Leichte Sprache: <http://tny.de/PEYPP>

Titelbild: © picture alliance / Geisler-Fotopress /Christoph Hardt/Geisler-Fotopres. Piktogramm: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 12/2021
Die nächste Ausgabe erscheint am 29. März 2021.